%attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (28.10.2013)

Sand im Getriebe 106

Krise des US-Imperialismus



Der Druck auf die US-Regierung nimmt von allen Seiten zu: Die eigene Bevölkerung will nicht schon wieder in imperiale Kriege hineingezogen werden. Der Druck ist so stark, dass Obama es nicht wagte, Syrien anzugreifen und auch dort - wie schon im völlig im Chaos zerfallenden Lybien – für Regime Change zu sorgen. Die Doppelverschuldung der USA nach innen und außen und das dysfunktionale US-amerikanische Regierungsmodell, wie es im „shutdown" deutlich wurde, zwingen die Supermacht zum Offenbarungseid. ->

***PDF-Version:* www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ *Online Fassung:* http://sandimgetriebe.attac.at *Mail:* sig@attac.de**

Vorwort- Fortsetzung

Sie wollen die Steuern für die reichsten 1% nicht erhöhen, um die Einnahmen zu verbessern und einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Sie bringen ihre Leistungsbilanz nicht ins Gleichgewicht und verschulden sich auch weiterhin beim Rest der Welt. Die USA erkennen allerdings ihre Schwäche und wollen sich durch aggressives Ausspionieren der ganzen Welt politische und ökonomische Vorteile verschaffen. Nun sind sie erwischt worden und auch viele ihrer Verbündete mucken auf.

Pepe Escobar glaubt, *„es ist an der Zeit, eine "de-amerikanisierte" Welt zu bauen. Der US-Dollar wird langsam, aber sicher durch einen Währungskorb ersetzt."* Er zitiert den inzwischen berühmten Kommentar von Xinhua: *„Statt seinen Pflichten als eine verantwortungsvolle Führungsmacht nachzukommen, hat ein eigennütziges Washington seinen Status als Supermacht missbraucht und noch mehr Chaos in die Welt eingeführt, indem finanzielle Risiken nach Übersee verschoben, regionale Spannungen inmitten territorialer Streitigkeiten angestiftet und ungerechtfertigte Kriege unter dem Deckmantel von kompletten Lügen geführt worden sind."* Der Abstieg der USA ist unvermeidlich, meint Escobar. Aber *„Machen Sie keinen Fehler: die Eliten Washingtons werden dies wie die ultimative Pest bekämpfen."* (z.B. mit völkerrechtswidrigen **Drohnenangriffen**; der stellvertretender Parteivorsitzender der Linkspartei Jan van Aiken ruft entsetzt: „Obama hat keine Lizenz zum Töten!!").

Trotzdem meint Escobar: *„Die alte Ordnung ist gestorben, und die neue ist einen Schritt näher gerückt, um geboren zu werden."* **Vijay Prashad**, ein indischer Marxist, analysiert in seinem neuen Buch (in SiG 102 besprochen) eine Weltgeschichte aus der Perspektive des globalen Südens. Im Mittelpunkt steht nicht der Kalte Krieg, sondern es stehen die mühsamen Versuche der postkolonialen Länder, Abhängigkeit und Armut zu überwinden: vom Bandung-Prozess, vom Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen der Schuldenkrisen bis hin zum - widersprüchlichen –Aufstieg einiger Schwellenländer (z.B. die **BRICS**). Während diese sich nun mit den ärmsten Entwicklungsländern (G77) verbünden, positioniert sich der Westen mit neuem Protektionismus und dem Aufbau einer transatlantischen und transpazifischen Wirtschafts-NATO (**TTIP, TPP, TISA**). Das geht nun genau in die falsche Richtung. Joseph E. **Stiglitz** nennt diese Initiativen eine „Freihandelsfarce". *„Die Wahrscheinlichkeit, dass bei den kommenden Gesprächen etwas herauskommt, das den Interessen der normalen amerikanischen Bürger dient, ist gering, und die Aussichten für die Normalbürger anderer Länder sind noch düsterer."* Gefragt ist hier die Intervention der globalisierungskritischen Bewegung, die sich ja eine gerechte Weltwirtschaftsordnung auf die Fahnen geschrieben hat (s. **Alternatives EU-Handelsmandat**).

Die Länder des Südens rufen den entwickelten Ländern des Norden zu: *„Zahlt doch endlich Eure Klimaschulden. Reduziert eure CO2- Emissionen – sofort!"* Ein breites **„Bündnis Klimagerechtigkeit"** ruft auf zur Internationalen Klimakonferenz im November in Warschau. Um den möglichen Effekt einer Lähmung, eines Ohnmachtsgefühls zu bekämpfen, sollen bereits bestehende Lösungen aufgezeigt und umgesetzt werden, um dann zur Klimakonferenz 2015 in Paris breit zu mobilisieren (**Alternatiba** in Frankreich).

In Europa finden weitere **Protestaktionen gegen die Troika** und den **„Wettbewerbspakt"** statt, auch der **Europäische Gewerkschaftsbund** organisiert gemeinsame Aktionen für einen „Kurswechsel in Europa". Diese Aktionen werden von mannigfaltigen Versuchen begleitet, sich über das „andere Europa" und die Schritte dahin zu verständigen (**Konferenzen**).

Überall gibt es Initiativen zur **Rekommunalisierung** der Unternehmen städtischer Daseinsvorsorge.

Während die EU-Regierungen auf eine **neue Aufrüstungswelle** hinarbeiten, ruft die **Solidar-Werkstatt in Österreich:** *„Ja zur Neutralität! Raus aus dem militärisch-industriellen Komplex der EU!"*

sand im getriebe

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**

Gedruckte Exemplare *von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben auch mitgewirkt: Martin Birckner (Attac Österreich), Werner Horch (Attac Deutschland), Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung.
ViSPR: Peter Strotmann

Pepe Escobar

Die Geburt der "de-amerikanisierten" Welt

Das war's. China hat genug. Die (diplomatischen) Handschuhe sind ausgezogen. Es ist an der Zeit, eine "de-amerikanisierte" Welt zu bauen. Es ist Zeit für eine "neue internationale Leitwährung", um den US-Dollar ersetzen.
Es steht alles hier drin, in einem Leitartikel von Xinhua, direkt aus dem Munde des Drachens. Und das Jahr ist nur 2013. Schnallen Sie sich an – und das gilt insbesondere für die Eliten in Washington. Es wird ein steiniger Weg werden.
Die Tage von Deng Xiaopings "Zurückhaltung üben" sind lange vorbei. Der Leitartikel von Xinhua fasst den Tropfen, der das Fass des Drachen zum Überlaufen brachte, zusammen: der aktuelle US-Shutdown. Nach der von Wall Street provozierten Finanzkrise und nach dem Krieg gegen den Irak will eine "benebelte Welt", und nicht nur China, Veränderung.
Dieser Absatz könnte nicht klarer sein: *"Statt seinen Pflichten als eine verantwortungsvolle Führungsmacht nachzukommen, hat ein eigennütziges Washington seinen Status als Supermacht missbraucht und noch mehr Chaos in die Welt eingeführt, indem finanzielle Risiken nach Übersee verschoben, regionale Spannungen inmitten territorialer Streitigkeiten angestiftet und ungerechtfertigte Kriege unter dem Deckmantel von kompletten Lügen gekämpft worden sind."* (1)

Die Lösung für Peking ist, die gegenwärtige geopolitische Gleichung zu *"de-amerikanisieren"* – beginnend mit mehr Mitsprache beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für Schwellen- und Entwicklungsländer, hinführend zu einer *"neuen internationalen Leitwährung, die geschaffen wird, um den dominierende US-Dollar zu ersetzen."*
Man beachte, dass Peking keine vollständige Zerschlagung des **Bretton-Woods-Systems** befürwortet – zumindest nicht jetzt, sondern es ist für mehr Entscheidungsmacht. Klingt vernünftig, so man bedenkt, dass China etwas mehr Gewicht im IWF als Italien innehat. Eine **"Reform" des IWF** – so etwas in der Art – ist nun schon seit 2010 im Gange, aber Washington hat – nicht überraschend – gegen alles Substantielle ein Veto eingelegt.
Was die **Abkehr vom US-Dollar** betrifft, so ist diese auch schon unterwegs, in unterschiedlichen Geschwindigkeitsgraden, vor allem über den Handel unter der BRICS-Gruppe der aufstrebenden Mächte (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), der nun überwiegend in ihren jeweiligen Währungen vonstattengeht. Der US-Dollar wird langsam, aber sicher durch einen **Währungskorb** ersetzt.

Die "De-Amerikanisierung" ist ebenfalls bereits unterwegs. Nehmen Sie die **chinesische Handels-Charmeoffensive** von letzter Woche in Südostasien, das sich entschieden in Richtung von noch mehr *Action* mit seinem Top-Handelspartner, China, bewegt. Der chinesische Präsident Xi Jinping erzielte eine Reihe von Abmachungen mit Indonesien, Malaysia und auch Australien, nur ein paar Wochen, nachdem eine weitere Reihe von Geschäften mit den zentralasiatischen "Stans" abgeschlossen wurde.
Das chinesische Engagement für die Verbesserung der Eisernen Seidenstraße erreichte einen Fieberanfall, als die Aktien von chinesischen Bahnunternehmen aufgrund der Aussicht, dass sich eine Hochgeschwindigkeits-Bahnverbindung mit und durch Thailand tatsächlich materialisiert, durch die Decke gingen. In Vietnam besiegelte der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang ein Einvernehmen, wonach die territorialen Streitigkeiten der zwei Länder im Südchinesischen Meer dem Geschäftstreiben nicht dazwischen funken werden .
Nimm das, "Schwenk" nach Asien.

Alle an Bord des Petro-Yuan

Jeder weiß, dass Peking einen Himalaya an US-Staatsanleihen hält – mit freundlicher Unterstützung von diesem massiven Handelsüberschuss, der in den vergangenen drei Jahrzehnten akkumuliert wurde, und aufgrund einer offiziellen Politik, die den Yuan sehr langsam, aber sicher steigen lässt.
Zur gleichen Zeit ist Peking tätig gewesen. Der Yuan wird langsam, aber sicher auch immer mehr konvertierbar auf den internationalen Märkten. (Erst letzte Woche einigten sich die Europäische Zentralbank und die Zentralbank Chinas auf einen Währungs-Swap im Wert von 45 – 57 Milliarden US-Dollar, was die internationale Stärke des Yuan unterstützen und den Zugang zu Handelsfinanzmitteln in der Eurozone verbessern wird.)
Das inoffizielle Datum für die vollständige **Konvertibilität des Yuan** könnte überall zwischen 2017 und 2020 liegen. **Das Ziel ist klar: weg von der Anhäufung von US-Schulden,** was auf lange Sicht bedeutet, dass sich Peking selbst aus diesem Markt entfernen wird – und es damit für die USA sehr viel teurer machen wird, sich Geld zu leihen. Die kollektive Führung in Peking hat bereits ihre Meinung darüber festgelegt und handelt dementsprechend.
Der Übergang zu einem voll konvertierbaren Yuan ist so unvermeidlich wie sich die BRICS zu einem Währungskorb hinbewegen, der schrittweise den US-Dollar als Leitwährung ersetzen wird. Bis dahin wird sich im weiteren Verlauf das wirklich bedeutungsvolle Ereignis materialisieren: das Aufkommen des Petro-Yuan – dazu bestimmt, den Petrodollar zu überflügeln, sobald die Golf-Petro-Monarchien sehen, in welche Richtung die historischen Winde wehen. Dann werden wir in ein völlig anderes geopolitisches Ballspiel übergehen.
Wir mögen davon noch weit entfernt sein, doch was sicher ist, ist, dass Deng Xiaopings berühmte Reihe von Anweisungen schrittweise verworfen wird: *"Beobachte in Ruhe; sichere unsere Position; gehe mit Angelegenheiten ruhig um; verstecke unsere Fähigkeiten und warte unsere Zeit ab; sei gut in der Aufrechterhaltung von Zurückhaltung; und bringe niemals Führungsansprüche vor."*
Eine Mischung aus Vorsicht und Täuschung, auf dem historischen Selbstvertrauen Chinas gründend und ernste, langfristige Ambitionen berücksichtigend, war dies der klassische Rat des Strategen Sun Tzu. Bislang agierte Peking zurückhaltend, ließ die Gegner fatale Fehler begehen (und was für eine Ansammlung von Multi-Billionen-Dollar-Fehlern das war…), und akkumulierte "Kapital".
Die Zeit der Kapitalisierung ist nunmehr gekommen. Schon 2009, nach der von Wall Street provozierten Finanzkrise, gab es bereits Rumoren in China über die *"Fehlfunktion des westlichen Modells"* und schließlich über die *"Fehlfunktion der westlichen Kultur"*.
Peking hat Dylan zugehört (mit Untertiteln in Mandarin?) und zog den Schluss, ja, ***„the times they-are-a-changing".*** Da kein sozialer, wirtschaftlicher und politischer Fortschritt absehbar ist, ist der Abstieg der USA so unvermeidlich wie Chinas schrittweises Ausbreiten seiner Flügel, um die Postmoderne des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Machen Sie keinen Fehler: die Eliten Washingtons werden **dies wie die ultimative Pest bekämpfen.** Trotzdem muss Antonio Gramscis Intuition nunmehr aktualisiert werden: **die alte Ordnung ist gestorben, und die neue ist einen Schritt näher gerückt, um geboren zu werden.**

(1) http://news.xinhuanet.com/english/indepth/2013-10/13/c_132794246.htm
Commentary: U.S. fiscal failure warrants a de-Americanized world, English.news.cn - 2013-10-13 - By Xinhua writer Liu Chang

http://atimes.com/atimes/World/WOR-02-151013.html, ***Deutsche Übersetzung:*** *http://www.larsschall.com/2013/10/19/das-wandernde-auge-die-geburt-der-de-amerikanisierten-welt/ Lektorat: SiG-Red.*
Weitere Artikel von Pepe Escobar in SiG 100 und 102

Vijay Prashad

Die „Lokomotiven des Südens“ auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung ?

Der Aufstieg des BRICS-Blocks



*Vijay Prashad ist ein indischer Marxist, der in seinem neuen Buch (besprochen in **SiG 102** von Pepe Escobar) eine Geschichte des Globalen Südens aus der Perspektive der indischen Linken schrieb. Nicht der Kalte Krieg steht im Mittelpunkt dieser neuen „Weltgeschichte“, sondern die mühsamen Versuche der postkolonialen Länder, Abhängigkeit und Armut zu überwinden: vom **BANDUNG**-Prozess, vom Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen der **SCHULDENKRISEN** bis hin zum - widersprüchlichen –Aufstieg einiger **SCHWELLENLÄNDER.***
Während diese sich nun mit den ärmsten Entwicklungsländern (G77) verbünden, positioniert sich der Westen mit neuem PROTEKTIONISMUS und dem Aufbau einer transatlantischen und transpazifischen WIRTSCHAFTSNATO (TTIP, TPP).
*Dieser Text beruht auf einem Kapitel seines Buches „**The Poorer Nations: a possible History of he global South**“.*
*Es wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung übersetzt (http://www.rosalux.de/publication/39539/neoliberalismus-mit-suedlichem-antlitz.html) und ist - stark gekürzt - in den „**Blätter** für deutsche und internationale Politik 10/13“ erschienen.*
Wir veröffentlichen hier einige Abschnitte.

Als der indische Premierminister Manmohan Singh Generalsekretär der Kommission des Südens war, wurde er von **zwei Faktoren ausgebremst:** der katastrophalen **Schuldenkrise**, die die Fähigkeit der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten hemmte, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, sowie dem durch den Norden forcierten rechtlichen **Regime zum geistigen Eigentum**. Letzteres führte dazu, dass diese Staaten von jeglichen wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen abgeschnitten waren. Die Länder des Globalen Südens schienen für Jahrtausende zu Armut und Elend verdammt. Das Problem des Südens lag jedoch nicht nur in internen Defiziten. Vielmehr waren es – so Singh – **die größtenteils vom Norden und zu dessen eigenen Gunsten diktierten Regeln**, welche dem Süden die Luft zum Atmen nahmen.

Schulden. Schulden

Während einer Pressekonferenz im schweizerischen Genf am 18. Juli 1988 legte Manmohan Singh sein Augenmerk auf den **entsetzlichen Schuldenüberhang, der auf der „Dritten Welt“ lastete.**
*„Was wir in der Dritten Welt benötigen, ist eine globale Perestroika, eine Umstrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen, bei der die legitimen Erwartungen von den **vier Fünfteln der Menschheit, die in der Dritten Welt leben** und sich ein besseres Leben für ihre Mitmenschen erhoffen, Berücksichtigung finden.“*
Die Verwendung des Begriffs „Perestroika“ war provokant. Er hatte im Jahr zuvor große Berühmtheit erlangt, als Michail Gorbatschow ihn benutzt hatte, um sich auf die Neustrukturierung der Sowjetunion zu beziehen. Singh verwendete ihn, um auf die **Notwendigkeit einer Reform globaler Institutionen** zu verweisen, etwa des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Im Jahr 1988 gab es allerdings wenig Hoffnung, dass die Sichtweisen des Südens ernst genommen werden würden. Von den späten 1980er Jahren bis Mitte der 2000er Jahre gab es **keine Fortschritte** in Bezug auf eine globale Perestroika.

Der erste wichtige Impuls für eine derart erweiterte Umstrukturierung war das Hervortreten von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als BRICS-Staatenblock. Im September 2006 kamen die Außenminister von **Brasilien, Russland, Indien und China** in New York zusammen, um über die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die Diskussion verschiedener Themen zu sprechen. Darauf folgte eine Reihe weiterer Treffen, die von der Schwere der Kreditkrise ab dem Jahr 2007 überschattet waren. Damals begann der Globale Norden den Globalen Süden aufzufordern, die Weltwirtschaft dabei zu unterstützen, aus einer Situation herauszusteuern, die zu einer Dauerkrise zu werden schien.

Am 16. Mai 2008 gründeten die vier Staaten im russischen Jekaterinburg den BRIC-Block. Zwei Jahre später, im Dezember **2010**, wurde **Südafrika** in die Gruppe aufgenommen, die damit zum BRICS-Block wurde.
Der erste große BRIC-Gipfel im Juni 2009 fand während der dunkelsten Phase der Kreditkrise statt. Deshalb ist der Charakter der ersten gemeinsamen Erklärung geprägt von der Finanzkrise und ihrer Lösung durch den G20-Aktionsplan und Reformen des internationalen Finanzsystems. Alle weiteren Elemente der politischen Ausrichtung der BRIC (und späteren BRICS) waren bereits ersichtlich:
>multipolarer Regionalismus,
>eine Bekräftigung der Agenda des Rio-Gipfels zum Klimawandel (UNCED 1992),
>technologische Zusammenarbeit und
>Betonung des Dialogs statt Anwendung von Gewalt.

Die Regierungschefs der BRICS-Staaten trafen sich jährlich zu ihrem Gipfeltreffen. (…) Die BRICS haben eine Struktur errichtet, um einen neuen politischen Raum, neue politische Initiativen und einen neuen Mechanismus der Koordination zu schaffen. Dies ist ein bescheidener Anfang.

Kraftwerk BRICS

Der Block der BRICS-Staaten ist auf demographischem Gebiet ein Gigant. Er stellt **40 Prozent der Weltbevölkerung** und macht 25 Prozent der weltweiten Landmasse aus. Vom insgesamt auf der Erde geschaffenen Bruttoinlandsprodukt produzieren die BRICS-Staaten ein Viertel.
Die fünf Länder unterscheiden sich in ihren Kulturen – durch Sprache, Religion, Sitten und Gebräuche. Auch in ihrem Wirtschaftskurs sind sie verschieden: Einige Staaten folgen einer Logik der exportorientierten Industrieproduktion, während andere auf den Export von Rohstoffen setzen. Derartige Unterschiede schmälern jedoch nicht den **politischen Stellenwert** des Blocks. Nach konventionellen Maßstäben sind die Mitglieder keine unbedeutenden Staaten – drei der fünf sind Atommächte, zwei verfügen über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und zwei weitere sind Anwärter auf solch einen Sitz.
Bislang haben sie eine multilaterale Plattform geschaffen. Die BRICS-Staaten streben danach, ihr gemeinsames politisches Gewicht **gegen den Überlegenheitsanspruch des Nordens** in Stellung zu bringen sowie als Forum zu fungieren, das Themen und Analysen beleuchtet, die bislang nicht an die Oberfläche gelangen konnten. Eine Einmischung in heikle politische Angelegenheiten (etwa in den Israel-Palästina-Konflikt) sowie in die Debatte um die Finanzreform wie auch um die Entwicklungsstrategie illustrieren die Bemühungen der BRICS-Länder, sich auf der Weltbühne als politische Plattform in Szene zu setzen. Doch ihre Einmischungsbemühungen werden begrenzt durch die zögerliche Haltung der Führungen innerhalb des BRICS-Blocks, dem, von China angeführt, jede Kampfansage gegenüber dem Norden schwerfällt. Sie bevorzugen daher ein passives Vorgehen, indem sie **Handelsbeziehungen untereinander** aufbauen und mit der potenziellen BRICS-Bank **ein Entwicklungsprogramm für den Süden** formen, das sich um ihre eigenen Wachstumsprogramme drehen soll.

Ein frontaler Angriff auf die institutionelle Hegemonie des Nordens oder den neoliberalen politischen Rahmen findet nicht statt. **BRICS ist – bis jetzt – ein *konservativer* Versuch** der treibenden Kräfte des Südens, sich selbst dorthin zu befördern, wo ihrer Ansicht nach ihr Platz auf der Weltbühne ist.

Trotzdem war der Norden verblüfft über das Aufkommen der BRICS-Staaten. Während der dunkelsten Phase der Kreditkrise versuchte die **G8**, jene Staaten des Südens, die einen Überschuss erwirtschafteten, in ihre eigene Agenda zu integrieren. Die **G20** wurde einzig zu diesem Zweck wiederbelebt und hielt ihren ersten Gipfel 2008 in Washington unter der Führung von US-Präsident George W. Bush ab.
Die Angelegenheit schien so ernst, dass die G20 in den Jahren 2009 und 2010 sogar zweimal jährlich zusammenkam – mit den Gipfeln in London und Pittsburgh 2009, die gehalten wurden, um den Süden zu überreden, seinen **Überschuss** zugunsten des kränkelnden Nordens zurückzufahren. Es wurde bemerkenswert viel über eine Partnerrolle der aufkommenden BRICS-Staaten gesprochen. (..) Eine viel ehrlichere Einschätzung kam vom US-Botschafter in Frankreich, Craig R. Stapleton, im Oktober 2010(...): *„Wir brauchen ein Vehikel, mit dem wir Lösungen für diese Herausforderungen [das Wachstum Indiens und Chinas] finden können, so dass wir, wenn diese Monster in zehn Jahren ankommen, in der Lage sind, mit ihnen umzugehen.*

Die Entstehung des BRICS-Blocks

Um die BRICS zu verstehen, muss man bis in die 1980er Jahre zurückgehen, als mit dem Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts" auch die Entwicklungsagenda zusammenbrach. Die neue Gruppierung entstand im Zuge dieser Niederlage und der katastrophalen Politik der neoliberalen Ära. Lässt man diesen Kontext außer Acht, könnte man schlichtweg meinen, die BRICS-Staaten wären eine Gruppe von Ländern, die sich aus opportunistischen Gründen in einem Moment der Schwäche des Nordens (angesichts der Finanzkrise und der Überschuldung durch die Kriege der 2000er Jahre) zusammengetan hätten. Tatsächlich leitet sich ihre Agenda nicht aus dem Opportunismus ab, sondern vom **IBSA-Dialogforum** (IBSA für Indien, Brasilien, Südafrika). Dieses wiederum entstand aus einem neuen Impuls des Südens heraus, der sich in Lateinamerika und den „Lokomotiven des Südens" offenbarte. Diese geschichtliche Entwicklung liefert die beste Erklärung für die Art von Dynamik, die bei den BRICS-Staaten sichtbar wird, ebenso wie für deren Grenzen.

Das „Dritte-Welt-Projekt"

Das „Dritte-Welt-Projekt" (1928-1983) war ein ideologischer und institutioneller Anstoß der neuen Nationalstaaten aus der ehemals kolonialisierten Welt. Es basierte auf den Ideen der politischen Blockfreiheit sowohl vom westlichen Atlantischen Bündnis als auch von der Sowjetunion (institutionell verortet in der **Bewegung der Blockfreien Staaten, Non-Aligned Movement , NAM)**, des wirtschaftlichen Dirigismus und der Strategien der **Importsubstitution** (institutionell verortet in der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, **UNCTAD**) und sozialen und kulturellen Verflechtungen gegen rassistische Hierarchien (institutionell verortet in UN-Organen wie der **UNESCO**). Die Staaten der Dritten Welt schufen mittels der UNO – insbesondere durch die **UNCTAD** – ihre eigenen institutionellen Grundlagen: durch ihren Block in den Vereinten Nationen, die **G77**; durch ihre eigene multilaterale Plattform, die **NAM**; und durch eine Vielzahl von anderen regelmäßigen Foren und Organisationen. Mittels dieser Institutionen war das „Dritte-Welt-Projekt" in der Lage, seine eigene ideologische und strategische Sicht geltend zu machen – gegen die kolonialen Gepflogenheiten der politischen und wirtschaftlichen *Seigniorage* des Nordens.
Das „Dritte-Welt-Projekt" entwickelte eine weit reichende Agenda, um gegen das Erbe der Kolonialherrschaft und der dadurch in der Neuen Welt hervorgerufenen Ungleichheit der 1950er und 1960er Jahre anzukämpfen. Ein zentraler Aspekt des Projektes war ökonomischer Wandel.

Die koloniale Gewohnheit, Territorien in Monokulturproduzenten zu verwandeln, lieferte viele der kleineren neuen Staaten dem Weltmarkt aus, wo die Preise für ihre einzige Anbaukultur festgesetzt wurden. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass das Projekt auf die **Schaffung von Rohstoffkartellen** setzte, von denen das erfolgreichste die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) war. Aufgrund der Schwankungen bei den Rohstoffpreisen versuchte das Projekt im Rahmen der UNCTAD einen **Stabilisierungsfonds** einzurichten, der die Preisausschläge nach oben und unten abfedern sollte. Dieser sinnvolle politische Vorschlag wurde auf Druck des Nordens vom Tisch gefegt.

Das Projekt selbst konstituierte sich politisch um die Theorie der Blockfreiheit, was praktisch eine **Ablehnung der Logik des Kalten Krieges** bedeutete. Wenn die neuen Staaten das Lager der einen oder der anderen Supermacht betraten, war es unausweichlich, dass sie ihre militärische

Schlagkraft erweiterten. Der damit verbundene Kostenaufwand unterminierte schließlich ihre Fähigkeit, ein Entwicklungsprogramm umzusetzen. Der Druck der Supermächte war jedenfalls zu groß, als dass die NAM ihrer Agenda einen hegemonialen Charakter hätte verschaffen können.

Die **kulturelle** Politik des Projekts entsprach völlig der postkolonialen Ansicht, wonach für die neuen Nationalstaaten keine Notwendigkeit bestand, sich in Bezug auf ihr kulturelles Wohl einzig auf ihre frühere Kolonialmacht zu beziehen. Kulturelle Organisationen und der Austausch von Kulturprodukten zwischen neuen Nationalstaaten sorgten dafür, dass neue Verbindungen geknüpft wurden. Die Ideen des Panafrikanismus, Panasianismus, Lateinamerikanismusund natürlich des *Tiersmondisme* sind zentral für diesen Aspekt. Nur Teile dieser Ideen überlebten den Kollaps des „Dritte-Welt-Projekts" in den 1980er Jahren.

Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts"

Die **Schuldenkrise** der frühen 1980er Jahre, erzeugt durch den **Volcker-Schock 1979,** zerschmetterte die Basis des „Dritte-Welt-Projekts". Schulden nahmen zu und häuften sich aus einer Vielzahl von Gründen an, angefangen bei größeren Konsumbedürfnissen der neuen Eliten, inklusive Waffenkäufen, bis hin zu einem höherem Bedarf an ausländischem Kapital für die Infrastrukturentwicklung. Die einfache Verzinsung von Darlehen in US-Dollar stieg um 21 Prozent. Haushaltsüberschüsse verwandelten sich in katastrophale Defizite, weil Länder nicht länger in der Lage waren, ihre grundlegendsten Finanzverpflichtungen zu erfüllen. In diesem Moment brach das Projekt einer vereinten Dritten Welt zusammen. **Es war das Geld, das eine einheitliche Front der Dritten Welt gegen ihre Kreditgeber verhinderte.** Eine solche hatte Fidel Castro auf dem NAM-Treffen in Neu-Delhi 1983 vorgeschlagen. Man hörte ernsthaft zu, ließ den Vorschlag dann aber unbeachtet. Der **Pariser Club** (der offiziellen Geberländer) und der **Londoner Club** (der privaten Geldgeber) setzten sich mit jedem verschuldeten Staat einzeln zusammen – alles im Namen der Vertraulichkeit und des Handels. Jedes Land erhielt so seine Reformdosis, meistens unter dem Titel der „**Strukturanpassungen**". Dies bedeutete natürlich, dass ein kurzfristiges Zahlungsbilanzproblem nicht länger als Liquiditätsproblem behandelt werden konnte. Es wurde zu einem Problem der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und der Werte gemacht, und das bedeutete, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und seine zahlreichen Organisationen nun Eingang finden und den weiteren Weg eines Landes bestimmen konnten.

Das Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus

Aus den Ruinen des „Dritte-Welt-Projekts" erwuchs die ideologische und institutionelle Hegemonie des Neoliberalismus. Der aufstrebende Neoliberalismus eroberte die Welt auf dem Rücken der Schulden- bzw. Liquiditätskrise der 1980er Jahre.
Das zentrale Dogma des Neoliberalismus besagt, dass der Staat weder im wirtschaftlichen noch im sozialen Sektor tätig sein soll. Mit dem Zusammenbruch des „Dritte-Welt-Projekts" und der europäischen Sozialdemokratie in den 1980er Jahren rückten ehemals marginale neoliberale Ideen in den Fokus. Die vom Norden dominierten Institutionen und der globale Finanzsektor drängten auf eine Reduzierung der Rolle des Staates im sozialen Bereich und auf eine **eingeschränkte Souveränität der Staaten** insgesamt. Ein Weg, dieses Ziel zu erreichen, bestand für den IWF beispielsweise darin, eine politische Agenda zu setzen, die den Staat dazu aufrief, Sozialausgaben für die Bedürfnisse der Menschen zu kürzen und diese Aufgabe – im Namen der Effizienz – dem privaten (Unternehmens-)Sektor zu überlassen. Privatisierung war, kurz gesagt, die scharfe Klinge des neoliberalen Programms. (…)

Neue Produktionsketten

Die politische Agenda des Neoliberalismus erschien gemeinsam mit einer neuen Architektur für globale Produktion und globalen Handel auf der Bildfläche – nämlich der **Globalisierung**.
Aus vielen Gründen waren Löhne im Norden erheblich höher als im Süden; vor allem in Ostasien wurden für ähnlich gut aus gebildete Facharbeiter viel niedrigere Löhne gezahlt. Die Unternehmen waren begierig darauf, sich in diesen neuen Regionen anzusiedeln, doch dafür musste zunächst zweierlei implementiert werden:
>neue *Technologien*, die diese Neuansiedlung von Produktionslinien möglich machten,
>neue *Rechtsvorschriften*, um das Eigentum der Firmen zu sichern.

Computer, Containerschiffe und Netzwerke für sichere Kommunikation versetzten Unternehmen in die Lage, ihre Produktionslinien in Regionen wie den Asien-Pazifik-Raum, die Karibik oder Zentralamerika **auszulagern**. Die Technologie ermöglichte es Unternehmen, den Produktionsprozess aufzuteilen und einzelne Glieder der Produktionskette in verschiedene Länder auszulagern. Dies bedeutete, dass Staaten nicht länger die Kontrolle über den Produktionsprozess würden ausüben können.
(…)
Im Herzen des neuen internationalen Eigentumsrechts steht das Recht am geistigen Eigentum. Diese neue Ordnung heißt **„Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum" (TRIPS)** und ist das Hauptergebnis der Uruguay-Runde zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).
Durch das TRIPS-Abkommen wird nicht mehr die Herstellung einer Ware patentiert, wodurch Wettbewerber bislang die Möglichkeit hatten, neue Wege zur Produktion desselben Endprodukts durch Reverse-Engineering oder unabhängige Entwicklungen zu finden. Patente werden nun stattdessen auf das Produkt selbst vergeben. Für die im Norden angesiedelten transnationalen Unternehmen war dies ein entscheidender Faktor für die Verlagerung ihrer Produktion nach Übersee und den Erhalt der Kontrolle über ihre im Ausland hergestellten Waren. Staaten konnten nicht länger die Kontrolle über diese Firmen ausüben, deren Urkunden nun dem Gesetz und der Macht des Nordens unterstanden.
Während der Ära des „Dritte-Welt-Projekts" versuchten die Staaten des Südens, politische und Handelsbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg zu entwickeln, um Wohlergehen und Solidarität – die Basis ihres Projekts – zu fördern. Nun hatten diese Staaten Anweisungen aus dem IWF-Hauptquartier entgegenzunehmen. Angesichts der abnehmenden Machtbasis der Sowjetunion waren alle Augen auf das IWF-Hauptquartier in Washington gerichtet. Auch in Sachen Politik hatten sich alle in Richtung Washington zu wenden – dieses Mal, um Marschbefehle in Fragen der Sicherheit zu erhalten.

Das „**Nabe-und-Speichen"-Modell** (*hub and spokes system*) begann in den 1980er Jahren und besteht noch immer, wobei es sich jetzt auf Theorien der Terrorismusbekämpfung stützt.
Die Vereinigten Staaten stellen dabei die Nabe dar und deren Verbündete die Speichen, welche die Kräfte des Chaos (den Reifen) in Schach halten sollen. Als Teil dieser Strategie wurde das Modell der **US-Militärbasen** und ihrer extraterrito-

rialen Rechtssprechung unerlässlich...
Die Staaten des früheren „Dritte-Welt-Projekts“ waren in den beginnenden 1990er Jahren nicht länger in der Lage, ihre Souveränität zu behaupten. Ihnen wurden vom Norden und dessen Institutionen (inklusive und immer häufiger von der UNO und ihren Organen) Beschränkungen auferlegt. Am Ende dieses Jahrzehnts fanden sich die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in einer **Abhängigkeitsbeziehung** wieder (Klientelismus), mit sehr wenig Raum, sich um ihre eigenen Bedürfnisse zu kümmern.
Die Bush-Agenda der 2000er Jahre verdeutlichte nicht nur die veränderte Position dieser drei Kontinente, sie zelebrierte sie auch noch in abgeschmackten Zurschaustellungen des Amerikanismus. (…)
Dass G.W.Bush wiedergewählt wurde, bestätigte den allgemeinen Eindruck, dass der Rest der Welt einen Mechanismus finden musste, sich vom Druck der Vereinigten Staaten, und im Grunde der Vorherrschaft des Nordens, zu befreien.

Die blutleere Macht des Nordens

Die ersten Signale für eine solche kollektive Plattform des Südens sollten in den frühen 2000er Jahren zu sehen sein, als sich verschiedene Dynamiken gleichzeitig entwickelten.
Als die USA ihre beiden Fronten im Krieg gegen den Terror eröffneten – gegen Afghanistan und den Irak – konnten die großen sozialen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik relativ frei zur Entfaltung kommen. In Venezuela hatten Wahlen bereits die Regierung von **Hugo Chávez** an die Macht gebracht (1999), der bald regionale Unterstützung durch die Wahl von linksgerichteten Regierungen in Chile (2000), Brasilien (2003), Argentinien (2003), Uruguay (2005), Bolivien (2006), Honduras (2006), Ecuador (2007), Nicaragua (2007), Paraguay (2008), El Salvador (2009) und Peru (2011) erhalten sollte. Ein von den USA gestützter Putschversuch gegen Chávez im Jahr 2002 scheiterte, und abgesehen vom Erfolg der von den USA unterstützten Putsche in Honduras 2009 und in Paraguay 2012 konnte die Dynamik des sogenannten Bolivarianismus ihren Einfluss in der Region festigen.
Die **geschwächte Wirtschaft und schwindende militärische Macht des Nordens** ermöglichten es den Ländern **Lateinamerikas**, diese Wahlsiege in eine **offene Kampfansage an die Hegemonie des Nordens** umzumünzen. **Venezuela** führte die Bewegung an, die auf Druck der USA eingeführte neoliberale Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA, 2005) aufzulösen, und ersetzte sie durch die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika (**ALBA**). Diese sollte aufbauen auf der Petro-Dollar-Diplomatie Venezuelas (durch Petrocaribe und Petrosur) und auf die neu geschmiedete Handelsallianz zwischen Venezuela und Kuba (2004). Mittels der **Bank des Südens** und der virtuellen Währung des Sucre sollte sie zu bescheidenen Verbindungen im Währungssektor führen.
Die Regierung Chávez verfolgte auch eine kulturelle Agenda mittels eines regionalen Fernsehkanals (**TeleSur**) und des Austausches innerhalb der Hemisphäre, um enge Bindungen von Mensch zu Mensch zu schaffen, als das menschliche Antlitz der wirtschaftlichen Vereinbarungen.
Im Jahr **2010** erhielt die Einheit der Region mit der Schaffung der **Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)** eine organisatorische Klammer, an der die Vereinigten Staaten – anders als an der 1948 gegründeten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – nicht länger beteiligt waren. ALBA und CELAC untermauerten das Ende der US-Vorherrschaft in der Region, eine Folge der boliviarianischen Agenda von Chávez. Sogar Kolumbien, als wichtigster Verbündeter in der Region, musste, sehr zum Verdruss Washingtons, der CELAC beitreten. Südamerika war die erste Region,die das rigide System des Neoliberalismus verließ. Die blutleere Macht des Nordens ermöglichte den lateinamerikanischen Durchbruch.

Das fehlende Eingeständnis der Finanzprobleme der nordatlantischen Staaten drückte sich in einer dreisten politischen Attitüde gegenüber dem Rest der Welt aus, und zwar in beiden Sphären: der politischen und der militärischen.
Eine aggressive Haltung, die durch den **Menschenrechtsinterventionismus** gerechtfertigt wurde, begann die Manöver des Nordens in internationalen Organisationen zu charakterisieren. 2003 versuchte der Vorsitzende der NAM, der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, dem überstürzten Krieg der USA gegen den **Irak** eine friedliche Lösung entgegenzusetzen. Massive Straßenproteste quer durch den Süden (und den Norden) schienen eine friedliche Einigung zu stützen. Die USA drängten Südafrika, den irakischen Botschafter auszuweisen – und scheiterten. Sie zogen dann trotzdem in den Krieg, unter Missachtung der Stimme der Straße und der NAM. (…)
Der in Kriege versunkene und mit einem Finanzsystem am Rande des Zusammenbruchs konfrontierte Norden sah, dass die demographisch bedeutsamen Länder des Südens, allen voran China und Indien, inzwischen ihre eigene Version des Neoliberalismus entwickelt hatten, um ihre Wachstumsraten zu steigern. Die gewaltige industrielle Antriebskraft Chinas und Indiens Hervortreten als Dienstleister legten nahe, dass diese Länder nun bereit dafür waren, entweder dem Norden beim Management des Planeten behilflich zu sein oder ihn zu ersetzen.
Ersteres schien realistischer und dem Temperament der Führung des Südens eher zu entsprechen, weshalb sie dem Vorschlag zustimmten, die G20 als Mechanismus für das Management des Planeten zu nutzen.
Der Aufstieg des Südens basierte jedoch auf **hohen Rohstoffpreisen und niedrigen Löhnen,** auf den **Widersprüchen der Globalisierung, die nun den Staaten des Südens zugute kamen**, selbst wenn deren Bevölkerungen nicht davon profitieren konnten.
Der rechtliche Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums und die rigiden Handelsbestimmungen begannen an die Grenzen dessen zu stoßen, was vom Süden her möglich war. HIV/AIDS-Medikamente boten einen ebenso geeigneten Test dafür, wie es die Baumwollsubventionen im Globalen Norden taten. **Die Länder des Nordens verweigerten sich einem ehrlichen Dialog über Handel und Entwicklung**. Sie beharrten darauf, dass Subventionen für die Landwirtschaft des Nordens ihre eigenen Freihandelsvorgaben nicht verletzten. Das erzürnte den Süden auf dem Treffen der Welthandelsorganisation (WTO). Brasilien, China, Indien, Südafrika, die „Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder“ (Least Developed Countries, LDC) und der Block der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) **hielten dem Druck des Generalsekretärs der WTO, Pascal Lamy, stand,** die Organisation zu einem „Kompromiss zu führen“, was einen Sieg des Nordens bedeutet hätte. Der Süden setzte sich durch, und **Lamy lamentierte, die WTO bleibe „eine mittelalterliche Organisation“, womit er meinte, dass sie dem Norden gegenüber nicht fügsam war.**
(…)

Das IBSA-Dialogforum

Dies war der Hintergrund, vor dem die Außenminister Brasiliens, Indiens und Südafrikas **2003** im französischen Evian ein Protokoll zur Gründung einer neuen Organisation formulierten. Die drei trafen

sich erneut in Brasilien, wo sie die „Deklaration von Brasilia“ veröffentlichten. Aus diesen Debatten entstand das **Indien-Brasilien-Südafrika- Dialogforum** (IBSA-Dialogforum).

G-South?.

Nichts deutet im Ton oder in der Wortwahl des neu geschaffenen IBSA-Dialogforums auf eine Revision der Weltordnung hin.
Das Dialogforum begann behutsam, indem es die bisherigen Prinzipien der Weltordnung hochhielt und lediglich darum bat, deren Rahmen zu erweitern, um ein Aufrücken dieser drei Länder in die Führungsriege zu ermöglichen.
Vor dem Hintergrund des Irakkrieges und der Durchsetzung von Washingtons Vorherrschaft verwundert es nicht, dass das zentrale Prinzip des IBSA-Dialogforums die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit war. Am Anfang ihres Kommuniqués warben die Außenminister für die *„Bedeutung der Achtung des Internationalen Rechts, gestützt durch eine Stärkung der Vereinten Nationen und des UN–Sicherheitsrats sowie durch die Priorisierung der Diplomatie als Mittel zum Erhalt des weltweiten Friedens und der Sicherheit.“*
Statt für einen Umbau der internationalen Institutionen zu plädieren, wollte das IBSA deren Erweiterung erreichen, um sie dadurch demokratischer zu machen. Konkret bedeutete dies, dass die IBSA-Mitglieder einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und mehr Stimmen bei IWF und Weltbank einforderten.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Idee der **Multi-Polarität** bzw. der multilateralen Diplomatie in den 1990er Jahren aufkam, um das Agieren der Länder außerhalb des Orbits der US-Vorherrschaft zu beschreiben. Als China die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ins Leben rief, um sich mit dem Problem der Taliban in Afghanistan (1996) zu befassen, sprach es von der Notwendigkeit einer multipolaren und regionalen Lösung dieser Gefahr. Nach dem 11. September 2001 erklärte Chinas Ministerpräsident, Hu Jintao, vor einer europäischen Zuhörerschaft: *„Multipolarität bildet eine wichtige Grundlage für den Weltfrieden, und die* ***Demokratisierung internationaler Beziehungen*** *ist ein essenzieller Garant für den Frieden.“* (…) Im Dezember 2004 versammelten sich die Länder Südamerikas im peruanischen Cusco, um die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) ins Leben zu rufen. Deren internationale Beziehungen *„basieren auf der Bekräftigung der tatsächlichen Ausübung des Multilateralismus, wodurch wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der weltweiten Agenda eng und effektiv miteinander verbunden werden.“* Es waren genau diese Ansätze eines multipolaren Regionalismus, die zuerst ihren Weg in das IBSA-Dialogforum und später in den BRICS-Block finden sollten.

Das zweitwichtigste Prinzip des IBSA-Dialogforums bestand darin, *„**den Nutzen der Globalisierung zu maximieren** und sicherzustellen, dass daraus eine positive Kraft **für nachhaltiges Wachstum** in allen Entwicklungsländern erwächst.“*
Die Idee des „nachhaltigen Wachstums“ an der Seite der Globalisierung deutet darauf hin, dass das IBSA-Dialogforum nichts gegen die Vorstellung einzuwenden hat, dass das exportorientierte Wachstum („Globalisierung“) selbst nicht für die entsetzliche soziale Krise verantwortlich ist, die auf dem Planeten ausgebrochen ist. Es gibt keinen großen alternativen Entwurf, der wegführte vom Neoliberalismus, wie er in den späten 1980er Jahren vom Norden etabliert wurde – der neue Aufbruch muss innerhalb der Grenzen einer Politik entstehen, die den Privatsektor gegenüber dem öffentlichen Sektor favorisiert, Finanzkapital über industrielles Kapital (und zweifelsohne auch über die Arbeiterinnen und Arbeiter) sowie durch Kredite ermöglichten Konsum über die Produktion sozialer Güter stellt. (...)

Das IBSA-Dialogforum stellte – ebenso wie später die BRICS-Staaten – gegenüber dem Globalen Norden **keine konfrontative Agenda** auf.
Die grundlegende Feststellung bestand darin, dass unfaire Praktiken des Nordens die Wachstumsmöglichkeiten des Südens bei Fragen der Handelsbestimmungen, Subventionen, Technologietransfers und Finanzen behinderten. In Cancún (2003) wurden Subventionen und Handelsbestimmungen als Problem behandelt, bei den verschiedenen Klimakonferenzen war es der **Technologietransfer**. Und am Rande der G8-Gipfel wurden die fehlenden Hilfen und die Willkür ausländischer Direktinvestitionen problematisiert. Aufgrund der Unnachgiebigkeit des Nordens in vielen dieser Fragen begann das IBSA-Dialogforum von der **„Süd-Süd-Kooperation“** zu sprechen, um auf die Notwendigkeit des Handels innerhalb des Südens im Allgemeinen, und zwischen ihren drei Staaten im Besonderen, hinzuweisen. Man sah darin einen Weg, die – in den eigenen Augen – unfaire und durch den Norden beförderte Geographie des Handels zu umgehen.

In Cancún und Kopenhagen gesellte sich **China** zu den Gesprächen hinzu und unterstützte das IBSA-Dialogforum und dessen Süd-Konstellation durch sein Gewicht. Das war ein beispielloser Vorgang. Auf der Ministerkonferenz der WTO 2005 in Hongkong hatte China sich noch zurückgehalten. Seit das Land 2001 der WTO beigetreten war, hatte Pekings diplomatische Linie darin bestanden, „zu helfen, die Dominanz auszugleichen“ – die Dominanz der Vereinigten Staaten, Japans, der Europäischen Union und Kanadas (der Vierergruppe). Einige Jahre später sah die Sache ein wenig anders aus. Der enorme chinesische Handelsüberschuss gegenüber Europa und den Vereinigten Staaten, ebenso wie Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht weltweit (nach den USA), führten zu einem beträchtlich gesteigerten Vertrauen darin, dass China internationale Beziehungen gemäß seiner eigenen Interessen gestalten konnte. Chinas Außenpolitik war nicht länger von der Frage nach Taiwans Rolle in der Welt gefangen. **Peking begann jetzt in diesen Weltforen als ein zurückhaltender Führer des Südens zu agieren.** Es war offensichtlich, dass die Haupterfolge des Dialogforums zu verzeichnen waren, seit es von China unterstützt wurde. „China ist das Schwergewicht der Gruppe“, sagte diesbezüglich ein Analyst. *„Sie haben die großen Reserven. Sie sind der größte potenzielle Markt.“*
Der Einzug von China und Russland in die Debatten des IBSA-Dialogforums im Jahr 2005 markierte den Entstehungsprozess der BRICS.(...)

Die BRICS-Agenda

Im IWF-Bericht von 2011 wird angedeutet, dass die Vereinigten Staaten 2016 nicht länger die größte Wirtschaftsmacht der Welt sein werden.
Dies ist – um einen Ausspruch des Historikers **Fernand Braudel** zu entlehnen – ein „Anzeichen des **Herbstes“ der atlantischen Hegemonie**. Signale des Niedergangs sind in den fragilen wirtschaftlichen Grundlagen der atlantischen Staaten erkennbar, wo die rote Warnlampe angesichts der **Vorherrschaft des Finanzsektors** in der Wirtschaft und des Anstiegs der **Militärausgaben** hell leuchtet. Seit 2001 haben allein die Vereinigten Staaten 7,6 Billionen US-Dollar für ihre Kriege und ihren nationalen Sicherheitsapparat ausgegeben. Hinzu kommen massive Kürzungen der Sozialausgaben und Steuervergünstigungen für Reiche. (...)
Prognosen des IWF zufolge wird China im Jahr 2016 die größte Volkswirtschaft

sein, doch scheint das Land es nicht darauf anzulegen, sich allein an die Spitze zu stellen. China scheint damit zufrieden zu sein, sich die Bühne mit den anderen BRICS-Staaten zu teilen und auf Multipolarität und ökonomische Vielfalt zu drängen. Tatsächlich betont China bei jeder Gelegenheit, dass es weder an einer Ära der Pekinger Vorherrschaft interessiert sei noch die verschiedenen multilateralen Plattformen nutzen wolle, um einen BRICS- oder einen Pekinger Konsens durchzusetzen. Es weist darauf hin, dass es ein Ungleichgewicht der Macht zum Vorteil des Nordens gebe und dieses Ungleichgewicht korrigiert werden müsse – mehr nicht.

Die umfassendste Erklärung der BRICS-Prinzipien war die „Deklaration von Neu-Delhi" (2012). Viele der bereits 2009 bestehenden Elemente haben dort ihren vollständigsten Ausdruck gefunden.

1. Finanzreform
Die Finanzkrise seit 2007 wirft weiterhin ihre Schatten auf die BRICS-Staaten. Ihr Wachstumsmodell, das auf Exporte in den Norden sowie Handel untereinander basierte, hat unter dem Rückgang der Nachfrage aus dem Norden gelitten. Deshalb obliegt es den BRICS-Staaten, entweder ein Programm zu erarbeiten, um sich **aus der Abhängigkeit von der Nachfrage des Nordens zu befreien**, oder dazu beizutragen, einen Weg zu finden, die Nachfrage im Norden wieder zu beleben. Bis jetzt haben die BRICS beides getan, vorwiegend mit einem kurzzeitigen Fokus auf die Neubelebung der Nachfrage des Nordens.
Insgesamt hat sich die Unterstützung für den vom IWF vorangetriebenen Neoliberalismus langsam abgenutzt. In der „Deklaration von Neu-Delhi" drängen die BRICS-Staaten den Norden, eine „verantwortliche makroökonomische und finanzielle Politik" zu verfolgen und entschlossenere Reformen ihres Finanzsystems vorzunehmen. Die Ansicht, dass der Norden nicht länger das Monopol auf gute Ideen zur Finanzpolitik innehat, führte zum Ruf nach einer institutionellen Verschiebung von der Kontrolle des Nordens hin zu einer Nord-Süd-Partnerschaft. Die G20 sollte das vorrangige Forum zum Schmieden eines globalen Aktionsplans werden, die Führung in IWF und Weltbank (inklusive der höchsten Führungsebene) auf eine breitere Basis gestellt und die UNCTAD – ein globales Organ, dessen politische Perspektive dem neoliberalen Konsens häufig kritisch gegenüberstand – gestärkt werden.

Im UNCTAD-Bericht von 2011 findet sich eine sorgsam erarbeitete Analyse über **Macht und Einfluss des Finanzkapitals**. Im Kapitel über Rohstoffmärkte wird argumentiert, dass der Rohstoffboom nicht mit einer wachsenden Nachfrage der BRICS-Staaten erklärt werden kann. Schuld daran seien hingegen Index-Investoren, Spekulanten, deren Rohstoffgeschäfte motiviert sind durch *„Faktoren, die überhaupt keinen Bezug zu den Grundlagen der Rohstoffpreise haben."* (…) Es kann keine Entwicklungsagenda geben ohne ernsthafte Überlegungen zu einer Finanzreform.

2. Entwicklungsagenda
Seit der faktischen Paralyse der Entwicklungsagenda von Cancún (2003) – oder vielleicht bereits seit Seattle (2000) – hat es wenig Bewegung bezüglich der Kernfragen sozialer Entwicklung gegeben. Das Gerede über die Millennium- Entwicklungsziele (MDGs) hat sich als Vernebelungstaktik für unzureichende Maßnahmen auf globaler Ebene herausgestellt. Bei den MDGs handelt es sich um Ziele, deren Erreichung von den einzelnen Staaten verlangt wird. Es handelt sich nicht um einen möglichen Ersatz für eine umfassende Vereinbarung zu Rohstoffpreisen, Subventionen, Entwicklungsfinanzierung und Technologietransfers. (…) Seit die Rolle der UNCTAD marginalisiert wurde, hat der Süden seinen Platz am Verhandlungstisch verloren. Folglich hat es weniger einen Entwicklungsdialog, sondern vielmehr einen Entwicklungsmonolog mit dem IWF und der Strukturanpassungsagenda der Weltbank gegeben, die in der Maskerade einer Entwicklungsagenda daherkamen.
Die BRICS-Staaten rufen nun zu einer Neubelebung der Debatten über Entwicklung auf, inklusive der Schaffung einer neuen Entwicklungsbank (einer BRICS-Bank), der Wiederbelebung der Doha-Runde in multilateralem Gewand, dem Einimpfen eines Geistes des Technologietransfers jenseits des rigorosen Regimes intellektueller Eigentumsrechte des TRIPS-Abkommens und inklusive der Kooperation bei wichtigen Angelegenheiten, wie etwa Gesundheitsfürsorge, landwirtschaftlicher Produktion und Produktivität.
Weil er sich außerstande sieht, eigene Vorstellungen innerhalb der Weltbank durchzusetzen, wird der BRICS-Block nun eine BRICS-Entwicklungsbank mit einem Startkapital von ungefähr 50 Mrd. US-Dollar einrichten. Die Bank soll von China als Recycling-Mechanismus genutzt werden, um chinesische Überschüsse in Infrastruktur nicht nur in den anderen BRICS-Staaten (wo Indien und Südafrika die wichtigsten Beispiele sind), sondern auch im Rest des Südens zu investieren. Es wird geschätzt, dass die Kosten für die Infrastrukturentwicklung innerhalb der BRICS-Staaten sich auf rund 15 Billionen US-Dollar belaufen. Die Weltbank ist nicht nur wenig begeistert von einem derartigen Kostenaufwand, sondern zudem auch nicht einverstanden mit der Art der von den BRICS-Staaten für ihre Binnenmärkte und für die internationale Ebene erarbeiteten Entwicklungsvision.

3. Multipolarer Regionalismus
Letztlich haben die BRICS-Staaten begonnen darauf hinzuweisen, dass sie dem Norden, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, nicht länger erlauben wollen, die internationalen Angelegenheiten zu dominieren. (…)
Die BRICS-Staaten unterstützen jetzt die Idee einer UN-Reform, die auch eine Begrenzung der Befugnisse der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates vorsieht. Sie unterstützen zudem das Konzept einer „multilateralen Diplomatie" anstatt der US-Vorherrschaft. Darin besteht eine signifikante Abkehr von der allgemeinen Zurückhaltung der BRICS-Staaten – vor allem Chinas –, die sich mit dem Eingreifen in Konflikte außerhalb ihrer Grenzen sehr schwertun.

Diese drei Punkte – Finanzreform, eine Entwicklungsagenda und multipolarer Regionalismus –bilden die Kernelemente der BRICS-Agenda.

Gipfel-Politik

Der 5. BRICS-Gipfel 2013 endete im südafrikanischen Durban mit minimalen Ergebnissen. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika brachten keine größeren Initiativen ein.
Sogar die lang erwartete BRICS-Entwicklungsbank (Punkt 9 der „**eThekwini-Deklaration**" von Durban, http://www.brics5.co.za/fifth-brics-summit-declaration-and-action-plan/) wurde in einer kühlen Art und Weise angekündigt: „Wir sind übereingekommen, die neue Entwicklungsbank zu gründen." Dies scheint der Stil des BRICS-Blocks zu sein: Eine Art **scheues Betreten der Weltbühne** ohne das Ausbreiten bedeutender politischer Alternativen und ohne größere PR-Kampagne. Einer der Gründe für diese Schüchternheit besteht darin, dass die BRICS-Staaten **keinen substanziell neuen Ansatz für die Themen der Welt** haben.
Das liegt einerseits daran, dass sie durch

die umfassende Übernahme neoliberaler Politik in ihren eigenen Ländern eingeschränkt sind, und andererseits, dass sie in einem **Teufelskreis der Billigproduktion für die kreditgestützten Enklaven des Globalen Nordens gefangen** sind. (…)

Neuer Entwicklungsdialog

Der BRICS-Block möchte seine neuen wirtschaftlichen Stärken in politische Macht ummünzen, besonders indem er sich selbst als führende Kraft für einen neuen Entwicklungsdialog positioniert. Indikatoren für einen alternativen Ansatz zum Fundamentalismus des freien Marktes des Nordens sind auf den BRICS-Foren und in der eThekwini-Deklaration deutlich geworden. So stellt der BRICS-Block etwa **nicht zwangsweise den privaten Sektor über den öffentlichen**, verbunden mit der Anerkennung *„der bedeutenden Rolle, die öffentliche Unternehmen in der Wirtschaft spielen."* Es ist natürlich bereits länger nicht mehr der Fall, dass der öffentliche Sektor allein zum Wohl der Menschen arbeitet – mit staatlichen Unternehmen, die oft als Steckenpferde der reichen Eliten fungieren. Dennoch ist der öffentliche Sektor ein entscheidender Wegbereiter für soziale Entwicklung in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ebenso ist der **Staat notwendig als Bollwerk gegen Spekulanten** in Rohstoff- und Finanzmärkten, wo die natürlichen Schwankungen häufig zugunsten kurzzeitiger finanzieller Gewinne manipuliert werden, statt für die Sicherheit der Produzenten zu sorgen.
Der BRICS-Block hat mit dem **Contingency Reserve Arrangement (CRA)** einen Fonds im Wert von 100 Mrd. US-Dollar geschaffen, der die Staaten des Südens vor kurzzeitigen Liquiditätsproblemen schützen soll – eine Bedingung, die oft vom IWF dazu genutzt wurde, Ländern mit knappen Finanzen die Übernahme neoliberaler Politik („Konditionalitäten") zu diktieren. Dies ist auch der Grund, weshalb der BRICS-Block seine **eigene Entwicklungsbank** eingerichtet hat, obwohl diese erst einmal ruht, da Indien und Russland zunächst die möglichen Wirkungen der Bank untersuchen wollen. Teil der Debatten um die Bank und die Sicherheitsreserve war auch die Möglichkeit, eine **Ratingagentur des Südens** zu gründen.
Die Schaffung ihrer eigenen Institutionen – des Contingency Reserve Arrangements und der BRICS-Bank – ersetzen nicht die Ambitionen der einzelnen BRICS-Staaten, in den älteren Institutionen das Heft in die Hand zu nehmen.
Unter **Reformen des IWF oder der WTO** wird jetzt ein größeres Stimmgewicht der Staaten des Südens verstanden. Im Falle der WTO hat der BRICS-Block zudem zu verstehen gegeben, dass er eine Koalition des Südens anführen möchte, um einen Vertreter des Südens zum nächsten Generalsekretär zu machen. Im letzten Jahr versuchte der Norden in Doha, angeführt von der Schweiz, das Mandat der UNCTAD zu torpedieren, indem er darauf drängte, die eigenen Sichtweisen auf die Reform des Finanzsektors zurückzustellen. Die BRICS unterstützten in der „Deklaration von Neu-Delhi" und der „eThekwini-Deklaration" erneut die Arbeit der **UNCTAD** zu „miteinander zusammenhängenden Fragen des Handels, der Investitionen, Finanzen und Technologie aus einer Entwicklungsperspektive."
Entscheidend sind hier die Worte „miteinander zusammenhängend" und „Finanzen" als Hinweise auf das Urteil des UNCTAD-Berichts zu Handel und Entwicklung aus dem Jahr 2011. Dort wird betont, dass die spekulative Macht des globalen Finanzsystems nicht nur wirtschaftliche Einöden in den Ländern des Nordens schuf, sondern auch jegliche Entwicklungsprojekte im Süden behinderte.

Grenzen der BRICS-Plattform

Die BRICS-Plattform hat verschiedenartige Begrenzungen.

Zuerst einmal folgt die Innenpolitik der BRICS-Staaten dem allgemeinen Tenor dessen, was man als „**Neoliberalismus mit südlichem Antlitz**" bezeichnen kann – mit dem Verkauf von Rohstoffen und niedrigen Arbeitslöhnen neben dem recycelten Überschuss, der als Kredit an den Norden geht, während die Lebensqualität des Großteils der eigenen Bevölkerung niedrig bleibt. Die indische Bevölkerung ist beispielsweise mit hohen Armutsraten und Hunger konfrontiert, obwohl die Wachstumsraten stetig weiter steigen. Statt den sozialen Reichtum in Transferzahlungen und in die Schaffung stabilerer sozialer Löhne umzuwandeln, scheint das Land dem Rat des Weltbankpräsidenten Robert Zoellick zu folgen und seinen Überschuss dafür zu verwenden, „der Weltwirtschaft zu helfen, sich von der Krise zu erholen." Es hat etwas Obszönes, die „Lokomotiven des Südens" vor die Wagen des Nordens spannen zu wollen (vor allem angesichts des Unwillens des Nordens, die eigenen Überschüsse in den 1980er Jahren dafür zu nutzen, die damalige Schuldenkrise zu bekämpfen).

Zweitens war das BRICS-Bündnis bisher nicht in der Lage, eine neue *institutionelle* Grundlage zu schaffen, die seiner wachsenden Macht gerecht würde. Es plädiert weiterhin für demokratischere Vereinte Nationen und **mehr Demokratie in IWF und Weltbank**. Diese Appelle haben wenig bewirkt.(...)

Drittens hat die BRICS-Formation **keine *ideologische* Alternative zum Neoliberalismus** vorgebracht. Es gibt viele Vorschläge zur Schaffung einer nachhaltigeren Wirtschaftsordnung, doch diese wurden an den Rand gedrängt. Die Rio-Formel eines „separaten und differenzierten Umgangs" erlaubt es dem Süden, Zugeständnisse zu fordern, die der Norden verweigert (nicht zuletzt beim Klimawandel). Dies ist eine **defensive Haltung**. Bislang wurde keinerlei positive Alternative vorangetrieben. (...)

Und **schließlich** fehlt dem BRICS-Projekt die Fähigkeit, die ***militärische*** **Vorherrschaft der USA und der NATO zu brechen**. Wenn die Vereinten Nationen dafür stimmen, „den Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen" zu erlauben, wie es bei der Resolution 1973 zu **Libyen** der Fall war, ist dies im Grunde ein **Blankoscheck für die NATO**, militärische Mittel einzusetzen. Regionale Alternativen, die funktionieren würden, gibt es nicht. Die Fähigkeit der USA zur Machtprojektion bleibt weltweit bestehen – mit **Militärbasen auf allen Kontinenten** und der Fähigkeit, fast überall zuzuschlagen. Diese globale Präsenz von NATO und USA schwächt die Kapazität regionaler Mechanismen für Friedensmaßnahmen und Konfliktlösungen. **Überbordende Militärmacht übersetzt sich in politische Macht**.

Regionalismus und Multipolarität stehen im Mittelpunkt der jüngsten Debatten. Nebenabsprachen verbesserten die regionale wirtschaftliche Entwicklung und schufen die Basis für **Regionalpolitik ohne US-Vorherrschaft**. So leiteten Afghanistan, Indien und Iran am Rande des 16. Gipfels der NAM im Jahr 2012 einen Prozess ein, um ihre gegenseitigen Verbindungen mittels des im Südosten Irans gelegenen Hafens von Tschabahar zu intensivieren. Das von den USA besetzte Afghanistan importiert, ungeachtet der US-amerikanischen und europäischen Sanktionen, 50 Prozent seines Erdöls aus Iran. Die US-Bestrebungen, Teheran zu isolieren, sind in einer multipolaren Welt schlichtweg nicht durchsetzbar.

Die aufstrebende und von den BRICS-Staaten unterstützte Politik der NAM zielt nicht länger auf Blockfreiheit, sondern auf Regionalismus und Multipolarität ab. Schuldenkrisen und Sparmaßnahmen im Norden werden gleichermaßen Druck auf dessen Fähigkeit ausüben, die eigene militärische Macht auf dem ganzen Planeten auszuüben. China, das die weltgrößte Wirtschaft haben wird, hat sich der Multipolarität verschrieben. Deshalb ist auch eine **neue geistige Orientierung** (Regionalismus und Multipolarität) des BRICS-Blocks viel realistischer als die erneute Durchsetzung der Vorherrschaft des Nordens.

Es wird kein weiteres amerikanisches Jahrhundert geben. Wir stehen am Beginn eines neuen multipolaren Experiments. Das BRICS-Projekt bedeutet keine Freiheit (*Uhuru*) für den Süden. Dennoch: Das politische System erhält frischen Sauerstoff. Das IBSA-Dialogforum und die BRICS-Plattform verleihen älteren Ideen der Süd-Süd-Kooperation neues Gewicht – Konzepte, die sich in den 1990er und 2000er Jahren in Gefahr befanden, zu Anachronismen zu werden. (...)

Perspektiven des BRICS-Blocks

Die gegenwärtigen Führungen der einzelnen BRICS-Staaten lassen nicht erkennen, dass die BRICS-Agenda einen stärker progressiven Kurs einschlagen würde. Seit den 1990er Jahren lag ein Ungleichgewicht vor, weil der Norden den Kurs von Politik und Macht strikt gemäß den eigenen Interessen und denen seiner Unternehmen ausrichtete. Die BRICS-Staaten versuchen nun schlicht, die Kompassnadel nach ihren eigenen Interessen auszurichten, damit ihre eigenen Entwicklungsprogramme aus dem Schatten der Schuldenkrise und des Regimes der geistigen Eigentumsrechte ausbrechen können. Ihre eigenen Unternehmen sollen dadurch mit im Norden angesiedelten transnationalen Firmen in den Wettbewerb treten, und das Konzept der Süd-Süd-Kooperation soll als Argument für eine bevorzugte Behandlung angewandt werden können. Brasiliens Versuch, die progressive Agenda der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank, der Bank des Südens (*Banco del Sur*), zu bremsen, ist ein Indikator für die engen Grenzen der Politik der BRICS-Staaten. Wenn die gegenwärtigen Regierungen in den BRICS-Staaten an der Macht bleiben, ist nicht zu erwarten, dass die Dynamik des BRICS-Blocks sich von dem unterscheiden wird, was wir bisher gesehen haben.

Sollten jedoch progressive Regierungen in den BRICS-Ländern an die Macht gelangen, so wie es in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren der Fall war, ist eine andere Politik des BRICS-Blocks denkbar. Ein aggressives Umschwenken, bei dem Überschüsse des Südens in die eigenen Bevölkerungen transferiert werden, begleitet von Änderungen am Wachstumsmodell der einzelnen Staaten, hätte eine unmittelbare Auswirkung auf die Verwendung von Institutionen wie der BRICS-Bank. Eine neue Stiftung für Wirtschaftsabkommen im Binnenhandel, bei denen Mechanismen der Preisgestaltung sowohl Produzenten als auch Konsumenten begünstigen, ohne dass das private Kapital die Gelegenheit erhält, den Löwenanteil des Handels abzuschöpfen, könnte ebenso auf Grundlage des eigenen Süd-Süd-Handels eingerichtet werden. Eine derart progressive Agenda könnte die Länder des Südens, und vor allem die BRICS-Staaten, befähigen, wirtschaftlich nicht länger vom Norden abhängig zu sein (beispielsweise in Sachen Märkte und Technologien) und auf diese Weise auch die politische Abhängigkeit von Washington zu brechen.

Dies wäre eine mögliche Aussicht für den Süden. Sie ist jedoch, angesichts der gegenwärtigen Klassenzusammensetzung in der Führung der BRICS-Staaten, nicht die wahrscheinlichste Variante für den BRICS-Block. **Gegenwärtig geht es nur um eine Neujustierung der Machtbeziehungen, nicht um deren Transformation. Dies ist bis auf Weiteres das Programm des BRICS-Blocks und im Kern auch sein Versprechen.**

Akyüz, Yilmaz: The Staggering Rise of the South? In: UNCTAD: The Rise of the South and New Paths of Development in the 21st Century. ECIDC Report 2012, Genf 2012.
Bond, Patrick: Sub-imperialism as lubricant for neoliberalism: South African 'deputy sheriff' duty within BRICS, in: „Third World Quarterly", 2/2013, S. 251-270.

Prashad, Vijay: The Darker Nations. A People's History of the Third World, New York 2007.
Prashad, Vijay. The Poorer Nations: A Possible History of the Global South, New York 2013.

Eine Übersicht über die SiG-Artikel zu den **BRICS-Ländern** und zur Entwicklung in **Afrika, Asien, Amerika** haben wir in **SiG100** veröffentlicht: http://sandimgetriebe.attac.at/sig100.html

Basiswissen zur WTO
von **Attac Österreich**: in SiG78, S. 12-16: http://www.attac.de/uploads/media/sig_78.pdf

Beiträge zu WTO/OMC - Weltbank – IWF/IMF in Sand im Getriebe (ab 2002)
http://sandimgetriebe.attac.at/10305.html

G8-G20: Übersicht der Artikel in SiG 100, Seite 32,
http://www.attac.de/uploads/media/sig_100_01.pdf

Noam Chomsky: "US-Amerikanischer Exzeptionalismus" ?

Sind die USA etwas ganz Besonderes?

Vorbemerkung: Als die US-Regierung mit der Bombardierung Syriens drohte, wies Präsident Putin das Recht der USA, Weltpolizit zu spielen und nach Belieben andere Länder zu bestrafen und das mit dem US-Amerikanischen Exzeptionalismus (american eceptionalism) zu begründen, höflich aber vehement zurück. In einem RT-Interview stellt Noam Chomsky dieses "Recht" in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Großmacht, die ich kenne, hat behauptet, sie sei "außergewöhnlich", "exzeptionell". Die USA hat immer das Prinzip des "Amerikanischen Exzeptionalismus" behauptet. Das geht zurück zu den frühen Kolonisten, aber das ist keine ausschließlich US-amerikanische Position...
So war Frankreich einzigartig in seiner zivilisierenden Mission, die stolz verkündet wurde, während der Kriegsminister die Vernichtung des Volkes von Algerien verlangte.
Russland unter Stalin war einigartig exzeptionell und großartig, während es alle möglichen Verbrechen beging.
Hitler verkündete die deutsche Einzigartigkeit, als er die Tschecheslovakei eroberte; es wurde gemacht, um die ethnische Säuberung zu beenden und um die Bevölkerung mit der deutschen Hochkultur und deutscher Technologie zu beglücken.
Wirklich, ich kann keine Ausnahme finden. Jede große Macht, die ich kenne, hat von sich behauptet, einzigartig zu sein, die USA ebenso: einzigartig in ihrem Recht, Macht und Gewalt auszuüben..."

http://www.zcommunications.org/chomsky-to-rt-all-superpowers-feel-exceptional-inflate-security-myth-for-frightened-population-by-noam-chomsky ,
weitere Artikel von Chomsky: http://www.chomsky.info

TiSA:
Das geht genau in die falsche Richtung

Die Verhandlungen für ein neues ***multilaterales Dienstleistungsabkommen*** *von einer Gruppe von 48 Staaten schreiten weiter voran. Das Europäische Parlament und die EU-Regierungen haben in den letzten Monaten ihre Zustimmung signalisiert.*
341 Organisationen *(u.a das europäische Attac-Netzwerk) kritisieren das Vorgehen der Vertragspartner, welche das Abkommen hinter verschlossenen Türen aushandeln. Dies untergrabe die Demokratie. Wie die Finanzkrise gezeigt hat, können die dort angestrebten Ziele der Liberalisierung und Deregulierung verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Das trifft auch Entwicklungsländer. TiSA wird vor allem von Industriestaaten vorangetrieben und spiegelt deren Interessen.*
Es besteht die Gefahr, dass die dort verhandelten Standards später in die WTO hinein getragen werden, um auch dort die Liberalisierung voranzutreiben. (Attac Österreich http://www.attac.at/news, 16.Sept 2013)

16. September 2013
Sehr geehrte Handelsministerinnen und Handelsminister!

Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft, vertreten Millionen von Mitgliedern auf der ganzen Welt und wenden uns heute an Sie, um unseren entschiedenen **Widerstand** gegen die Verhandlungen über ein geplantes, weitreichendes, plurilaterales „*Internationales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TiSA)*“ zum Ausdruck zu bringen.

Die an den Gesprächen teilnehmenden Länder des Blocks der sogenannten „Echten Freunde“ (Real good friends = RGF) der Dienstleistungen - Australien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Panama, Pakistan, Peru, Südkorea, die Schweiz, Taiwan, die Türkei, die USA und die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union - bitten wir dringend, die Verhandlungen aufzugeben.
Die Länder, die zurzeit nicht an den Gesprächen teilnehmen, bitten wir dringend, ihren entschiedenen Widerstand gegen die Verhandlungen anzumelden und sich zu verpflichten, auch in Zukunft nie irgendeinem möglichen TiSA beizutreten.

Die TiSA-Verhandlungen verlaufen mehr oder weniger **nach dem Programm der Großkonzerne**, nämlich „Handelsabkommen“ dazu zu nutzen, Länder zu extremer **Liberalisierung** und **Deregulierung** zu verpflichten und auf diese Weise den Konzernen auf Kosten der Arbeitnehmer/-innen, Landwirte/-innen, Verbraucher/-innen und der Umwelt größere Gewinne zu verschaffen. Das vorgeschlagene Abkommen ist das unmittelbare Ergebnis systematischer Interessenvertretung durch internationale Konzerne im Banken-, Energie-, Versicherungs-, Telekommunikations-, Transport- und Wasserversorgungswesen sowie in anderen Dienstleistungssektoren, wobei sie sich verschiedener Lobbygruppen wie der US Coalition of Service Industries (USCSI) und des European Services Forum (ESF) bedienen.

Ungeachtet verschiedener Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie sozialer und ökologischer Mißstände wiederholen die für das TiSA vorgeschlagenen Dienstleistungsregelungen genau die Regelungen, die zu diesen Krisen beitrugen, und erweitern sie sogar noch. Diese Regeln, die im Allgemeinen Handelsabkommen für den Dienstleistungssektor (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO) und in Freihandelsabkommen (FTA) verankert sind, „disziplinieren“ Eingriffe der Regierungen und beschneiden die politischen Spielräume für Regelungen.

Die Deregulierung des Finanzsektors und der Kapitalmärkte beispielsweise, die zum Teil durch die aus der Ära der 90er Jahre stammenden GATS- und FTA-Regelungen gefördert worden war, führte zur jüngsten globalen Finanzkrise und der darauffolgenden weltweiten Rezessionswelle. Die Tatsache, dass Millionen Menschen nach wie vor unter Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen leiden, erinnert uns daran, dass für die Wiederherstellung von Stabilität und die Verhinderung zukünftiger Finanz- und Wirtschaftskrisen eine Neuordnung des Finanzsektors entscheidend ist.

Eine strenge Regulierung und Beaufsichtigung der vom öffentlichen und privaten Sektor erbrachten Dienstleistungen ist von entscheidender Bedeutung für die Demokratie, das öffentliche Interesse und die allgemeine Entwicklung sowie die geordnete Funktionsweise der Dienstleistungsmärkte. Wir fürchten, dass diese Werte und Ziele durch das vorgeschlagene TISA stark gefährdet würden.

Demokratie wird ausgehöhlt, wenn die Beschlussfassung über wichtige Sektoren wie Finanzdienstleistungen (einschließlich des Bankwesens, des Wertpapierhandels, des Rechnungswesens und der Sozialversicherungen), Energie, Bildung, Gesundheit, Einzelhandel, Transport, Telekommunikation, juristische Dienste, Personennahverkehr und Tourismus denen entzogen wird, die mit den Ergebnissen leben müssen.
Die innerstaatlichen Regulierungsbehörden und die Aufsichtsorgane auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene müssen die innerstaatliche Politik zu diesen Angelegenheiten bestimmen, nicht die jeder Rechenschaftspflicht enthobenen Verhandlungsführer, die bisher eine klare Neigung zur Beschneidung von Regulierungen gezeigt haben und den Konzerngewinnen Priorität über dem öffentlichen Interesse einräumen.

Wir verurteilen auf das Schärfste **die geheimniskrämerische Art der TiSA-Gespräche**, bei denen die Bürgerinnen und Bürger, Parlamentarier/-innen, Gewerkschaften, Regulierungsbehörden, Nutzer/-innen von Diensten und andere Interessierte nur begrenzten oder überhaupt keinen Zugang zu denjenigen haben, die Verhandlungsmandate festlegen. Auch zu den Verhandlungen oder zu den Verhandlungsunterlagen haben diese Gruppen keinen Zugang, während die Konzerne die Tagesordnung festlegen und problemlos Zugang sowohl zu den Verhandlungen als auch den Unterlagen erhalten.
Wir bestehen darauf, dass bei Verhandlungen wie denen über das geplante TiSA die

Verhandlungstexte veröffentlicht werden. Wir erwarten, dass regelmäßig Beiträge von Regulierungsbehörden, den Erbringern und Nutzern öffentlicher Dienste, ParlamentarierInnen, Staats- und KommunalbeamtInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeholt werden. Die Parlamente müssen für derartige Verhandlungen verbindliche Bedingungen festsetzen. Abkommen dürfen nur nach einer umfassenden Abstimmung gewählter AmtsträgerInnen in Kraft treten.

Das geplante TiSA ist ein **Angriff auf das öffentliche Interesse**, denn es stellt nicht sicher, dass ausländische Investitionen in Dienstleistungssektoren tatsächlich öffentliche Ziele und nachhaltiges Wirtschaften fördern.
Besonderes Misstrauen hegen wir im Hinblick auf eine weitere Aushöhlung lebenswichtiger Dienste wie Gesundheitswesen und Sozialversicherung, Wasser- und Energieversorgung, Postdienste, Bildung, öffentlicher Personennahverkehr, Abwasserentsorgung und andere Dienste, wenn diese Dienste privaten, ausländischen Konzernen überlassen werden, deren einzige Motivation der Gewinn ist, und nur denen zur Verfügung stehen, die Marktpreise zahlen können. Aus diesem Grund dürfen solche lebenswichtigen Dienste nicht Gegenstand von Handelsverhandlungen sein, die hinter verschlossenen Türen und ohne Rechenschaftspflicht ablaufen.
Dazu gehören auch solche, die in einer öffentlich-privaten Mischform arbeiten, mit privaten Dienstleistern konkurrieren oder eine Gebühr erheben.

Wir verurteilen das Bestreben der „Echten Freunde", weitere Dienstleistungssektoren an deregulatorische, GATS-ähnliche Vorschriften zu binden, die ein genauer Abklatsch beispielsweise von Artikel XVI des GATS über den Marktzugang oder von Artikel VI über innerstaatliche Regelungen sind, während bei den Gesetzgebern inzwischen ein Trend zur Re-Regulierung besteht.
Wir lehnen weiterhin alle Pläne ab zur Einführung neuer sektorenübergreifender Beschränkungen für Zulassungen, technische Normen und andere innerstaatliche Regelungen (auch Regelungen, die in- und ausländische Geschäftsbetriebe gleichermaßen betreffen), die über die bestehenden Regelungen des GATS und der FTA hinausgehen, die schon Regelungen das Regulierungsrecht der Regierungen und Parlamente einschränken.

Wie verurteilen die im Rahmen des geplanten TiSA bestehende Absicht, die Liberalisierung der sogenannten vorübergehenden Bewegung natürlicher Personen, bei denen es sich in Wirklichkeit um migrierende ArbeitnehmerInnen handelt, zu fördern, ohne ihnen rechtlichen Schutz ihrer Menschen- und Arbeitsrechte zu garantieren.
Die **Migration** von ArbeitnehmerInnen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich von Handelsabkommen und muss als Teil des normativen tripartiten Rahmenwerks der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) behandelt werden.

Das geplante TiSA stellt auch für Länder, die sich nicht beteiligen, eine Bedrohung dar. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine „Multilateralisierung" der Verhandlungen beabsichtigen. Wir rufen auf zur Wachsamkeit gegenüber der Entschlossenheit der EU und der Vereinigten Staaten, die Hyper-Deregulierungs- und -Privatisierungsagenda des TiSA als globale Norm festzulegen und auf andere Länder, insbesondere mögliche Beitrittsländer zur WTO, Druck zur Mitunterzeichnung auszuüben.

Es besteht **ausserdem folgende Gefahr:** Falls ein TiSA geschlossen werden sollte, würden die Unterzeichnerländer wahrscheinlich versuchen, die Verhandlungsleitlinien für Dienstleistungen zu umgehen, auf die sich die WTO-Mitglieder einvernehmlich geeinigt haben. Sie könnten in GATS-Verhandlungen als Block auftreten, um andere Länder ebenfalls dazu zu drängen, die im TiSA vorgesehene schärfere Liberalisierung und Deregulierung zu erfüllen.

Wir verurteilen das TiSA ferner als Versuch, in Industrieländern den **Wunschzettel der Konzerne** in Bezug auf Dienstleistungen voranzubringen, gleichzeitig aber Verpflichtungen unter den Tisch fallen zu lassen, die in der Doha-Entwicklungsagenda der WTO eingegangen wurden. Diese Verpflichtungen sahen vor, den Forderungen der Entwicklungsländer zu entsprechen, beispielsweise in Bezug auf die Beseitigung bestehender Asymmetrien und ungerechter Regelungen in der Landwirtschaft.

Die Welt befindet sich noch im Erholungsprozess vom größten globalen Wirtschaftsabschwung seit fast einem Jahrhundert, der durch die extreme Deregulierung der Finanzdienstleistungsbranche überhaupt erst möglich wurde.
Es liegt klar auf der Hand, dass eine starke öffentliche Aufsicht notwendig ist, um **sicherzustellen, dass das öffentliche Interesse Vorrang vor privatem Gewinn erhält.**
Wir lehnen die TiSA-Verhandlungen ab, die unsere Länder in genau die falsche Richtung lenken werden.

Unterschriften:
http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/Letter_from_341_Groups_Against_Proposed_TISA_-_Sept_2013.pdf

S. auch: **Stellungnahme der Österreichischen Bundesarbeitskammer**
http://www.akeuropa.eu/_includes/mods/akeu/docs/main_report_de_298.pdf

GATS und weitere Angriffe gegen die öffentlichen Dienstleistungen: Hinweise auf frühere SiG-Artikel

FRAUEN STOPPT GATS! Dies war der Slogan des Internationalen Kongresses: DIENSTE OHNE GRENZEN? GATS; PRIVATISIERUNGEN UND DIE FOLGEN FÜR FRAUEN, der am 11. Mai 03 in der Fachhochschule in Köln zu Ende ging. Es war der erste Kongress zu diesem Thema weltweit. Kongressbericht von Maria Mies, in SiG 22 (2003), http://www.staytuned.at/sig/0022/32933.html ;

Artikel zu GATS auch in SiG 12, 16, 19, 22, 23, 46
GATS und Demokratie, 2005:
http://www.suisse.attac.org/IMG/pdf/GATSweb.pdf

- Gegen den Trend, Wissen immer weiter zu privatisieren, von Oliver Moldenhauer, in SiG 37 (2004), http://sandimgetriebe.attac.at/2932.html

- Die EU zerschlägt an ihren Grenzen die öffentlichen Dienstleistungen, von Lucile Daumas, SiG 69 (2008), http://sandimgetriebe.attac.at/6818.html

- Stellungnahme zur EU-Dienstleistungsrichtlinie von Stephan Lindner, in SiG 55 (2006), http://sandimgetriebe.attac.at/4960.html

- Dienstleistungsfreiheit steht über nationalen Arbeitnehmerrechten von Christine Wicht in SiG 67 (2008), http://sandimgetriebe.attac.at/6653.html

ATTAC Argentinien

500 Millionen US-Dollar an fünf transnationale Unternehmen?

4. Oktober
Wir von ATTAC Argentinien protestieren gegen das Vorhaben der argentinischen Regierung, 500 Millionen US-Dollar an fünf transnationale Unternehmen zu zahlen, die diese Zahlung von unserem Land im Rahmen des Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, (ICSID) fordern (1). Auf der Grundlage von Konzessionen, die diesen Unternehmen in **bilateralen Investitionsabkommen** eingeräumt wurden, wurde der öffentliche Haushalt geplündert. In den neunziger Jahren wurden diese Abkommen von Argentinien unterzeichnet und nun werden sie rechtskräftig. Unter Präsident Menem wurden diese nachteiligen Abkommen im Zusammenhang mit der Privatisierung öffentliche Dienstleistungen geschlossen.

Die Forderungen kommen von folgenden Unternehmen:
Azurix, ein Unternehmen der ENRON-Gruppe, bekannt für seine Verwicklung in internationale Betrügereien. Es erhielt 2002 die Konzession für die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung für die Provinz Buenos Aires,
Blue Ridge – das Unternehmen erwarb den Zuschlag für die CMS Gas Transmission Company mit einem Vertrag von 2002,
Vivendi – das Unternehmen gewann im Fall Aquas Aconquija die Trinkwasserversorgung für Tucumán,
National Grid, ein britisches Unternehmen, das Teile von Transener übernahm,
Continental Casualty Company – die Gesellschaft hält Aktien der CNA Aseguradora de Riesgos del Trabajo. Sie kaufte auf Peso lautende und in US-Dollar konvertible argentinische Staatsanleihen.

All diese Forderungen wurden beim **ICSID, einer Einrichtung der Weltbank,** eingebracht mit dem Argument, dass die Abwertung des argentinischen Peso im Jahre 2002 – während der größten wirtschaftlichen und sozialen Krise in der Geschichte unseres Landes – die Vertragsbedingungen mit dem Staat Argentinien verändert habe.
Die fünf Forderungen beweisen zum x-ten Mal, dass transnationale Unternehmen auf den Schiedsspruch des ICSID bauen. Sollte Argentinien alle Forderungen dieses Schiedsspruchs erfüllen, kostete das den Staat 65 Milliarden US-Dollar, das entspricht 13,7 % des argentinischen BIP.

Lasst uns daran erinnern, dass 55 Unternehmen vom Staat Argentinien in den neunziger Jahren mit der Unterschrift vor dem ICSID eine so genannte rechtliche Absicherung ihrer Investitionen gefordert und erhalten haben. Diese Verträge sind in Wahrheit ein ganzes Bündel von **Vorrechten für die ausländischen Unternehmen** und zwingen dem Staat eine Politik auf, die seinen eigenen Interessen zuwiderläuft. Mit diesen bilateralen Investitionsabkommen können die Unternehmen ihre Forderungen an den Staat in internationalen Schlichtungsstellen wie dem ICSID begründen.

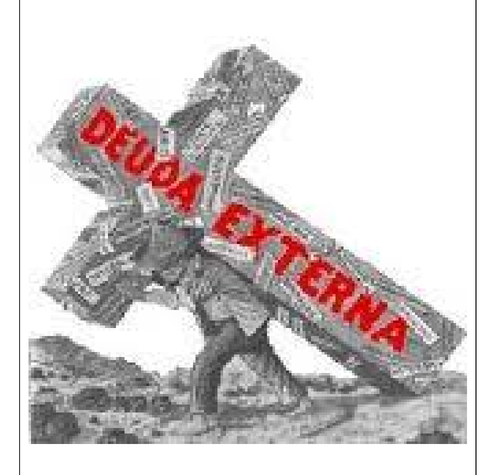
Aus diesem Grund fordert **ATTAC ARGENTINIEN dringendst, dass Argentinien aus dem ICSID austritt und alle bilateralen Investitionsabkommen für null und nichtig** erklärt.
Zu diesem Zweck haben wir uns der nationalen und internationalen **Kampagne gegen das ICSID und die bilateralen Investitionsabkommen** angeschlossen.
Wir rechnen mit der Unterstützung zahlreicher sozialer, politischer und gewerkschaftlicher Organisationen auf nationaler und globaler Ebene.
Argentinien ist davon nicht allein betroffen. Es gibt regionale und internationale Initiativen in Fällen, wo Staaten die souveräne Entscheidung trafen, aus dem ICSID auszutreten (zum Beispiel Bolivien, Ecuador und Venezuela (2)) und ihr Verhältnis zum bestehenden Schlichtungsregulativ zu überprüfen (zum Beispiel Ecuador, Südafrika und Australien). Damit ist es möglich, koordiniert die transnationalen Unternehmen den souveränen Entscheidungen der Staaten und den Rechten der Völker zu unterwerfen und nicht umgekehrt. Wir halten fest, dass es in Argentinien Kräfte gibt, die nicht nur bei diesem Prozess mitmachen wollen, sondern ihn auch anführen können, den Prozess zur Auflösung der bilateralen Investitionsabkommen, zum **Austritt aus dem ICSID** und zur endgültigen Lösung der neoliberalen Bedingungen, denen man in den letzten zwei Jahrzehnten unterworfen war.
Der Lohn für diese Forderungen ist die politische Chance, den Rechten der Völker Respekt zu verschaffen.

----

(1) Centro Internacional de Arreglo de Diferencias sobre Inversiones (CIADI) = Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten = International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID). Ein internationales Schiedsgericht mit Sitz in Washington, D.C., das der Weltbankgruppe angehört. Es entscheidet und vermittelt vor allem bei Streitigkeiten im Rahmen von bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs).
(2) Bolivien: ist 2007 ausgetreten, Venezuela 2012

ATTAC Argentinien ist Mitglied im CADTM http://attacargentina.com.ar
Übersetzung: Herbert Kaser, Lektorat: Werner Horch

Argentinien hatte seit Dezember 2001 sich **geweigert, Schulden zurückzuzahlen;** 2005 akzeptierten die meisten privaten Gläubiger, den Wert der Schulden um über die Hälfte herabzusetzen. Eine kritische Auswertung dieses Erfolgs ist hier zu lesen: http://cadtm.org/Argentine-la-fin-de-la-crise



Argentiniens Diktatur-Schulden sind sittenwidrig: SiG 39,
http://sandimgetriebe.attac.at/2984.html
Über die Schulden Argentiniens:
http://cadtm.org/Argentina,162?lang=en
Mehr über Argentinien:
http://amerika21.de/nachrichten/argentinien

Aus einem Interview mit José de Echave, peruanischer Umweltaktivist und Mitbegründer der Umweltorganisation CooperAcción

Ohne Zweifel sind ***Freihandelsabkommen*** ein **Instrument, das politische Reformen verhindert.** Damit werden dem Staat praktisch die Hände gebunden – es ist dann schwieriger, Umwelt- oder Sozialstandards zu heben. Es zeigt sich, daß Länder, die Freihandelsabkommen abgeschlossen haben, gegebenenfalls vor internationale Gerichtshöfe gestellt werden.

Peru ist dafür ein Beispiel, gegen unser Land bestehen Forderungen von sechs Milliarden Dollar aus verschiedenen Urteilen. Diese ergeben sich unter anderem aus den Passagen zur »indirekten Enteignung«. Das bezeichnet jede staatliche Maßnahme, die die Gewinnerwartungen eines Unternehmens betrifft. Wenn der Staat also den Umweltschutz stärken will, kann ein Konzern sagen, daß seine Gewinnerwartungen sinken, weil er wegen des Umweltschutzes mehr investieren muß. Solche Verträge widersprechen der staatlichen Souveränität.“

(Junge Welt, 21.10.2013)

European ATTAC Network u. v. m.
Jahrestag gebrochenen Versprechen - 5 Jahre Lehman-Pleite

Fünf Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers und dem Beginn der schlimmsten Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten hat die EU immer noch nicht ihre Versprechungen für eine starke Regulierung des Finanzsektors umgesetzt. Doch dies ist dringender denn je.

Der 15. September 2013 markiert den 5. Jahrestag der spektakulärsten Pleite der Finanzkrise 2007/2008 – den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers als Folge der US-Immobilienblase. Die europäischen Regierungen reagierten darauf mit starken Ansagen zur Reform des Finanzsektors *„nicht nur um der Krise zu begegnen sondern auch um weitere Krisen zu verhindern"*, wie EU-Kommissionspräsident Barroso formulierte.
Fünf Jahre danach sind die Ergebnisse völlig unzureichend.

Die Finanzkrise führte zu einer verheerenden wirtschaftlichen Krise in Europa. Die Arbeitslosigkeit stieg bis zum Rekordwert von fast 26 Millionen Menschen – unglaubliche 10,7 Prozent - die Jugendarbeitslosigkeit ist noch viel dramatischer. Durch den Beginn dieser Eurokrise wurden schmerzhafte Kürzungsmaßnahmen in nahezu allen europäischen Ländern umgesetzt, während hunderte Milliarden in Bankenrettungen flossen. **Die europäischen BürgerInnen haben einen enormen Preis bezahlt. Nun haben Sie ein Recht auf effektive Reformen, die uns vor einem weiteren Beinahe-Kollaps des Finanzsystems bewahren.** Doch auch nach 5 Jahren „Finanzreformen" in der EU halten sie wenig bis nichts davon in Händen.

Es ist offensichtlich: **Die europäischen Banken sind weiterhin unterkapitalisiert.** Die europäische Bankenregulierung erlaubt Banken wie der Deutschen Bank oder Barclays mehr Kredite zu vergeben als Lehman vor der Pleite.(1) Das Volumen an den **Derivatemärkten** steigt weiter und ist sogar höher als vor fünf Jahren. (2) Nur wenige „hochgiftige" Finanzprodukte wurde verboten, darunter nicht einmal die hochkomplizierten „forderungsbesicherten Wertpapiere" (asset-backed security, ABS,) die eine wichtige Rolle in der Krise spielten.

Eine der Hauptursachen für dieses Versagen ist **der enorme Erfolg der Finanzlobbies.** Diese lässt sich die Beeinflussung der EntscheidungsträgerInnen Millionen kosten und setzt dabei auf erfolgreich auf Panikmache. Eine Regulierung des Finanzsektors würde die Arbeitslosigkeit erhöhen – angesichts der beschriebenen Folgen der Finanzkrise eine völlig absurde Argumentation.

Die Finanzindustrie hat weiterhin ungebrochenen und privilegierten Zugang zu den politischen EntscheidungsträgerInnen. Dies zeigt sich etwa in den Debatten um neue Regeln für Banken oder Derivate. Die "Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation in the EU" (ALTER-EU) (3) und viele weitere haben wiederholt aufgedeckt, wie die Beratergremien von EU-Kommission und EU-Rat von den VertreterInnen der Finanzindustrie dominiert werden. Auch in der kürzlich eingerichteten Gruppe zur Erarbeitung von Regeln gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug geben sich die VertreterInnen jener großer Steuerkanzleien die Türklinke in die Hand, die internationale Konzerne höchst erfolgreich dabei beraten, wie sie ihre Steuern minimieren können.

Bevor es daher zu einer wirklichen Reform des Finanzsektors kommen kann sind folgende Maßnahmen nötig:
- Ein neuer **demokratischer Ansatz zur Regulierung des Finanzsektors,** der den Einfluss der Finanzylobbys in Brüssel eindämmt. Dafür benötigt es Beratergremien, die nicht von Finanzlobbies dominiert werden und ein Ende des „Drehtürprinzips", also des raschen und oftmaligen Wechsel von Vertretern der Finanzindustrie in Regierungen und umgekehrt.
- Ein sofortiger und struktureller Neuanfang der Reformvorhaben für den Finanzsektor. Dieser muss garantieren, dass diese so schmerzhafte Finanz- und Wirtschaftskrise zu **starker Regulierung und demokratischer Kontrolle des Finanzsektors** führt. Dieser muss der Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt. Nötige erste Schritte dafür sind eine effektive und unverwässerte **Finanztransaktionssteuer**, höhere Eigenkapitalvorschriften für **Banken**, die Aufteilung von „too big to fail Banken, die Reduktion und Schrumpfung der Bedeutung des Finanzsektors und eine **Ende von Spekulation** – etwa im Bereich der Lebensmittel.
- Effektive Maßnahmen zur **Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerbetrug**. Laut EU-Kommission würde dies 1.000 Milliarden Euro im Jahr einbringen – mehr als die aktuellen europäischen Kürzungsprogramme ausmachen.
- Maßnahmen, die die Verantwortlichen für Skandale, Täuschung von KonsumentInnen, Betrug und kriminelle Machenschaften im Finanzsektor **persönlich haftbar machen**. Es ist nicht hinnehmbar, dass etwa in Fällen wie dem Libor-Skandal oder HSBC´s Rolle bei Geldwäsche Banken eine Zahlung leisten, während die Verantwortlichen unbestraft bleiben. Banken sollten niemals " too big to jail" sein.

Die letzten fünf Jahre waren eine riesige Enttäuschung. Für die europäischen Bürgerinnen und zivilgesellschaftlichen Gruppen ist klar, **dass in den kommenden Jahren eine effektive Regulierung des Finanzsektors, nun endlich auf die politische Agenda muss - auch auf jene der europäischen Wahlen 2014.**

----

(1)Die neuen internationalen Bankenregeln (Basel III) sehen Obergrenzen im Bereich der Verschuldung einer Bank vor („leverage ratio)" Diese Grenze liegt bei lediglich 3 Prozent. Das ist weniger als Lehman Brother vor der Pleite. Die EU-Vorgaben sind noch laxer, noch immer wurde keine leverage ratio beschlossen.
(2) Statistik der BIZ siehe: http://business.time.com/2013/03/27/why-derivatives-may-be-the-biggest-risk-for-the-global-economy/
(3) http://www.alter-eu.org/

Liste der unterzeichnenden Organisationen:
http://www.attac.at/news (13.9.2013)

Zu der Finanz-, Staatsschulden-, Wirtschaftskrise

"Diese Krise ist eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. (...)" , Attac Deutschland, Okt 2008 **(SiG69)**

Einige SIG-Artikel:

SiG 36: S. Amin: Der kapitalistische Genozid
SiG 69: „Nicht nur eine Finanzkrise": Walden Bello: Woran liegt es? Ursachen des Zusammenbruchs
SiG 73:Samir Amin: Finanzdebakel, Systemkrise? Falsche Antworten und notwendige Antworten
SiG 76: Robert Brenner; Die Idee eines finanzgeleiteten Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich,
SiG 83: Besteuerung der Reichen oder Anhäufung von Staatsschulden
SiG 86: Dollardämmerung, Währungsgewitter
SiG 91: E.Toussaint: Illegitime Schulden im Norden müssen annulliert werden.
SiG 92: D. Harvey: Der verwilderte Kapitalismus
SiG 93: Michel Husson: Eine kooperative Lösung für Europa (S. auch SiG 87)
SiG 95: Stoppt die neoliberale Krisenpolitik - enteignet die Krisengewinner! Aufruf des wiss. Beirats von Attac Deutschland, 2012
SiG 97: Nicola Liebert: Fataler Reichtum - Zu viel Geld in falschen Händen

Klimagerechtigkeit!



Zahlt endlich mal eure Klimaschulden! Reduziert eure CO2- Emissionen – sofort!

Aufruf des Bündnisses Klimagerechtigkeit

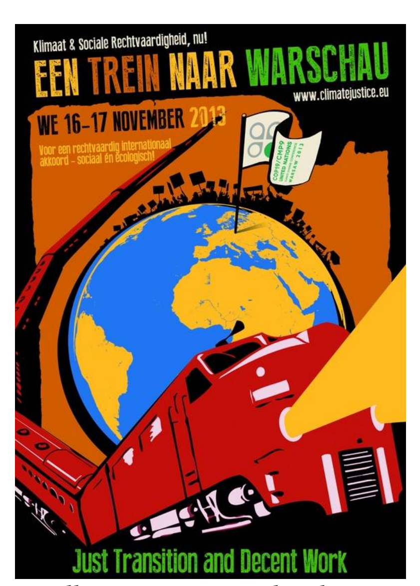
Dieses Jahr finden die ***internationale Klimakonferenz vom 11. bis zum 22. November in Warschau*** *statt. Bereits zum 19. Mal wird die Konferenz (COP), von der UNFCCC ausgerichtet. Hierzu haben wir haben zu lange geschwiegen. Wir glauben, dass Proteste notwendig sind! Die Regierungen haben wiederholt Vorschläge ignoriert. Wir können es uns nicht länger leisten ruhig zu bleiben und abzuwarten. Statt unseren Planeten zu schützen, werden die Interessen von Großunternehmen berücksichtigt, die eine angeblich "grüne" Wirtschaft auf unsere Kosten errichten.*

Auf die Barrikaden!

Zwar gibt es eine enorme Kraft von unten, jedoch ist es weiterhin erforderlich den Druck auf unsere Regierungen aufrecht zu erhalten. Natürlich kann jeder einzelne etwas für die Umwelt tun, in dem er beispielsweise, anstelle des Autos das Fahrrad nutzt, Energie spart und Bio-Produkte kauf. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Die Regierungen müssen sich ihrer Verantwortung stellen und dürfen nicht darauf bauen, dass einzelne ihr Verhalten ändern. Echte gesellschaftliche Veränderungen kommen nur, wenn wir Bürger unseren Unmut zum Ausdruck bringen, auf die Straße gehen und unseren Forderung Nachdruck verleihen.

Treffen wir uns in den Straßen von Warschau!

Während der Verhandlungen in Kopenhagen, war die internationale Klima-Bewegung stark und bot Anlass zur Hoffnung. Tausende Menschen wurden für die Großdemonstration mobilisiert "Planet First - People First". Wir rufen zu einer ähnliche Veranstaltung während COP19 auf und werden durch die Straßen von Warschau ziehen um unsere Forderungen nach Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit Ausdruck zu verleihen. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen lassen sich nur durch Bürgerprotest und Demonstrationen realisieren. Im Zuge der Finanzkrise werden internationale Bewegungen immer stärker, dies ist die richtige Zeit für unsere Forderung nach **Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!**
http://www.climatejustice.eu/



Wir wollen uns mit tausend anderen zur ***Demonstration in Warschau*** *treffen. Die Anreise mit der Bahn ist umweltfreundlich und komfortabel. Wir bieten Essen, Getränke, Musik, interessante Menschen und Diskussionen bis in die frühen Morgenstunden. Zwischenstopps sind geplant in* **Aachen, Köln, Berlin und Posen**. *Ticketpreise sind für alle Haltepunkte gleich*
Wir starten **am Freitag Nachmittag, 15. November in Brüssel um am Samstag, 16. November an der Demonstration in Warschau teilzunehmen**. *Wir verlassen Warschau am Sonntag Mittag und werden spätestens am* **Montag, 18. November gegen 6:30 Uhr wieder in Brüssel sein**.

Weitere Infos auf der Webseite:
http://www.climatejustice.eu/
http://www.koalicjaklimatyczna.org/lang/ang/,
http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/13822-die-klimakonferenz-tritt-auf-der-stelle

Weitere Webseiten zur Klimagerechtigkeit:
- http://focusweb.org/content/enough-deceptions-pay-your-climate-debts-rich-countries-told,
- http://www.tni.org/work-area/environmental-justice

Bericht über den UN-Klimagipfel in Doha, Dez.2012:
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Klima/doha7.html

Liste der Beiträge zu Klima, Klimagerechtigkeit in SiG
http://sandimgetriebe.attac.at/10328.html

Frankreich: Zehntausend Menschen beim Alternatiba-Treffen am 5./6. Oktober

„Gemeinsam schaffen wir eine bessere Welt und nehmen uns der schwierigen Herausforderung des Klimawandels an!“

Schirmherrschaft hatte der inzwischen verstorbene Stéphane Hessel:
"Die globale Klimaveränderung wird immer dramatischer. Sie zerstört schon heute die Lebensgrundlage für die ärmsten Menschen der Erde und mittelfristig die Bedingungen für ein zivilisiertes Leben auf der Erde.
Doch es gibt Lösungen zur Eindämmung der Klimaerwärmung, *die Wege zu einem „Energieübergang“ (Energiewende) werden zahlreicher, tausende Vereinigungen, Individuen, Kommunen, Regionen weltweit erproben sie schon jetzt. Diese tausenden von Alternativen tragen tagtäglich zum Aufbau einer maßvolleren, humaneren, lebenswerteren und solidarischeren Gesellschaft bei.*
Diese Alternativen können Sie/ könnt Ihr beim Alternatiba Aktionstag, im Village des Alternatives (Dorf für alternative Lebensformen) in Bayonne am 6. Oktober 2013, nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des 5. Klimareports des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) kennen lernen", 19. Dezember 2012

Der Aktionstag hatte zum Ziel (Zitate aus dem Aufruf, die Red.):
" - die **Dringlichkeit der Herausforderung des Klimawandels deutlich zu machen**, die Öffentlichkeit und die Abgeordneten dafür zu sensibilisieren, dass wir den Ausstoß an Treibhausgasen sofort und grundlegend reduzieren müssen,
- auf die **dramatischen Folgen** fehlender internationaler ehrgeiziger, effizienter, verpflichtender und gerechter Abkommen zum Klima aufmerksam zu machen
- den möglichen **Effekt einer Lähmung, eines Ohnmachtsgefühls** und damit die Demobilisierung, die durch das Ausmaß und die Bedeutung der Herausforderung des Klimawandels hervorgerufen werden können, zu **bekämpfen**, indem **bereits bestehende Lösungen aufgezeigt** werden, die zum Greifen nah sind, Arbeitsplätze schaffen und für eine humanere, lebenswertere und solidarischere Welt stehen
- dazu aufzurufen, **sofort für einen sozialen, energetischen und ökologischen Übergang zu handeln**, um die tief greifende und unumkehrbare Klimaveränderung zu verhindern.

Es gibt **tausende Alternativen, um die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen.** Sie werden tagtäglich von Millionen von Menschen, von Organisationen, lokalen Gemeinschaften in gänzlich unterschiedlichen Bereichen in die Tat umgesetzt und haben nichts mit falschen ungerechten, gefährlichen und ineffizienten Lösungen gemein, die in bestimmten Zusammenhängen angepriesen werden (beispielsweise Geoengineering, gentechnisch veränderte Organismen, Agrotreibstoffe, Handel mit CO2-Zertifikaten, Ausgleichsmechanismen, Atomkraft usw.).

Dazu gehören z.B. die Bäuerliche Landwirtschaft, verantwortungsvoller Konsum, kurze Produktions- und Handelswege, Relokalisierung der Wirtschaft, Umverteilung von Arbeit und Reichtum, soziale und ökologische Umstellung der Produktion, ethische Banken, Verteidigung von Gemeingütern wie Wasser, Land oder Wälder, nachhaltige Fischereiwirtschaft, Ernährungssouveränität, Solidarität und Teilhabe, Reparatur und Recycling, Abfallvermeidung, nachhaltige Mobilitäts- und Transportkonzepte, ökologische Gebäudesanierung, Kampf gegen städtische Zersiedelung und Versiegelung der Böden, nachhaltige Flurbereinigung, Maßnahmen zur Bewahrung landwirtschaftlicher Flächen, Erhaltung der Biodiversität, maßvoller und effizienter Energieverbrauch, Erneuerbare Energien, Wende Energie Klima, die Transition-Town Bewegung, Umwelterziehung usw. **Es gibt Alternativen, sie müssen nur verstärkt, ausgebaut und weiterverbreitet werden!** Wir können also weiterhin konkret etwas verändern - jede und jeder auf ihre/seine Art und damit auch die Dynamik, das Bewusstsein, das Kräfteverhältnis stärken, wodurch wir, sowohl auf lokaler, als auch auf globaler Ebene zu guten Entscheidungen finden können."

Dieser Aufruf wurde von 81 Organisationen unterschrieben, u.a. von Attac Frankreich
http://www.france.attac.org/articles/alternatiba-ensemble-construisons-un-monde-meilleur-en-relevant-le-defi-climatique

Bericht, Fotos und Appell aus diesem Treffen: http://www.bizimugi.eu/fr/alternatiba/

(aus dem Appell)
Ende 2015 wird COP21 in Paris stattfinden, die einundzwanzigste UN Konferenz zum Klimawandel. Sechs Jahre nach der groß beworbenen Kopenhagen-Konferenz, sollte COP21 genau soviel Aufmerksamkeit von globalen Führungspersönlichkeiten bekommen, da diese sich öffentlich verpflichtet haben, den Kampf gegen den Klimawandel auch nach 2020 weiterzuführen. Wie uns die wissenschaftliche Gemeinschaft deutlich macht: ab 2020 müssen unsere Emissionen drastisch nachlassen, wenn wir eine Katastrophe vermeiden wollen.

- Um gebrochene Versprechen wie in Kopenhagen zu vermeiden, müssen wir, als Bürger und Völker, die Dinge selbst in die Hand nehmen.
- Der Erfolg und die vereinende Qualität von **Alternatiba**, das Dorf der Alternativen, werden möglich durch unser aller Einsatz hier in Bayonne. **Es zeigt uns, wie eine europäische Mobilisierung aussehen könnte.**
- Wir rufen alle Städte, alle Regionen Europas auf um **selbst und ab sofort ihre eigenen Dörfer der Alternativen zum Klimawandel und der sozialen und ökologischen Krise vorzubereiten.**
- Mit Alternatiba legen wir den politisch Verantwortlichen den Finger in die Wunde: Die dramatischen Konsequenzen des Ausbleibens eines globalen, ambitionierten, effizienten, bindenden und gerechten Klimaabkommens sind ihre Verantwortung. Wir wollen außerdem die Völker dazu aufrufen, **ohne weiter zu warten die soziale, energetische und ökologische Transition auf den Weg zu bringen,** die nötig ist um eine tiefgreifende und irreversible Veränderung des Klimas zu verhindern.
- Das Ziel ist auch, **all jene zusammenzubringen,** welche aktiv an Alternativen oder Kämpfen beteiligt sind und dadurch, manchmal ohne es zu wissen, zur Rettung des Klimas beitragen.
- Gemeinsam und entschlossen können wir diesen Kampf gewinnen, im Norden, im Süden, für uns und für die Generationen die noch kommen, sodass wir sagen können: “Wir haben uns engagiert, als noch Zeit war!”.

http://www.bizimugi.eu/fr/creons-10-100-1-000-alternatiba-en-europe/

Martin Birkner

Fehlt dir was? - Die längst überfällige Rückkehr der Utopien

Mit der Implosion der Staaten des »realen Sozialismus« wurde das Gerede vom »Ende der Geschichte« zum liberalen Mainstream. Parlamentarische Demokratie plus neoliberale Marktwirtschaft war fortan das höchste der Gefühle, so die ApologetInnen des Kapitalismus von ziemlich links bis ganz rechts. Aber auch die Linke war gebeutelt von der Bankrotterklärung all jener Länder, die sich – zumindest den Worten nach – dereinst an die Verwirklichung der Theorie von Marx und Engels gemacht hatten. Seit Beginn der Krise verweisen selbst bürgerliche KommentatorInnen zwar vermehrt auf die Erklärungskraft von an Marx geschulten Analysen. Über den Kapitalismus hinaus zu denken, ist dem Mainstream-Diskurs jedoch nach wie vor mehr als totalitarismusverdächtig.

Aber auch innerhalb der Linken war ein Denken über den Kapitalismus hinaus meist nicht gerne gesehen: Während reformistische Kräfte damals wie heute auf schrittweise Reformen setzen, ergingen sich auch revolutionäre Linke für gewöhnlich in striktem **Anti-Utopismus**. Utopisches Denken, zumal in emanzipatorischer Absicht, wurde und wird in der Linken nicht besonders ernst genommen, obwohl es im Gefolge der 1968er-Bewegung zu einer – relativ kurzen – Konjunktur linken utopischen Denkens kam.

Die **globalisierungskritische Bewegung** forderte gegen das nach 1989 von oben verordnete »Ende der Geschichte« mit Nachdruck den utopischen Raum jenseits des neoliberalen Kapitalismus ein. »Eine andere Welt ist möglich!« lautete die gleichermaßen nachdrückliche und relativierende Parole der Nullerjahre. Gleichwohl ging es der Bewegung primär um die Entlarvung des neoliberalen Kapitalismus als unsozial, ja gefährlich für die überwiegende Mehrheit der Menschen.

Nach einer Phase der Kritik wurden in letzter Zeit wieder mehr und mehr Stimmen hörbar, die sich **konkrete Gedanken über eine Welt nach dem Kapitalismus** machten. Nicht zuletzt die ökologische Dimension der Krise im Allgemeinen und der Klimawandel im Besonderen führten zu einer deutlichen Verschiebung des antikapitalistischen Diskurses. Der Fetisch Wirtschaftswachstum, der noch vor wenigen Jahrzehnten auf eigenartige Weise Rechte und Linke einte, wird mittlerweile von einer großen Minderheit der Linken zumindest in Frage gestellt, wenn nicht gar abgelehnt.

Diese **ökologische Verschiebung**, aber auch die vermehrte Rezeption der ursprünglich aus Lateinamerika kommenden »Solidarischen Ökonomie« und eines Commons-basierten »Guten Lebens« führten zu einer Renaissance des utopischen Denkens von links.

Ernst Blochs konkrete Utopie

Damit ist jedoch weniger ein idealistisches Vor-sich-hin-Träumen gemeint oder der an klassischen Formen utopischen Denkens orientierte Entwurf einer modellhaften gesamtgesellschaftlichen Ordnungsphantasie; es geht vielmehr um das, was Ernst Bloch vor Jahrzehnten als »konkrete Utopie« bezeichnet hat: um ein vorsichtiges Sprechen über gesellschaftliche Verhältnisse, die auf Solidarität und gegenseitiger Achtung gründen und die ihren Ausgang bereits in **gegenwärtig vorfindbaren Formen von Vergesellschaftung** nehmen. Pathetischer ausgedrückt könnte auch von der Verschmelzung eines materialistischen Begriffs der Liebe mit dem Stand der Produktivkraft der menschlichen Arbeit die Rede sein, die über die Wiederaneignung sämtlicher gesellschaftlicher Sphären und ihrer Neuorganisierung in einer unbegrenzten, absoluten Demokratie ihren Ausdruck findet.

In jüngster Vergangenheit sind nun gleich **zwei Bücher** erschienen, welche die Frage nach konkreten Utopien diskutieren.

Das eine, *»Etwas fehlt«* (Edition Assemblage), kommt unmittelbar zur Sache: Ausgehend von einer Diskussionsreihe der Berliner Initiative jour fixe werden unterschiedliche Facetten utopischen Denkens, Handelns und Lebens in den Blick genommen. Die Palette reicht dabei von einer Re-Aktualisierung der revolutionär-romantizistischen Philosophie des hierzulande leider viel zu wenig rezipierten Henri Lefebvre (ak 585) über die Frage nach der Beziehung zwischen Geschlechterverhältnissen und Utopien im Wohnbau des frühen 20. Jahrhunderts und das jugoslawische Selbstverwaltungsexperiment bis hin zum utopischen »Anspruch der Toten«.

Aber auch zeitgenössische Utopien – und Praxen! – nicht kapitalistischer Vergesellschaftung stehen auf dem Programm, allen voran in Christian Siefkes inspirierendem Text über die unmögliche Möglichkeit postkapitalistischen Produzierens und Lebens. Mehrere Beiträge behalten dabei aber auch die oft frappante Nähe von Befreiung und Herrschaft im Blick. In einem Text über die antiemanzipatorischen Utopien Oswald Spenglers und Ernst Jüngers werden diese Schattenseiten utopischen Denkens kritisch analysiert.

Das andere, *»Was tun mit Kommunismus«* (Unrast Verlag), leistet zunächst eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des »realen Sozialismus«, vor allem in der DDR, um sich erst im letzten Drittel den Möglichkeiten, Chancen und Risiken eines kommenden Kommunismus zu widmen. Der Band – ebenfalls Produkt einer Diskussionsreihe, und zwar der Selbsthilfegruppe *Ei des Kommunismus* – hakt bei der Auseinandersetzung mit den **gescheiterten sozialistischen Versuchen** ein. Linke unterschiedlicher Couleur, darunter nicht wenige DDR-DissidentInnen, verständigen sich zunächst über die Frage nach dem Charakter dieser staatssozialistischen Gesellschaften, über eigene Erlebnisse und sozialistische (Nicht-)Potenziale. Der letzte Teil fragt dann, ausgehend von den eben erwähnten Erfahrungen und Auseinandersetzungen, nach dem utopischen Potenzial post-kapitalistischer Utopien.

Einige der Beiträge denken diese stärker ausgehend von der Geschichte und Gegenwart sozialer Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe (Frings, Hartmann), andere knüpfen kritisch an die Praxen der Opposition in den »realsozialistischen« Gesellschaften an, manche verzetteln sich allerdings in der innerlinken Auseinandersetzung um Kritik und Verteidigung dieser Systeme. Wenig hilfreich ist auch der Beitrag von Lucy Redler, die selbst 2013 nicht davon lassen kann, die Überwindung des Kapitalismus in den kaum hinterfragten strategischen Kriterien von Lenin und Trotzki zu proklamieren. Obwohl es oft etwas irritierend ist, dass und wie der Band die riesige Spannungsbreite der Verhandlung von »Kommunismus« abzudecken versucht, bietet er nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungsgesättigtheit der Texte einiger seiner AutorInnen wichtige Einblicke in die Geschichte von Theorie und Praxis der Utopie.

Wichtige Beiträge zu Theorie und Praxis einer anderen Welt

Selbstverständlich ließe sich zu beiden Bänden noch Weiteres kritisch anmerken, (…). Dennoch sind beide Bücher wichtige Beiträge zu Theorie und Praxis der vielbeschworenen anderen möglichen Welt. Gerade »Etwas fehlt« führt uns plastisch vor Augen, wie vielfältig die Ansätze für eine befreite Gesellschaft gestreut sind, oder, etwas pessimistischer: auf wie vielen Baustellen es die Herrschaft von Staat, Patriarchat und Kapital zu beseitigen gilt. Schade wäre, wenn »Was tun mit Kommunismus« und vor allem »Etwas fehlt« keine weiteren Überlegungen und Experimente hervorrufen würden. Utopie statt Hegemonie, so könnte – und sollte! – die Devise der kommenden Auseinandersetzungen heißen. Um sich auf diese schon mal vorzubereiten, sind beide Bände gute und wichtige Begleiter.

Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK) (Hg.): Was tun mit Kommunismus. Kapitalismus – »realexistierender« Sozialismus – konkrete Utopien heute. Unrast Verlag, Münster 2013. 18 EUR.

jour fixe initiative berlin (Hg.): »Etwas fehlt«. Utopie, Kritik und Glücksversprechen. edition assemblage, Münster 2013., 19,80 EUR.

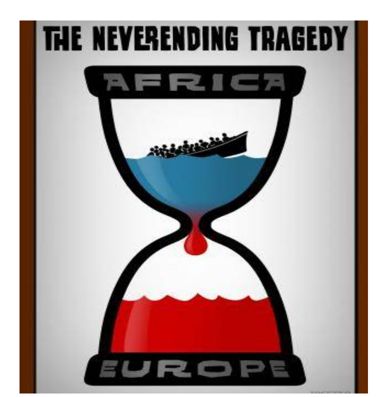


„Wir haben nicht den NATO-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben"

Die Staats- und Regierungschefs der EU sehen trotz des fortwährenden Sterbens Schutzsuchender an den EU-Außengrenzen keine Notwendigkeit, die EU-Flüchtlingspolitik zu verändern. Allein die Maßnahmen, mit denen Schutzsuchende an den Grenzen abgewehrt werden, sollen ausgebaut werden.
(Pro Asyl zum EU-Gipfel im Oktober)
http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/beschluss_des_eu_rates_zur_fluechtlingspolitik_nach_den_katastrophen_vor_lampedusa/

Genug ist genug!

Seit Monaten durchleben die ca. 350 Menschen der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" eine Situation, die seit dem Ausbruch des Krieges in Libyen und den Luftangriffen der NATO ein real nicht endender Alptraum ist – das Grauen des Krieges, die tödliche Fahrt über das Mittelmeer und ihre durch die EU organisierte Rechtlosigkeit. **Zum „Schutz der Zivilbevölkerung" bombardierte die NATO** in fast 10.000 Angriffen **Libyen**. Italien prüfte die Fälle der dem Krieg entflohenen Menschen, erteilte allen Betroffenen den individuellen Flüchtlingsschutz, erklärte sich unfähig, diesen praktisch umzusetzen und trieb die Kriegsflüchtlinge aus dem Land in Richtung Nordeuropa.
Die Notwendigkeit für die Kriegsüberlebenden, nach allen Verlusten ihr Leben neu aufbauen zu können wird aber von den Regierungen der Länder, die der ganzen Welt Demokratie und der Menschenrechte predigen, blockiert.
http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/



S. auch: Dossier „Festung Europa"
http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/74

PRO ASYL und Bundesdeutsche Flüchtlingsräte: Stoppt das Sterben im Mittelmeer!

Demonstration am 2. Nov. 2013, 14 Uhr, Hamburg Hauptbahnhof

(…) Wir sind erschüttert über das andauernde Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer und verstört angesichts der Ignoranz der europäischen Innenminister, die ungerührt von dem Leid der Flüchtlinge ihre Agenda des Ausbaus der Festung Europa fortsetzen. Um die 19.000 Flüchtlinge haben in den letzten 25 Jahren ihr Leben bei dem Versuch verloren, die Festung Europa zu überwinden – die meisten im Mittelmeer.(...) Es handelt sich um die Folgen einer Politik, die alles daran setzt, die Flucht von Menschen nach Europa mit polizeilich-militärischen Mitteln zu verhindern. (…)

Wer Schutz sucht, ist willkommen!
„Willkommen" heißt: Tatsächliche Chancen auf Teilhabe und Partizipation erhalten. Dies gilt auch für die Lampedusa-Flüchtlinge, die in Hamburg- u.a. in Kirchen und Moscheen, aber auch in anderen Städten Zuflucht suchen. Sie sind in Italien zwar anerkannt worden, erhalten dort aber keine Existenzmöglichkeiten. (...)
Inzwischen entscheiden deutsche Verwaltungsgerichte in mehr als 270 Fällen, dass eine Rückkehr nach Italien Flüchtlingen nicht zumutbar ist. (…) Das europäische Asylsystem erodiert. (3). Die Schweizerische Flüchtlingshilfe zeigt in einem aktuellen Gutachten, dass Rückkehrer_innen nach Italien in Obdachlosigkeit enden, und führt dies auf „systemische Defizite" zurück (4). Doch die Flüchtlinge werden zwischen den europäischen Staaten hin- und hergeschoben, anstatt angemessene Hilfe, geschweige denn den gesuchten Schutz zu erhalten.

Wir fordern politische Konsequenzen auf allen Ebenen.
Wir fordern den **Hamburger Senat** auf, die hartherzige Position aufzugeben und endlich humanitär zu handeln:

- Für die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg fordern wir ein humanitäres Bleiberecht
- Die Menschenwürde ist unteilbar! Die Flüchtlinge in Hamburg haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung und Versorgung!
- Kein racial profiling! Obergerichtlich wurde entschieden, dass Polizeikontrollen anhand der Hautfarbe oder sonstiger äußerlicher Merkmale unzulässig sind! Die Hamburger Polizei muss sich daran halten und derartige Kontrolle unterlassen!

Die **neue Bundesregierung** fordern wir auf, in Deutschland und auf EU-Ebene für folgende zentrale Änderungen einzutreten:

- **Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen**. Dies muss durch ein verändertes Visaregime geschehen, das Schutzsuchenden die legale Einreise ermöglicht. Zudem kann Europa durch die proaktive Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Verfahren Flüchtlingen die gefährliche Überfahrt ersparen. Die zugesagten Plätze für 5000 Syrer ist angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingskrise sind bei weitem nicht genug.
- Die **Verfolgung und Abdrängung** von Flüchtlingsbooten durch die europäische Grenzschutzagentur "**Frontex**" und nationale Küstenwachen **muss sofort beendet werden.** (...)
- Fischer, sonstige Kapitäne von Handelsschiffen und sonstigen Schiffen müssen zur Seenotrettung von Flüchtlingen aufgefordert und unterstützt statt mit Strafverfahren wegen "Fluchthilfe" überzogen werden, wenn sie Flüchtlinge an die europäischen Küsten bringen
- Das europäische Zuständigkeitssystem (Dublin-Verordnung) muss grundlegend verändert werden. Flüchtlinge sollten dorthin gehen dürfen, wo sie ein menschenwürdiges Leben und faire Asylverfahren erwarten können.
- Nach Erteilung eines Schutzstatus müssen Flüchtlinge sich in jedem EU-Land niederlassen dürfen (EU-weite Freizügigkeit).

3)hhttp://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/asyl127.html
4)http://www.fluechtlingshilfe.ch/news/italienbericht

Weitere Informationen u.a. bei:
http://lampedusa-in-hamburg.org/
http://fluechtlingsrat-hamburg.de/
http://www.proasyl.de

Kurswechsel in Europa!

„Was heißt anderes Europa?“(2004), „Wohin steuert Europa?“(2007), „Europa neu begründen!“(2012) - *diese SiG-Überschriften drücken die Suche nach einer sozialen, ökologischen, demokratischen und friedfertigen Alternative zu der Zwangsjacke der neoliberalen EU-Konstruktion aus, die trotz ablehnender Referenden in Frankreich und Irland durchgeboxt wurde (SiG 43, 44, 58, ...).*

*Der **Widerstand** gegen die sozial verheerenden Maßnahmen der Troika, aber auch gegen die Verrechtlichung der kapitalistischen Herrschaft in ihrer neoliberalen Ausprägung (gegen Fiskalpakt, Wirtschaftsunion, Wettbewerbspakt, TTIP,...) setzt sich fort – mit Höhen und Tiefen, begleitet von mannigfaltigen Versuchen, sich über das „andere Europa“ und die Schritte dahin zu **verständigen**.*

*Wir haben in den letzten Jahren eine Fülle von Erklärungen und Analysen veröffentlicht (Übersicht in SiG 100 und 97). Es sieht so aus, dass jetzt verstärkt daran gearbeitet wird, mit anderen Gruppen /Netzwerken/Initiativen „**eine strategische Debatte über die Gemeinsamkeiten, Differenzen und Leerstellen unserer Kämpfe führen**“ (Blockupy-Aufruf, Okt. 2013), denn **„Europa braucht dringend Signale der Zusammengehörigkeit und Solidarität“** (Gewerkschafter/-innen zu Altersummit, SiG 103).*

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Ein europäisches Investitionsprogramm ist dringend notwendig /Aktionen im November

Vor 5 Jahren explodierte die gegenwärtige Vielfachkrise im Wesentlichen im Finanzsektor. Sie löste eine Wirtschafts- und dann eine Staatsschuldenkrise aus. Um diese Krise zu bekämpfen haben die Führer der EU eine Politik brutaler Austeritätsmaßnahmen und Innerer Abwertung durchgeführt. Das verschärfte die Krise, zerstörte funktionierende wirtschaftliche Strukturen, reduzierte den Konsum, erhöhte Ungleichheit und Armut, attackierte Lohnniveaus, erhöhte dramatisch die Arbeitslosigkeit; es gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die Zustimmung zum EU-Projekt.

Diese Politik hat auch die ökonomischen und sozialen Unterschiede verschärft statt sie zu überwinden.

Darüber hinaus sind wir in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts konfrontiert mit der demographischen Evolution, mit der Knappheit natürlicher Ressourcen, mit der Perspektive einer „verlorenen Generation“, mit steigenden Energiepreisen und mit den fortbestehenden Unsicherheiten im Banksektor.

Aus all diesen Gründen ruft der EGB den Europäischen Rat dazu auf, den Kurs zu ändern und ein mutiges europäisches Investitionenprogramm anzustoßen mit dem Ziel, innerhalb der nächsten Dekade jährlich zusätzlich Investitionen in Höhe von 2% des BSP aus nationalen und europäischen Ressourcen zu finanzieren. Es geht darum, die Wirtschaft wieder zu beleben, um nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen, Europa zu re-industrialisieren und gute Arbeitsplätze zu schaffen, besonders in den Ländern, die am meisten durch die Krise betroffen sind. **Das** ist der einzige Weg, dem europäischen Projekt in eine neue Richtung zu lenken und zu zeigen, dass die EU für sozialen Fortschritt steht und nicht ein Instrument ist für den Angriff auf soziale Rechte.

Der Europäische Gewerkschaftsbund wird seine Mitglieder im November um diese Ziele herum mobilisieren

Englischer Text: http://www.etuc.org/a/11671
Übersetzung: SiG-Redaktion



"Es ist die Aufgabe des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB, englisch ETUC für European Trade Union Confederation), auf europäischer Ebene im Namen der gemeinsamen Interessen der Arbeiter zu sprechen. Der Europäische Gewerkschaftsbund wurde 1973 gegründet. Er vertritt 86 nationale Gewerkschaftsbünde aus 36 Ländern und 10 europäische Branchenverbände."
http://www.etuc.org/IMG/pdf/Fiches_presentation_AL_web-2.pdf
Erklärungen, Beschlüsse vom EGB: http://www.etuc.org/r/660

Widerstand

Griechenland

Die Dachorganisation der Gewerkschaften GSEE ruft zum **Generalstreik** in Griechenland am **6.November** auf. Ebenfalls die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Adesy, die schon im September 2 Tage Streik gegen die geplanten Entlassungen und Versetzungen durchgeführt hatte.

Der öffentliche Fernseh- und Radiosender ERT ist im Juni von der griechischen Regierung geschlossen worden – die Beschäftigten führen die Sendungen weiter, dank der Solidarität: http://www.ertopen.com/. Die Sendungen sind sehr zu empfehlen. Hochachtung vor allen dejenigen, die zur Weiterführung beitragen!

Solidaritätskomitee in Köln: http://gskk.eu/ ,
in Berlin: http://griechenlandsolidaritaetberlin.blogsport.eu/ ,
Blog auf französisch, mit vielen Fotos: http://www.greekcrisis.fr/

Portugal, 8. November: Der **Streik im öffentlichen Dienst** richtet sich gegen die von der Regierung beschlossenen drastischen Reduzierungen bei Gehältern und Altersbezügen im nächsten Jahr.

Großbritannien: 4.November: Streik bei der Post:
http://www.coalitionofresistance.org.uk/2013
5. November: dezentraler nationaler Ta des zivilen Ungehorsams, http://thepeoplesassembly.org.uk/5nov/

Schweiz: Initiative 1:12, Volksabstimmung am 24.November
"Kein Manager darf in einem Monat mehr verdienen als seine Mitarbeitenden während des ganzen Jahres.“ *http://1-12.ch* ,
http://www.suisse.attac.org/Initiative-1-12-un-pas-vers-la

Deutschland: Streiks und Aktionen im Einzelhandel, gegen prekäre Arbeisbedingungen und niedrige Löhne:
http://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifverhandlungen-handel-2013

Belgien: 19-20 Dezember, Brüssel: Demonstration gegen die Kürzungspolitik und das TTIP anläßlich der Tagung des Europäischen Rats, Initiative http://www.d19-20.be/fr

Konferenzen im Herbst

19. Konferenz der Euro Memo Group "Alternative Economic Policy in Europe"
September 2013, London:

http://www.euromemo.eu/annual_workshops/2013_london

4.-6. Oktober, Amsterdam: Europäisches Strategieseminar

Beschlossen wurde das Treffen während der Economic Governance Assembley beim Altersummit im Juni in Athen.

Ergebnis des Treffens waren **mehrere Vorhaben**, an denen jetzt in Arbeitsgruppen weitergearbeitet und in unseren jeweiligen politischen Spektren geworben werden soll. Thematisch geht es dabei einerseits um den **Wettbewerbspakt** sowie um **Schulden und Troika**. Als Alternativen soll zu den Themen **Gemeingüter und Demokratie** gearbeitet werden. Die erhöhte Aufmerksamkeit vor den **Europawahlen** soll dazu genutzt werden, unsere Anliegen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Eine weitere Idee ist ein **europäischer Aktionstag oder eine europäische Aktionswoche** während des Europawahlkampfs vom 15. Mai bis 22. Mai. Dabei soll allerdings klar sein, dass es nicht darum geht, in den Wahlkampf einzugreifen, sondern diese Zeit zu nutzen, die europaweite Vernetzung und den Widerstand voranzubringen. Dieser Aktionstag soll bei weiteren Treffen wie Agora99 und der Blockupy-Vorbereitung weiter diskutiert werden.

Angedacht ist ein weiteres Treffen im Februar 2014. *(aus einem Bericht von Stephan Lindner und Steffen Stierle)*

Altersummit-Versammlung, Brüssel, 18.-19. Oktober 2013

Altersummit ist zurzeit ein Zusammenschluss aus 180 Organisationen: Bewegungen und Gewerkschaften aus 21 europäischen Ländern und transnationalen Organisationen. www.altersummit.eu

Ca. 60 Vertreter/-innen aus 12 europäischen Ländern haben am Treffen am 18./19. Oktober teilgenommen. Gegenstand der Debatten und der Beschlüsse war die Frage, wie angesichts der Verschärfung des Neoliberalismus die **Kräfteverhältnisse in Europa** im Sinne des im Juni verabschiedeten **Manifests** verändert werden können.

Altersummit hat für 2014 **drei Hauptgegner** definiert: **TTIP / Maßnahmen der Troika / Rechtsextremismus**

Dazu werden vielfältigen Kampagnen lokal und national fortgeführt bzw. vorgeschlagen. Die Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken (Blockupy, Agora99, coalition of resistance,...) wird gesucht, ebenfalls wollen die Gewerkschaftsmitglieder in Altersummit ihre Zusammenarbeit intensivieren.

Ein **gemeinsamer europäischer Kalender** ist vereinbart worden:
18.-19. Dezember 2013: Aktionen - dezentral und in Brüssel - zur **Ablehnung des Wettbewerbspakts** (zu Aktionen in Brüssel ruft ein Bündnis D19-20 auf: http://www.d19-20.be/fr/)

Nach den vielfältigen Streiks und Aktionen in Europa im November wird für Januar-Februar 2014 möglichst ein **gemeinsamer Aktionstag von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen**, der bezug auf die Präsidentschaft Griechenlands in der EU-Kommission nimmt und sich gegen die Politik der Troika richtet.

Mai 2014: Beteiligung an eine **gemeinsame europäische Aktionswoche** (TTIP/ Troika/ Rechtsextremismus)

Herbst: nach dezentralen Aktivitäten: europaweite **Konferenz zum Rechtsextremismus**

Artikel in SiG 97, 99, 101, 103, 104,105

1.-3. November: Agora 99: Europäisch-mediterranes Treffen : Schulden, Demokratie, Rechte

Die erste Agora99 wurde zwischen dem 1. und 4. November 2012 in Madrid abgehalten, die grundsätzliche Idee entstammt jedoch einer internationalen Versammlung, die im Zuge der Blockupy-Aktionstage 2012 in Frankfurt abgehalten wurde.

Das zentrale Ziel dieser zweiten Agora99 ist es, uns zu fragen, was dieser europäische Raum, in dem wir leben und uns kontinuierlich bewegen, eigentlich ist und wie wir ihn kollektiv verändern können. Schulden, Demokratie und Rechte sind dabei drei grundsätzliche Richtungen eines Kompasses, mit denen wir uns gemeinsam auseinandersetzen wollen – ausgehend von den unterschiedlichen Praxen, die wir anhand unserer lokalen Kämpfe entwickelt und gelernt haben. http://99agora.net/faqs/agora99-2013-europaisch-mediterranes-treffen-zu-schulden-demokratie-rechten-rom-1-3-november-2013

Blockupy Europäische Aktionskonferenz 22. bis 24. Nov. 2013, Frankfurt/M.

(…) Blockupy wird 2014 wieder da sein, um gegen die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale zu protestieren. (..)

Die Blockupy-Aktionskonferenz steht am Ende einer Reihe verschiedener Treffen europäischer Bewegungen, Netzwerke und Organisationen im Herbst – in Barcelona, Amsterdam, Brüssel und Rom. **Ziel aller Treffen ist es, Europa von unten zu verändern, den Austausch über Strategien und Praxen fortzuführen und neue transnationale Bewegungen zu formieren.**

Bei der Aktionskonferenz wollen wir mit euch die verschiedenen Erfahrungen von Protest und Widerstand in Hinblick auf den Aufbau eines anderen Europas austauschen und diskutieren. Ein Kern der Blockupy-Idee und -Praxis seit 2012 ist der Versuch, **Bündnisarbeit mit ungehorsamen, konfrontativen Aktionen**, die auf Massenbeteiligung zielen, zu verbinden, um so **in den Skandal der Krisen- und Verarmungspolitik einzugreifen.** Mit der Konferenz wollen wir einen Raum schaffen, Blockupy und andere Kämpfe weiter zu diskutieren, Möglichkeiten in der Zukunft auszuloten und ein europäisches, transnationales Blockupy 2014 in Angriff zu nehmen.

Wir haben ein doppeltes Ziel mit der Konferenz. Wir möchten:
- eine strategische Debatte über die Gemeinsamkeiten, Differenzen und Leerstellen unserer Kämpfe führen
- gemeinsam ausloten, wie Blockupy 2014 eine produktive Plattform und Kristallisationspunkt unseres transnationalen Widerstands gegen die Troika und Politiken der Krise werden kann. (…)

Freitag, der 22. November, 18 Uhr: öffentliche Podiumsdiskussion :europäische Dimension der Krise, der Proteste und deren Veränderungspotential

Samstag, der 23. November: Workshop und Plenumsphasen, deren Ergebnisse am Abend in Arbeitsgruppen zusammengeführt werden

Samstagabend und Sonntag, der 24. November: Diskussionen über Blockupy 2014 und Bildung der notwendigen europäischen Koordinierungs- und Entscheidungsstruktur, die wir für erfolgreiche, breit angelegte Aktionen gegen die Troika 2014 brauchen.

Mit dem „Wettbewerbspakt“ gegen die Sozialsysteme

Österreichischer Gewerkschaftsbund:
„Wettbewerbspakte“: 1:0 für die Brüsseler Bürokratie?

25.Oktober 2013. Der **Druck**, den die deutsche Bundeskanzlerin schon seit längerem auf die Mitgliedstaaten ausübt, um Strukturreformen vorzunehmen, ist in den vorbereiteten Schlussfolgerungen für diesen Gipfel (EU-Rat im Okt.) deutlich zu erkennen: Geplant wird für den nächsten Gipfel im Dezember, die *„wichtigsten reformbedürftigen Politikbereiche“* zu definieren, auf die der Fokus bei der Koordinierung gelegt wird. Konkret vorangetrieben werden sollen auf diesen Gebieten dann vertragliche Vereinbarungen zwischen Mitgliedsstaaten und Kommission, die die Strukturreformen für die Staaten verbindlich machen. Dies würde **zu einer weiteren Stärkung der Brüsseler Kommissionsbürokratie führen** und das vielkritisierte Demokratiedefizit der EU nur verstärken.
Außerdem hegen die Gewerkschaften erhebliche inhaltliche Bedenken gegen die Gestaltung der Reformen an sich, richteten sich doch schon die „Empfehlungen“ der Kommission in den letzten Jahren regelmäßig **in Richtung Deregulierung und Schwächung der Sozialsysteme.**
Zahlreiche Mitgliedstaaten haben sich bisher gegen das Konzept der „Wettbewerbspakte“ ausgesprochen. Ob sie diesen Widerstand in Zukunft aufrechterhalten, wird sich in den endgültigen Schlussfolgerungen des Gipfels zeigen.
http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=S06/Page/Index&n=S06_5.a&cid=1382522836811

Attac Österreich
EU-Gipfel: Mit Merkels Wettbewerbspakt scheitert Europa

Nach Angela Merkels Pläne für einen „EU-Wettbewerbspakt“ sollen sich die Staaten der Eurozone durch bilaterale Verträge mit der EU-Kommission zu "Strukturreformen" verpflichten, um ihre "Wettbewerbsfähigkeit" zu verbessern. Die gewählten nationalen Parlamente werden dabei durch die EU-Kommission in wirtschaftspolitischen Fragen großteils entmachtet. *"Der Wettbewerbspakt bedeutet Troika für alle“*, fasst Elisabeth Klatzer von Attac Österreich die Pläne zusammen.
Wie die Erfahrungen aus Südeuropa zeigen, sind mit "Strukturreformen" Sozialabbau, Lohnkürzungen, der Abbau von Arbeitsrechten und des öffentlichen Sektors sowie Deregulierung und Privatisierung gemeint. Was von diesem Wettbewerbsdogma übrig bleiben wird sind Armut, Massenarbeitslosigkeit, ein riesiger Niedriglohnsektor, eine zerstörte Binnennachfrage und steigende Schulden. So wird das europäische Projekt zerstört", kritisiert Klatzer.

Für Attac beweist die Eurokrise das Scheitern des Wettbewerbsdogmas. Unternehmen können durch Wettbewerb aus dem Markt verdrängt werden, Staaten und ihre Menschen hingegen nicht. *„Während sich die Verlierer des Standortwettbewerbs zwangsläufig überschulden, leidet auch bei den „Exportweltmeistern“ die Mehrheit unter dem Sozial- und Lohndumping. Deutschland mit seinem riesigen Niedriglohnsektor ist dafür das beste Beispiel“,* erklärt Klatzer. *„Das Rückgrat unserer Wirtschaft ist die Nachfrage in Europa. Diese wird zerstört, wenn die Menschen immer weniger in der Brieftasche haben.“*
Um die Krise zu überwinden, sind daher nicht Lohn- und Steuerdumping notwendig, sondern das genaue Gegenteil: Eine koordinierte Lohnpolitik gegen das Lohndumping Deutschlands, eine koordinierte Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitalerträgen sowie eine Schrumpfung und Regulierung des Finanzsektors, fordert Attac. (23.Okt 2013)

Für die EuropäerInnen ist die EU-Kürzungspolitik gescheitert. Lediglich fünf Prozent sind davon überzeugt, dass sie der beste Weg zur Krisenbewältigung ist. Dies ist das Ergebnis einer heute veröffentlichten Gallup-Umfrage.
http://de.scribd.com/doc/172138343/Gallup-Debating-Europe-Poll-Austerity-Policies

Europäische Protestplattform gegen den Wettbewerbspakt:
"Europa geht anders"
Vernetzungs- und Aktionstreffen in Linz am 16. November 2013 ,
http://www.europa-geht-anders.eu/



Die Antwort auf die soziale Krise – Troika für alle!?

Auszüge aus einem Artikel von Lukas Oberndorfer für die Österreichische Arbeiterkammer

Arbeitslosigkeit als Voraussetzung für Reformen
Die Union, so die deutsche Kanzlerin in ihrer Rede in Davos (Jan.2013), sei in den letzten Jahren auf einem Stabilitätspfad gut vorangekommen, dessen Leitplanken strikte Fiskaldisziplin auf der einen Seite und Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite seien. Die Einrichtung der dazu beschlossen Instrumente, wäre vor einigen Jahren noch „unvorstellbar gewesen.“ Was jetzt aber noch fehle, so Merkel, sei ein Instrument für Wettbewerbsfähigkeit im ganzen Euroraum, welches eine globale Konkurrenzfähigkeit herstellen müsse. Dabei sei der Faktor Zeit zentral, denn zum einen müsse sichergestellt werden, dass die Strukturreformen wirksam werden, bevor die politische Situation weiter eskaliere und zum anderen zeige die Erfahrung, dass es für solche Reformen Druck brauche.
Die massiv angestiegene Arbeitslosigkeit in Europa sei daher eine Chance, denn auch in Deutschland hätte erst die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen eine wettbewerbliche Ausrichtung ermöglicht.
Nach der Implementierung strikter Fiskaldisziplin sei nun die Frage der Wettbewerbsfähigkeit das nächste große europäische Thema: *„Ich stelle mir das so vor – und darüber sprechen wir jetzt in der Europäischen Union –, dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen.“* Dabei müssten Bereiche, wie etwa die *„Lohnstückkosten [und] Lohnzusatzkosten“*, im Zentrum stehen, die noch in der nationalen Hoheit der Mitgliedstaaten liegen. Dass unter dem Topos Wettbewerbsfähigkeit auch alle Bereiche des Wohlfahrtsstaates (z. B. Pensionen) angesprochen sind, hatte kurz zuvor der britische Premier Cameron in seiner Rede in Davos deutlich gemacht: Die EU befände sich in einem globalen Wettrennen. Die Antwort wie dieses Rennen zu gewinnen ist, sei einfach: *„Man muss die Schulden in den Griff bekommen, die Unternehmenssteuern senken und den aufgeblasenen Wohlfahrtsstaat angreifen“*. Dies griff Angela Merkel in ihrer Rede auf, in dem sie versicherte, dass sie sich in Sachen Wettbewerbsfähigkeit mit Cameron absolut einig sei.
http://www.attac.at/uploads/media/Oberndorfer__Pakte_fuer_Wettbewerbsfaehigkeit_04.pdf
s. auch den Eintrag: http://blog.arbeit-wirtschaft.at/marktkonform-statt-rechtskonform-merkels-erneuerter-versuch-zur-neoliberalen-dressur-europas-durch-wettbewerbspakte/

Joseph E. Stiglitz

Die Freihandelsfarce

NEW YORK, 4.7.2013

Obwohl die **Doha-Entwicklungsrunde** (1) globaler Handelsverhandlungen der Welthandelsorganisation (**WTO**) seit ihrem Start vor fast zwölf Jahren **keine Ergebnisse** gebracht hat, ist eine weitere Gesprächsrunde in Vorbereitung. Diesmal allerdings werden die Verhandlungen nicht auf globaler, multilateraler Basis ablaufen; vielmehr sollen **zwei enorme regionale Vereinbarungen – eine transpazifische und eine transatlantische** – verhandelt werden. Ob die kommenden Gespräche wohl erfolgreicher sein werden?

Die Doha-Runde wurde durch die **Weigerung der USA** torpediert, landwirtschaftliche Subventionen zu streichen – eine Grundvoraussetzung jeder echten Entwicklungsrunde, denn 70% der Menschen in den Entwicklungsländern sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Die US-Haltung war skandalös, denn die WTO hatte bereits entschieden, dass die Subventionen, die Amerika seinen nicht einmal 25.000 reichen Baumwollfarmern zahlt, illegal sind (2). Amerikas Reaktion bestand darin, Brasilien, das die Beschwerde vorgebracht hatte, zu bestechen, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen, was Millionen armer Baumwollanbauer in Schwarzafrika und Indien, die aufgrund der Großzügigkeit Amerikas gegenüber seinen wohlhabenden Farmern unter künstlich niedrigen Preisen litten, im Regen stehen ließ.

Angesichts dieser jüngsten Geschichte scheint klar, dass es bei den Verhandlungen über die Schaffung von Freihandelszonen zwischen den USA und Europa sowie zwischen den USA und weiten Teilen des pazifischen Raums (mit Ausnahme Chinas) nicht darum geht, ein echtes Freihandelssystem zu begründen. Ziel ist vielmehr **ein gesteuertes Handelssystem** – und zwar eines, das jenen Partikularinteressen dient, die die Handelspolitik im Westen schon seit langem beherrschen.

Es gibt einige **grundlegende Prinzipien**, die sich diejenigen, die an den Gesprächen teilnehmen, hoffentlich zu Herzen nehmen werden.

Erstens muss jedes Handelsübereinkommen **symmetrisch** sein. Wenn die USA im Rahmen der „Transpazifischen Partnerschaft“ (TPP), verlangen, dass Japan seine Reissubventionen abschafft, sollten sie ihrerseits anbieten, ihre Produktions- (und Wasser-) Subventionen abzuschaffen, und zwar nicht nur für Reis (der für die USA relativ unwichtig ist), sondern auch für andere landwirtschaftliche Rohstoffe.

Zweitens sollte kein Handelsübereinkommen wirtschaftliche Interessen über die allgemeineren nationalen Interessen stellen, besonders was nicht handelsbezogene Fragen wie **Finanzregulierung** und **geistiges Eigentum** angeht. Amerikas Handelsvereinbarung mit Chile etwa hindert Chile am Einsatz von Kapitalkontrollen, obwohl der Internationale Währungsfonds inzwischen anerkennt, dass Kapitalkontrollen ein wichtiges Instrument makroprudentieller Politik sein können (4).

Auch andere Handelsvereinbarungen bestehen auf Finanzliberalisierung und Deregulierung. Dabei sollte uns die Krise von 2008 uns gelehrt haben, dass das Fehlen guter Regulierung den wirtschaftlichen Wohlstand gefährden kann. Amerikas Pharmaindustrie, die beträchtlichen Einfluss auf das Office of the US Trade Representative (USTR (5)) hat, hat anderen Ländern erfolgreich ein unausgewogenes System zum Schutz geistigen Eigentums angedreht, das darauf ausgelegt ist, Generika zu bekämpfen, und den Profit über die Rettung von Leben stellt. Und selbst der US Supreme Court hat inzwischen erklärt (6), dass das US-Patentamt bei der Erteilung von Patenten für Gene zu weit gegangen ist.

Und **schließlich** muss es ein Bekenntnis zur **Transparenz** geben. Doch sollten die Teilnehmer an diesen Handelsverhandlungen gewarnt sein, dass sich die USA einer Verhinderung von Transparenz verschrieben haben. Das USTR legt seine Handelsposition selbst gegenüber den Mitgliedern des US-Kongresses nur zögerlich offen, und nach dem, was bisher durchgesickert ist, ist das verständlich. Das USTR gibt darin Prinzipien auf – beispielsweise den Zugriff auf Generika –, die der Kongress in frühere Handelsvereinbarungen wie jene mit Peru eingefügt hatte.

Im Falle der **TPP** besteht ein weiterer Grund zur Besorgnis. Asien hat eine effiziente Lieferkette entwickelt; im Rahmen der Produktion der fertigen Waren fließen Güter reibungslos von einem Land zum anderen. Die TPP jedoch könnte dies stören, wenn China nicht mit im Boot ist.

Angesichts bereits jetzt sehr niedriger Zölle werden sich die Verhandlungsführer überwiegend auf nichttarifäre Handelsschranken wie etwa regulatorischen Barrieren konzentrieren. Das USTR jedoch als Vertreter der Konzerninteressen wird fast mit Sicherheit auf den niedrigsten gemeinsamen Standard drängen und also die Standards drücken, statt sie anzuheben. So haben etwa viele Länder Steuer- und Regulierungsbestimmungen, die vor dem Kauf großer Autos abschrecken – nicht weil diese Länder versuchen, US-Waren zu benachteiligen, sondern weil sie sich Sorgen machen über Umweltverschmutzung und Energieeffizienz.

Der allgemeinere Punkt, auf den ich bereits oben verwiesen habe, ist, dass Handelsverträge in der Regel wirtschaftlichen Interessen den Vorrang vor anderen Werten einräumen – dem Recht auf ein gesundes Leben etwa und dem Umweltschutz.

Frankreich beispielsweise will eine „kulturelle Ausnahme“, die es dem Land gestatten würde, seine Filme weiter zu subventionieren – wovon die ganze Welt profitiert.

Diese und andere umfassendere Werte sollten nicht verhandlungsfähig sein.

Die Ironie ist, dass der soziale Nutzen derartiger Subventionen enorm ist, während die Kosten zu vernachlässigen sind. Glaubt denn wirklich jemand, dass französische Filmkunst eine ernste Bedrohung für einen sommerlichen Hollywood-Blockbuster bedeutet? Doch Hollywoods Gier kennt keine Grenzen, und Amerikas Verhandlungsführer machen keine Gefangenen. Und genau das ist der Grund, warum derartige Fragen schon vor Verhandlungsbeginn vom Tisch sein sollten. Andernfalls wird Druck ausgeübt, und es besteht die echte Gefahr, dass grundlegende Werte wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

Wenn die Verhandlungsführer **ein echtes Freihandelssystem schüfen, in dem das öffentliche Interesse obenan stünde** und die Ansichten der normalen Bürger mindestens so viel Gewicht hätten wie die von Unternehmenslobbyisten, wäre ich vielleicht optimistisch, dass das Ergebnis die Wirtschaft stärken und das Gemeinwohl fördern würde. **In Wahrheit jedoch** haben wir ein gesteuertes Handelssystem geschaffen, bei dem **Konzerninteressen an erster Stelle stehen**, und einen Verhandlungsprozess, der undemokratisch und nicht transparent ist.

Die Wahrscheinlichkeit, dass bei den kommenden Gesprächen etwas herauskommt, das den Interessen der normalen amerikanischen Bürger dient, ist gering, und die Aussichten für die Normalbürger anderer Länder sind noch düsterer.

1)http://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/dda_e.htm
2)http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds267_e.htm
3) http://www.ustr.gov/tpp
4)http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/111412.pdf
5) http://www.ustr.gov/
6) http://www.supremecourt.gov/opinions/12pdf/12-398_1b7d.pdf

Aus dem Englischen von Jan Doolan
http://www.project-syndicate.org/commentary/transatlantic-and-transpacific-free-trade-trouble-by-joseph-e--stiglitz/german#cvi5gidx5TEMJZ8B.99

Widerstand gegen das Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP)

Attac Österreich
Handelsabkommen EU-USA : Konzerne halten die Feder

(…) **Der Report „A Brave New Transatlantic Partnership"** beschreibt ausführlich, wie Konzernlobbies gezielt Verhandlungsführer lobbyieren, um Finanzregulierungen sowie Arbeits- Gesundheits- und Umweltstandards so weit wie möglich auszuhöhlen.
www.attac.at/uploads/media/Brave_New_Atlantic_Partnership.pdf

Attac kritisiert die **geheimen und undemokratischen Verhandlungen**. So lange nicht alle Verhandlungsdokumente öffentlich zugänglich sind, müssten diese gestoppt werden. *„Ein Freihandelsabkommen EU-USA ist die beste Gelegenheit für Konzernlobbies, um Gesetze zum Schutz von KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen und Umwelt loszuwerden"*, kritisiert Alexandra Strickner von Attac Österreich. *„Die EU-Kommission, welche die Gespräche für die EU-Mitgliedsländer führt, verhandelt im Geheimen und pflegt beste Kontakte zu großen Konzernen. Eine öffentliche Debatte findet kaum statt, auch das Europäische Parlament wird spärlich einbezogen. Bedenken zivilgesellschaftlicher Organisationen werden kaum beachtet."*
Das Abkommen gefährdet unter anderem die bisherigen - ohnehin unzureichenden – Bemühungen, Banken und Finanzmärkte stärker zu **regulieren**. Da sie als „Handelshemmnisse" gelten, könnten sie auf Druck der Finanzlobbies verhindert oder sogar rückgängig gemacht werden. Dies betrifft etwaig nötige Kapitalverkehrskontrollen, eine angemessene Besteuerung des Finanzsektors oder effektive Antigeldwäschevorschriften.
Der Bericht warnt zudem vor **Klagerechten für Investoren**, die Teil der Verhandlungen sind. Diese erlauben es, dass Konzerne Staaten vor internationalen Gerichten aufgrund von Sozial-, Gesundheits- oder Umweltschutzgesetzen verklagen, wenn diese ihre geplanten Profite bedrohen.
Der Bericht beschreibt unter anderem zusätzlich die **Gefahren für grundlegende Bürgerrechte, Landwirtschaft und medizinische Versorgung**.
Er zeigt, wie dringend nötig es ist, dass BürgerInnen und ParlamentarierInnen auf beiden Seiten des Atlantiks gegen das Abkommen mobilisieren. *„Die Finanzkrise und die dramatischen Folgen der europäischen Kürzungspolitik stehen als Warnung dafür, dass wir den Einfluss der Konzerne zurückdrängen müssen"*, fordert Strickner.
Vollständiger Text:
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/10/04/neue-studie.html

NO TRANSAT!

Im Februar 2013 verkündeten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihre Absicht, über ein Freihandelsabkommen zu verhandeln, um einen transatlantischen Markt zu schaffen.

Das ist KEINE POLITISCHE INITIATIVE! Sie wurde von mächtigen GESCHÄFTSLOBBYS initiiert!!!

Lobbys wie der American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU), dem Transatlantic Business Council(TBC) und dem Transatlantic Policy Network (TPN).

Hinter diesen Namen, die der Öffentlichkeit nicht vertraut sind, stehen mächtige multinationale Konzerne wie Allianz, British Petroleum, BASF, Bayer, Coca-Cola, IBM, Ford Motor, Microsoft, Michelin, Nestlé und viele andere.

Noch schlimmer: Zu den Mitgliedern des Transatlantic Policy Network (TPN) gehören auch gewählte politische Vertreter/-innen aus Amerika und Europa, die zum Sprachrohr der multinationalen Konzerne werden.

Im Namen demokratischer, ökologischer und sozialer Werte wurde in Belgien eine Widerstandsplattform gegen diesen Plan gegründet.

Schließ dich uns an: **www.no-transat.be**

Dokumente zu TTIP:

Im **Seattle to Brussels Network (S2B)** engagieren sich Entwicklungs-, Umwelt , Menschenrechts- sowie sowie Gewerkschaften gemeinsam für eine sozial gerechte und demokratische Handelspolitik in Europa. www.s2bnetwork.org

Transnational Institute (TNI):
http://www.tni.org/work-area/trade-investment

Analyse der **durchgesickerten Vorschläge der EU-Kommission** von S2B, Corporate Europe Observatory und TNI:
http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/corporate-bill-of-rights.pdf

Bündnis UnFAIRhandelbar in Deutschland, SiG 104:
http://sandimgetriebe.attac.at/10609.html

Bundesarbeitskammer Österreichs (gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,2 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich):
„Die BAK fordert die Republik Österreich dazu auf, sowohl auf Ratsebene als auch gegenüber der EU-Kommission dafür einzutreten, wichtige Dokumente von öffentlichem Interesse, wie es die Entwürfe für Verhandlungsmandate an die EU-Kommission sind, einer breit geführten öffentlichen Auseinandersetzung zugänglich zu machen."

Die Position der AK im Einzelnen:
http://www.akeuropa.eu/de/publication-full.html?doc_id=284&vID=43

Elefantenhochzeit für Freihandel stoppen
http://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=12920

Da war doch noch was?!...

Zwischen der EU und Kanada gab es am **18. Okt**. eine politische Einigung über das

Freihandelsabkommen EU-Kanada,

die technischen Einzelheiten sollen in den nächsten Monaten geklärt werden.
*„Die Verhandlungen zwischen der EU und Kanada gelten als **Blaupause** für die im Juli gestarteten Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA. "Aufgrund der Ähnlichkeit der behandelten Themen ist das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada **eine wichtige Brücke hin zu dem geplanten Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA"**, sagte der CDU-Europaabgeordnete Daniel Caspary. Das Abkommen mit Kanada bedeute einen Schub für die Gespräche für die weiteren Verhandlungen mit den USA."*
http://www.rp-online.de/wirtschaft/eu-und-kanada-schliessen-freihandelsabkommen-1.3755602
*„Auf der Grundlage dieses politischen Durchbruchs können die Verhandlungsführer nun das Verfahren fortsetzen und alle ausstehenden technischen Fragen klären. **Anschließend müssen der Rat und das Parlament das Abkommen verabschieden.** "http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-972_de.htm*

Attac Quebec und 20 Vertreter/-innen von kanadischen Organisationen lehnen das Abkommen ab:
http://www.quebec.attac.org/spip.php?article1032

Protestbrief von AITEC und Attac Frankreich vom 18. Oktober 2013 :
http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article1346.

Kritiken - von 2011 - an diesem Freihandelsabkommen hier: (Französisch)
http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article1221, http://aitec.reseau-ipam.org/IMG/pdf/Appel_a_mobilisation_contre_l_ALE_UE-Canada-juin_2011.pdf
(Englisch)
http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/EU-Canada_statement_Final_01.pdf

Weitere Infos:
http://www.heise.de/newsticker/meldung/Handelsabkommen-zwischen-EU-und-Kanada-steht-1982444.html
EU-Kommission: Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-911_de.htm

Alternatives EU-Handelsmandat (ATM)

Handelspolitik war bereits frühzeitig zentrale Kompetenz der EU-Kommission. Durch den Lissabon-Vertrag **liegt die alleinige Kompetenz der Handelspolitik bei der EU**.

Das Kommissariat für Handel verhandelt über alle Handelsverträge der EU auf Grundlage eines „Mandats", in dem Verhandlungsziele und -spielräume der Kommission festgelegt sind.

Das Mandat und die aktuellen Verhandlungsstände werden gegenüber der europäischen Öffentlichkeit und den nationalen Parlamenten **geheim gehalten**.

Fertig verhandelte Handelsabkommen müssen vom Rat angenommen und vom EU-Parlament **ratifiziert** werden (eine Ratifizierung durch nationale Parlamente gibt es nicht mehr). Das EU Parlament kann dabei in der Regel keine Änderungen mehr einbringen sondern nur über den gesamten Vertrag mit ja oder nein beschließen.

Die EU-Handelsabkommen hatten und haben **verheerende Auswirkungen auf Mensch und Umwelt** in den betroffenen Ländern, in der Vergangenheit überwiegend im globalen Süden und werden benutzt um Privatisierung und Deregulierung auch bei uns durchzusetzen. (1)

Ziel der EU Handelspolitik ist seit Anfang an, international tätigen europäischen Unternehmen bestmöglichen Marktzugang und Konkurrenzfähigkeit zu verschaffen. Ideologisch wird das Konkurrenzprinzip hochgehalten, u.a. in der **aktuellen Handelsstrategie „GlobalEurope – competing in the world" (2)**

Das **Projekt „Alternatives Handelsmandat"** will dieser intransparenten und undemokratischen, die Interessen von Menschen und Umwelt mit Füßen tretenden Handelspolitik **ein „Mandat" der europäischen Zivilgesellschaft entgegenstellen**. Es sollen Grundsätze einer Handelspolitik aufgestellt werden, die die Bedürfnisse der Menschen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sowie das Selbstbestimmungsrecht menschlicher Gemeinschaften in den Vordergrund stellt. Gefordert wird auch ein transparentes und demokratisches Verfahren mit Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft in der Handelspolitik.

2012 wurde die ATM Alliance mit derzeit über 50 Mitgliedsgruppen aus ganz Europa gegründet; Webadresse: www.alternativetrademandate.org

1) Freihandel oder Fairer Handel? Zu den Verträgen zwischen Europa und Lateinamerika, von Eduardo Tamayo G., SiG 104 http://sandimgetriebe.attac.at/10560.html
ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten, SiG 56, http://sandimgetriebe.attac.at/5140.html
Afrika: SiG 36, 59, Einzelheiten hier: http://sandimgetriebe.attac.at/10350.html

2) *"Im Oktober 2006 legte die Europäische Kommission ihre neue Außenhandelsstrategie "Global Europe: Competing in a Globalized World" vor. Die Global Europe-Strategie sieht eine Reihe neuer und umfassender Freihandelsabkommen vor, mit denen die EU eine aggressive Politik der Marktöffnung und der Ausbeutung von Rohstoffen im Globalen Süden verfolgt."* (Brot für die Welt, Die Fesseln des EU-Indien-Freihandelsabkommens)

Aus der Kurzfassung des Alternativen Handelsmandats:

Die europäische Handels- und Investitionspolitik soll:

• anerkennen, dass **internationale Übereinkommen und Verträge** – zu Menschen- und Frauenrechten, Arbeit, Umwelt und Klima – **Vorrang** vor Handels- und Investitionssystemen haben;

• Ländern, Regionen und Gemeinden erlauben, die Herstellung, Verteilung und den Konsum von Waren und Dienstleistungen zu **regulieren**, statt sich lediglich auf die „unsichtbare Hand des Marktes" zu verlassen. Dies umfasst u. a. die Möglichkeit, die Produktion dem Bedarf der Menschen entsprechend anzukurbeln oder zurückzufahren und Preise zu stabilisieren, um Herstellungskosten vollständig zu decken sowie stabile und angemessene Einkommen für Hersteller und bezahlbare Preise für Verbraucher/innen zu gewährleisten. Systeme zur Angebotsregulierung, die diesen Zielen dienen, sollten durch Handels- und Investitionspolitiken nicht in Frage gestellt werden;

• die **Regulierung von Einfuhren, Ausfuhren und Investitionen** zur Verwirklichung sozialer, kultureller und politischer Menschenrechte erlauben und eigene Strategien für eine nachhaltige Entwicklung verfolgen. Beispielsweise dürfen Exportbeschränkungen, die eine demokratische Kontrolle von Bodenschätzen erlauben und einen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten, durch Handels- und Investitionsverträge nicht verboten werden;

• zu einer **am Menschen orientierten regionalen Integration** beitragen, durch die sich Gemeinschaften gegenseitig unterstützen und für gemeinschaftliche Systeme zum gerechten Ressourcenmanagement einsetzen können, die die Umwelt achten und schützen – zum Beispiel durch den Aufbau regionaler Nahrungsmittelreserven oder gemeinsamer Strategien zur nachhaltigen Nutzung und Erhaltung von Wasser und Land. Regionen müssen die Möglichkeit haben, kleineren Wettbewerbern einen besseren Marktzugang zu gewähren, um lokal integrierte Märkte zu unterstützen;

• möglichst **direkte Handelsbeziehungen zwischen Herstellern und Konsument/-innen unterstützen**. Europa muss den Grundsatz der **Ernährungssouveränität** achten und Ländern und Gemeinschaften erlauben, die lokale und regionale Ernährungswirtschaft gegenüber dem weltweiten Agrarhandel zu bevorzugen;

• garantieren, dass europäische Regierungen und Parlamente europäische Unternehmen für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit sowie der ihrer weltweiten Niederlassungen zur **Verantwortung** ziehen;

• verbindliche **soziale und ökologische Regulierungen** durchsetzen und volle Transparenz in globalen Wertschöpfungsketten schaffen. Ursprung, Zusammensetzung und Herstellungsbedingungen von Waren und Dienstleistungen müssen für den Einzelnen nachvollziehbar sein. (...)

• den **Austausch und freien Zugang zu Wissen und Know-how fördern**, zum Beispiel durch Open Source-Systeme, Saatgut-Austauschprogramme oder Patent-Pools und eine offene Lizenzpolitik zur Förderung von Innovation und dem Zugang zu Arzneimitteln. **Patente auf Leben sind auszuschließen;**

• **verhindern**, dass Finanzdienstleistungen dereguliert und öffentlicher Güter wie Wasser, Gesundheit und Bildung **privatisiert** und liberalisiert werden(...) .

Erste umzusetzende Schritte sollten sein:

• die Öffnung der europäischen Handelspolitik zugunsten einer demokratischen **Rechenschaftspflicht und Kontrolle durch Parlamentarier/-innen und die Zivilgesellschaft;**

• ein sofortiger **Stopp der europäischen „Global Europe"-Strategie** einschließlich eines Moratoriums für laufende Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Ländern und Regionen in Afrika, Asien, Amerika, im Pazifikraum und in Osteuropa sowie ein Stopp der Versuche der EU, in den laufenden WTO-Verhandlungen eine umfassende Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern durchzusetzen;

• umfassende **Überprüfung der europäischen Handels- und Investitionspolitik** einschließlich der Überprüfung bestehender und in Verhandlung befindlicher Abkommen, der Politik der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der EU-Position in der WTO sowie in internationalen Finanzinstituten wie der Weltbank und dem IWF;

• die **Überarbeitung** von Handels- und Investitionspolitiken, die einer Verwirklichung der im vorliegenden Dokument skizzierten Vision im Wege stehen.

http://www.alternativetrademandate.org/wp-content/uploads/2012/08/ATM-Vision-Paper-Deutsch.pdf

Letzte Version des alternativen Handelsmandats:

http://www.alternativetrademandate.org/wp-content/uploads/2013/09/ATM-Document-Final-EN.pdf

Dimitris Psarras

Die griechischen Neonazis von der Goldenen Morgenröte: *No pasarán?*

Der bekannte griechische Journalist Dimitris Psarras ist Gründungsmitglied der IOS ("Virus"), der unabhängigen Wochenendbeilage der Tageszeitung ELEFTHEROTYPIA, die seit 20 Jahren einen Hafen für guten und gründlichen Journalismus darstellt. Er ist auch Kritiker und derzeit Redakteur der selbstverwalteten Tageszeitung Efimerida ton Sindakton (Journal of Editors) sowie Autor des Werkes ***Schwarzbuch Chrysi Avgi.***
Die französische Online-Zeitung Mediapart veröffentlichte vor einigen Monaten ein Interview mit ihm. Der vollständige Artikel ist auf der „Transform!“-Seite erscheinen

Ursprung der griechischen Neonazi-Organisation „Goldene Morgenröte“ (Chrysi Avgi, CA)
Seit ihrer Gründung zu Beginn der achtziger Jahre wird die Richtung der CA immer von den gleichen Personen vorgegeben; ihr unumstrittener Chef ist Nicolaos Michaloliakos. Zur Zeit der griechischen Militärdiktatur war Michaloliakos Mitglied der Neonazi-Organisation "Partei des 4. August" des Nationalsozialisten Constantin Plevris. Nach dem Fall der Diktatur wurden zahlreiche Attentate seitens der Anhänger/-innen der ehemaligen Militärjunta verübt, die in Zusammenarbeit mit den italienischen Neo-FaschistInnen des Ordine Nuovo durchgeführt wurden. Michaloliakos wurde wegen Handels mit Sprengstoff angeklagt, verurteilt und saß eine einjährige Gefängnisstrafe ab.
Die Goldene Morgenröte wurde im Dezember 1980 als geschlossene nationalsozialistische Diskussionsgruppe gegründet. Nach dem Beginn der Neunzigerjahre nützte die Organisation die Welle des Nationalismus, die nach der Konfrontation Griechenlands mit der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien wegen der Verwendung des Namens "Mazedonien" aufkam, für erste öffentliche Auftritte (z.B. im Zuge von nationalistischen Massendemonstrationen), während Übergriffe, die ihr zuzuschreiben waren, immer häufiger wurden.

Unterschiede zwischen der CA und den anderen rechtsextremen Gruppierungen
Der Großteil der rechtsextremen Gruppierungen, die seit dem Sturz der Diktatur 1974 aktiv sind, zeichnet sich durch eine starke nationalistische und traditionalistische Tendenz aus und heißt militärische Interventionen gut, möchte die Monarchie wieder einführen und verbindet Staat und Kirche. Im Gegensatz dazu hatte und hat die CA eine klar nationalsozialistische Ausrichtung, was weder den Visionen der Diktatur noch denen der anderen rechtsextremen Parteien entspricht. Alle früheren Tendenzen, besonders die Beziehungen zu den Relikten der Diktatur, den MonarchistInnen und der Kirche benutzt die CA als zusätzliche Elemente; jedoch nur aus taktischen Gründen.
Rassismus und Gewalt stellen die wesentlichen Elemente der Partei dar. Die CA orientiert sich in ihrer politischen Tätigkeit an der ehemaligen deutschen NSDAP; besonders mit der Einrichtung ihrer eigenen „Sturmtruppen“, die Teile von größeren Städten „einnehmen“, Läden von Geschäftsleuten mit Migrationshintergrund zerstören und massive Übergriffe auf diese verüben. Die Anwendung von Gewalt stellt ein grundlegendes Merkmal der Parteiaktivitäten dar, und keine gelegentliche Tendenz ihrer extremsten Mitglieder.

Rechtsextremismus , Rechtspopulismus:
SiG55: Migration/Armut, auch SiG69, 78, 79 / SiG 85: Klassenrassismus
SiG97: Euro-Krise und Rechtspopulismus
SiG98: :„Eine andere Welt ist möglich“ aus der rechten Ecke?

Wer ist der "Feind" gemäß der CA-Ideologie? Die JüdInnen, die Homosexuellen, die MuslimInnen, die linken Aktivist/-innen, die Feminist/-innen?
Natürlich fallen alle Menschen, die zu diesen Gruppen gehören, gemäß der CA-Ideologie unter die Kategorie "Untermenschen", und sind deshalb Feinde und Angriffsziele. Aber die CA stellt sicher, dass sie ihre Ziele nach der aktuellen politischen "Mode" wählt. Zu Beginn der Neunziger Jahre war in Griechenland eben die nationalistische Hysterie um den Namen Mazedoniens "modisch". Zu diesem Zeitpunkt stellten die AktivistInnen der internationalen und libertären Linken das hauptsächliche Angriffsziel für die CA dar, die sie als "Verräter/-innen" bezeichnete und im Namen des Staates heftig angriff. Im Laufe der letzten Jahre gerieten die MigrantInnen in ihren Fokus, nachdem sich im Land wieder ein politisches Klima des Fremdenhasses verbreitet hatte - ein Klima, auf das die CA ihre blutige Propaganda stützt.

Entwicklung des Wahlverhaltens bezüglich der CA in den letzten Jahren
Die CA trat erstmals 1994 zu den Europawahlen an und erreichte 7.242 Stimmen (0,11%), 2009 bei den Parlamentswahlen erreichte sie 19.624 Stimmen (0,29%). Ein deutliches Plus in den Wahlergebnissen konnte die Organisation bei den Kommunalwahlen 2010 verzeichnen, als die Krise bereits ausgebrochen war. Die CA schaffte es in der Gemeinde Athen auf 5,29% der Stimmen, und stellte im Zuge dessen mit Michaloliakos erstmals einen Gemeinderat. Bei den Wahlen im Juni 2012 erreichte die Partei 425.990 Stimmen (6,92%), und stellte damit 18 Abgeordnete.
Ohne die Wirtschaftskrise wären die Dinge zweifellos anders gelaufen. Aber auch die Krise ist keine ausreichende Erklärung für die Anziehung, die eine derart extreme Gruppierung auf die BürgerInnen ausübt. Wäre die Krise nicht von einem Zusammenbruch des politischen Systems begleitet worden, wäre so etwas nie passiert. Der Großteil der CA-WählerInnen möchte sich mit der Wahl einer extremen Partei an den PolitikerInnen, den Parteien und den Regierenden rächen. Die völlige Verzweiflung führt zu der Überzeugung, dass das einzige Mittel, das den BürgerInnen bleibt, um sich zu rächen, eine Stimme für diese rechtsextreme Organisation ist. Dabei handelt es sich um einen beispielhaften Fall von kollektiver Verbitterung.
Man darf jedoch die Tatsache nicht unterschätzen, dass sich viele Themen der CA - besonders das Thema MigrantInnen - auf ein fremdenfeindliches Klima stützen. Die Medien und insbesondere die privaten Fernsehkanäle haben seit längerem einige nationalistische und rassistische Stereotypen übernommen; letztere lassen keine Gelegenheit aus, um die "Nazi-TV-Stars" auf die Bildschirme einzuladen, solange diese für hohe Einschaltquoten sorgen.
Als sie auf den Erfolg der CA aufmerksam wurden, machten die beiden bis dato stärksten Parteien, die Neue Demokratie und die PASOK, außerdem den Fehler, deren migrantInnenfeindliche Rhetorik großteils zu übernehmen, in der Hoffnung, damit diese WählerInnenschaft für sich gewinnen zu können. 2011 stellten diese beiden Parteien die Regierung in Zusammenarbeit mit der Partei LAOS ("Volk") - gegründet von Kostas Plevris, dem früheren Verbündeten der CA - und legitimierte damit die Machtteilhabe einer rechtsextremen Partei zum ersten Mal seit dem Fall der Diktatur 1974.

Bestimmte Medien - die Fernsehkanäle, aber auch die Wochenzeitung *Proto Thema* mit der größten landesweiten Sonntagsauflage – haben dazu beigetragen, die propagandistischen Mythen der CA zu verbreiten, indem sie die Lüge erzählen, die Nazis würden ein „soziales Werk“ vollbringen, indem sie älteren und invaliden Personen helfen würden. Diese journalistische Reportage war großteils vorgefertigt.
Es scheint, als ob historisches Gedächtnis (Nazi-Besetzung Griechenlands) nicht ausreicht, wenn Verzweiflung und blindes Rachegefühl zum Massenphänomen werden. Man muss jedoch auch etwas anderes bedenken. Während der deutschen Besetzung gab es in Griechenland Nazi-Kollaborateur/-innen. Da der Bürgerkrieg (1946-1949) auf die Besetzung folgte, wurden viele Nazi-Kollaborateur/-innen zu Anhänger/-innen des "Nationalstaates". Im Zuge ihrer Arbeit dafür brachten sie ihre Erfahrungen im antikommunistischen Aktivismus ein. Menschen, die gestern noch gemeinsame Sache mit den deutschen BesetzerInnen gemacht hatten, wurden nach dem Krieg zu den HenkerInnen der WiderstandskämpferInnen. Wir sprechen hier nicht von nur einem Mangel an Entnazifizierungsmaßnahmen, wie das in mehreren Staaten Europas der Fall war. In Griechenland stellten die KollaborateurInnen den sichtbaren Parteikader, während die wirklichen WiderstandskämpferInnen (also die Linke) von den MachthaberInnen der Nachkriegszeit als VerräterInnen denunziert wurden und ins Gefängnis oder Exil geschickt wurden. Die Beziehungen zwischen dem griechischen Staat und dessen Apparat einerseits und den KollaborateurInnen der Nazi-Besetzung im Land andererseits haben eine dunkle (und versteckte) Vergangenheit.

Welche sozialen Gruppen spricht die CA am stärksten an?
Die Männer überwiegen die Frauen und die Partei spricht eher junge Menschen an. Nach Berufen überwiegen nicht-spezialisierte Teilzeit-ArbeiterInnen und Arbeitslose. Demnach ist dieses Wahlergebnis als Ausdruck der "einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten" zu verstehen, wonach sich die CA von früheren rechtsextremen Parteien in Griechenland wie der LAOS unterscheidet, die ihre AnhängerInnen eher in den Bezirken mit mittleren und höheren Einkommen rekrutierten.

"Pogrome und Lynchjustiz"
Ein Pogrom ist von organisierten Übergriffen auf MigrantInnen charakterisiert - etwas, das sich im Mai 2011 zwei Wochen lang im Zentrum Athens abspielte. Als Vorwand diente damals der Mord an dem Griechen Manolis Kandaris. Dutzende MigrantInnen wurden verletzt, einige davon schwer, und es gab auch einen Toten.
Und was die Lynchjustiz angeht; diese manifestiert sich gewöhnlich abends, wenn Gruppen von CA-Mitgliedern (die "Phalangen" oder "Sturmtruppen") umherziehen und eineN oder zwei MigrantInnen festhalten und sie bewusstlos schlagen. Ein typischer Fall, der aufgeklärt werden konnte, geschah im Juni 1998. Die damalige Nummer 2 der Organisation, Antonios Androutsopoulos, griff an der Spitze einer Gruppe von zehn mit Knüppeln bewaffneten CA-Mitgliedern am helllichten Tag drei gewerkschaftlich organisierte Studierende an, die in einem Café saßen. Sie ließen nicht ab von ihnen, bis einer tot zu sein schien. Der Student überlebte schließlich, nachdem er viele Tage mit dem Tod gerungen hatte.
Solche Übergriffe finden heute fast jeden Tag statt und richten sich stets gegen MigrantInnen. Allerdings erfährt man davon nur, wenn sich die Opfer ins Krankenhaus wagen.
Der Grund für die häufige Straflosigkeit ist, dass Chrysi Avgi spezielle Beziehungen zur Polizei und besonders der MAT, die griechischen Spezialeinsatzkräfte, pflegte. Die Polizei nutzte die Organisation für die "Drecksarbeit" beim Niederschlagen von Demonstrationen. Bei den letzten Wahlen stellte sich heraus, dass ein großer Teil der PolizistInnen für die CA gestimmt hatte. Das ist auch der Grund dafür, warum die Behörden in diesen Nazi-Übergriffen so zögerlich ermitteln.
Ich möchte auch hinzufügen, dass es kein soziales Netzwerk gibt, das den Opfern solcher Übergriffe Unterstützung bietet, sodass diese davor zurückschrecken, diese Vorkommnisse der Polizei zu melden, da sie Angst haben, dadurch in Schwierigkeiten zu geraten - besonders wenn sie keine Papiere besitzen. Die Behörden haben erst kürzlich damit begonnen aktiv zu werden, besonders nach einigen speziell provokanten Aktionen - Übergriffe auf VerkäuferInnen mit Migrationshintergrund - die von CA-Abgeordneten angeleitet wurden. Das Parlament hob sofort ihre Immunität auf und das Ministerium für Öffentliche Ordnung zog die PolizistInnen ab, die den Parlamentsabgeordneten der Chrysi Avgi als LeibwächterInnen dienten.

Wie schätzt die griechische Linke die heutige neonazistische Bedrohung ein?
Leider gibt es bis heute keine Anzeichen dafür, dass eine gemeinsame antifaschistische Strategie für die Linke eine Option darstellt. Diese Parteien und Organisationen nehmen die Unterschiede zueinander auf der Ebene ihrer allgemeinen politischen Programme wichtiger. Zum Beispiel verweigert die KKE jede Kooperation mit Syriza, da sie ihr eine "pro-europäische" Position vorwirft, während Syriza nichts mit Dimar zu tun haben will, da letztere Teil der unpopulären Regierung von A. Samaras war. Natürlich versucht jede dieser Parteien und sozialen Bewegungen die faschistische Bedrohung auf ihre Weise zu bekämpfen; es ist jedoch klar, dass das nicht reicht. Ich befürchte, dass sie die Gefahr grob unterschätzt hatten und wahrscheinlich überrascht waren, dass es nicht reicht, den Charakter der CA "ans Licht zu bringen" um die Unterstützung der letzteren durch die Öffentlichkeit zu reduzieren.
Es gibt aber schon erste Ansätze von antifaschistischen Aktionen, die sich an der Basis der Gesellschaft entwickeln. Die Frage ist, inwieweit auch organisierte soziale Kräfte, wie politische Parteien und Gewerkschaften, aktiv werden können.
(…)
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/the-greek-neo-nazis-of-golden-dawn-no-pasaran.html

Griechenland - Bericht über den Syriza Kongress in im Juli 2013:
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/-23b96bb1a7.html
Die **politische Resolution** des Kongresses:
http://left.gr/news/political-resolution-1st-congress-syriza
Abschlussrede von Alexis Tsipras:
http://left.gr/news/1st-congress-syriza-speech-alexis-tsipras-july-13

Wahlen in Europa

Deutschland: Conrad Schuhler, Bundestagswahlen: Eine Mehrheit für die Reaktion – woher kommt das?
http://www.isw-muenchen.de/download/wahlen-2013-cs-20130924.html

Flassbeck über den Front National in **Frankreich**
http://www.flassbeck-economics.de/der-front-national-in-frankreich-und-das-ende-des-euro/

Walter Baier: Österreich hat paradox gewählt: Die ÖsterreicherInnen haben am 29. September tatsächlich paradox gewählt. Sie haben ihre Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik der Koalition durch die Stärkung neoliberaler Parteien ausgedrückt, und werden daher noch mehr neoliberale Politik bekommen. Die deutschnationale, rassistische FPÖ bleibt mit ihren 20,5% in Lauerstellung.
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/austria-voted-paradoxically.html

Ida Søraunet Wangberg: Die Niederlage der Norwegischen Linken
Die Abwesenheit einer klaren politischen Linie ist einer der Hauptgründe, warum die rot-grüne Regierung in Norwegen eine Niederlage eingefahren hat.
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/the-defeat-of-the-norwegian-left.html

Attac Hamburg: Mehrheit in Hamburg für die Übernahme der Energieversorgungsnetze in die öffentliche Hand

Derzeit laufen viele Konzessionsverträge im Energiesektor aus. Laut Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben sich seit 2007 bereits über 200 Kommunen dafür entschieden, die Verteilnetze selbst zu betreiben. In Hamburg gründete sich im Jahr 2010 – rechtzeitig vor Auslaufen der Konzessionsverträge mit den bisherigen Netzbetreibern Vattenfall und E.ON Hanse – die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ mit dem Ziel, eine Rekommunalisierung der Netze zu erreichen.

Die Bevölkerung sollte darüber entscheiden. Am **22. September 2013** wurde in einem **Volksentscheid** über folgende Forderung abgestimmt: *Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.*

In Aufklärungsmaterialien und Podiumsdiskussionen wurde betont, dass nur eine Kommune die Energiewende wirklich voranbringen kann. Laut vorläufigem amtlichem Endergebnis stimmten 50,9 Prozent mit Ja. Der Senat hatte jedoch offensichtlich schon während der Laufzeit des Volksentscheids die Netze ausgeschrieben und sie damit interessiertem Kapital angeboten.

Gegenwind

Der Abstimmung war eine massive Kampagne gegen die Rekommunalisierung der Netze vorausgegangen. Sie wurde vor allem von Vattenfall getragen, aber auch die Parteien SPD, CDU und FDP, die Handelskammer Hamburg sowie die Betriebsräte der betroffenen Unternehmen und Teile der Gewerkschaften lehnten das Vorhaben ab. Verbreitet wurden zahlreiche Lügen und Falschdarstellungen – zum Beispiel hinsichtlich der Kosten und der Auswirkungen. Offensichtlich wurde das Ziel verfolgt, einerseits Unsicherheit und Angst zu schüren und andererseits die Privatisierung der Netze festzuschreiben.

So wurde behauptet, dass die Rekommunalisierung Arbeitsplätze gefährde. Verschwiegen wurde jedoch, dass seit der Übernahme der Unternehmen Hamburgische Electricitäts-Werke und HeinGas durch Vattenfall beziehungsweise E.ON vor gut zehn Jahren fortwährend Arbeitsplätze abgebaut wurden und erst vor Kurzem eine neue massive Arbeitsplatzvernichtung angekündigt wurde.

Hauptsächlich ging es aber um Geld

Es wurde behauptet, dass die Rücknahme der Netze in die öffentliche Hand die Bevölkerung zwei Milliarden Euro kosten und den Haushalt massiv belasten würde.

Richtig ist Folgendes:

1. Die Rücknahme wird die Hamburger/-innen keinen zusätzlichen Cent kosten und den Haushalt nicht belasten.
2. Für eine im November 2011 auf Betreiben des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz beschlossene Beteiligung der Stadt Hamburg an den Netzgesellschaften in Höhe von jeweils 25,1 Prozent wurde Vattenfall und E.ON Hanse bereits die aberwitzige Summe von 543 Millionen Euro gezahlt. Die Beteiligungsverträge sind trotz Transparenzgesetz nicht vollständig einsehbar.

Die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement (HGV), in der viele öffentliche Unternehmen in Hamburg zusammengefasst sind, hat für diese Beteiligung einen günstigen Kredit aufgenommen, und das Gleiche wird auch für die komplette Übernahme der Netze geschehen. Da bereits über eine halbe Milliarde Euro geflossen ist, müssen keine zwei Milliarden Euro mehr aufgebracht werden. Die Rückzahlung ist durch die Einnahme von Netzgebühren gesichert. Allerdings steht der Kaufpreis noch keineswegs fest, weil die zu seiner Ermittlung erforderlichen Daten von den Konzernen zurückgehalten werden. Wenn sich der Netzbetrieb nicht rechnete, würden Vattenfall und E.ON Hanse sich nicht so daran klammern.

Der Einsatz vieler hat sich gelohnt

Ein wenig scheint die Kampagne gegen die Rekommunalisierung gefruchtet zu haben, denn einer Umfrage zufolge lag die Zustimmung ein halbes Jahr zuvor noch bei über 60 Prozent. Trotzdem entschied sich eine Mehrheit für die Rekommunalisierung. Darauf haben fast dreieinhalb Jahre lang die sechs Gründungs- und etwa 50 Unterstützerorganisationen der Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ sowie Hunderte von Menschen hingearbeitet: mit dem Sammeln von Unterschriften in den ersten beiden Stufen des Abstimmungsprozesses (Volksinitiative und Volksbegehren), in Diskussionen, bei Zusammenkünften, mit der Durchführung von Veranstaltungen, mit dem Verteilen von Informationsmaterial und, und, und. Ihnen allen gebührt Lob und Anerkennung.

Wie geht es weiter? Ausschreibung oder schlichte Inhouse-Vergabe?

Volksentscheide sind in Hamburg bindend. Das heißt, Senat und Bürgerschaft müssen den Beschluss umsetzen. Über die Umsetzung gibt es verschiedene Auffassungen: Vor allem Parteien meinen unter Berufung auf § 46 Energiewirtschaftsgesetz, dass die Konzessionsvergabe im Rahmen einer Ausschreibung erfolgen müsse. Andere sind der Ansicht, dass weder dieser Paragraf noch andere gesetzliche Bestimmungen eine Ausschreibungspflicht enthielten und eine Rekommunalisierung ohne Ausschreibung erfolgen könne, weil allein der Wille der Bevölkerung zähle und zudem Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz die Selbstverwaltung der Gemeinden garantiere. Von einigen Gegnern der Rekommunalisierung wird betont, dass nicht sicher sei, dass die Stadt Hamburg bei einer Ausschreibung den Zuschlag bekomme. Aufseiten der Befürworter der Rekommunalisierung wird zum Teil ebenfalls eine Ausschreibungspflicht anerkannt mit der Behauptung, dass die für die Konzessionsvergabe aufzustellenden Kriterien so gestaltet werden könnten, dass die Kommune den Zuschlag erhalte.

Ausschreibung widerspricht dem Volksentscheid

Warum gibt es das Instrument der Volksabstimmung, wenn nach einer Entscheidung eine weitere Hürde für die Umsetzung des Beschlusses aufgestellt wird? Die Bevölkerung hat entschieden. Ihr Wille ist es, dass die Netze zu hundert Prozent in die öffentliche Hand gelangen. Jetzt noch ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen würde diesen Willen missachten, den Volksentscheid ad absurdum führen und zur Farce machen sowie die Bürgerinnen und Bürger und ihre gewählten Abgeordneten entrechten und entmachten. Das wäre ein weiterer Abbau demokratischer Rechte und Prinzipien. Senat und Bürgerschaft der Stadt Hamburg haben den Auftrag, den Volksentscheid ohne Umwege umzusetzen.

Ein Blick nach Berlin

In Berlin wird – ebenfalls per Volksentscheid – die Rekommunalisierung der kompletten Stromversorgung angestrebt. Die ersten beiden Stufen des Abstimmungsprozesses waren erfolgreich. Der Volksentscheid sollte wie in Hamburg am Tag der diesjährigen Bundestagswahl stattfinden. Doch der Berliner Senat hat die Abstimmung auf November verschoben – vermutlich in der Hoffnung, dass die Beteiligung und die Erfolgsaussichten dann geringer sein würden. Wünschen wir den Trägern und Befürwortern des Volksentscheids in Berlin viel Erfolg und eine satte Mehrheit für die Rekommunalisierung!

Weitere Informationen:
www.attac-netzwerk.de/hamburg , www.starke-stadtwerke.de/sites/default/files/20130124_Prof_Hellermann_Gutachten_Konzessionsvergabe_final_.pdf
www.umweltfairaendern.de/
www.unser-netz-hamburg.de/
www.vku.de/energie/unternehmensstrategien/rekommunalisierung/rekommunalisierung.html

VOLKSENTSCHEID
03. NOVEMBER 2013

Abstimmen und Vattenfall den Stecker zieh'n!



Tel.: 030 - 92 25 09 19
Email: info@berliner-energietisch.net

Berliner Energietisch: Sieben gute Gründe für eine kommunale Energieversorgung

1) Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand: Die Energieversorgung zählt zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung. In der Hand großer Konzerne orientiert sich ihre Ausgestaltung mehr an deren Profitinteressen und weniger am Interesse der BerlinerInnen.

2) 100 Prozent ökologische Energie: Die Zeiten von Kohle und Atomstrom sind vorbei! Die Berliner Stadtwerke setzen auf dezentrale, erneuerbare Energieanlagen in der Region Berlin-Brandenburg. Ziel ist Berlin mit 100 Prozent echtem Ökostrom zu versorgen.

3) Erwirtschaftetes Geld bleibt in Berlin: Der Rückkauf der Netze lohnt sich! Berlin profitiert langfristig von den sicheren Einnahmen. Und das erwirtschaftete Geld bleibt in unserer Region, statt in die Konzernzentrale von Vattenfall zu fließen.

4) Energieversorgung demokratisch mitgestalten: Die BürgerInnen Berlins sollen sich an der Gestaltung ihrer Energieversorgung beteiligen können. Neben der Direktwahl von Teilen des Verwaltungsrates sind weitgehende Mitbestimmmungsrechte wie z.B ein Initiativrecht vorgesehen.

5) Energieverbrauch senken: Energieeinsparungen und -effizienz leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Berlineigene Stadtwerke unterstützen dies gezielt und sorgen so für eine niedrigere Energierechnung.

6) Energiewende sozial gestalten: Unsere Stadtwerke sorgen für eine sozialverträgliche Energiewende. Einkommensschwache Haushalte werden gezielt beraten sowie die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte gefördert. Auch die energetische Gebäudesanierung muss sozialen Belangen genügen.

7) Transparenz statt Geheimverträge: Für Stadtwerke und Netzgesellschaft gelten klare Transparenzvorgaben. Wichtige Unterlagen werden im Internet veröffentlicht. Alle erhalten Einblick in die Geschäftspolitik, so dass z.B. die Preisbildung von Stromtarifen nachvollziehbar wird.

http://berliner-energietisch.net

Vollständige Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe!

10 September 2013.
Mit dem **Rückkauf der Veolia-Anteile** an den Wasserbetrieben beendet der Senat eine fast 14jährige Teilprivatisierung. Diese hat der Berliner Bevölkerung die höchsten Wasserpreise unter den deutschen Großstädten sowie einen Berg an Problemen hinterlassen. Der Berliner Wassertisch begrüßt die Rekommunalisierung, übt aber scharfe Kritik am '**goldenen Handschlag**', den nach RWE jetzt auch Veolia bekommen soll (für 24,95% der Anteile ca. 650 Millionen Euro, SiG-Red.)



Der **Kaufpreis könnte niedriger** sein, denn:
1. Statt – wie vorgeschrieben – einen Teil unseres Wassergelds für Investitionen zu nutzen, wurden Veolia und RWE Gewinne zugeschoben. Die BWB haben jetzt einen hohen Investitionsbedarf, was den Wert des Unternehmens mindert.
2. Das Bundeskartellamt hat eine Senkung der Wasserpreise gefordert. Daraus ergibt sich ein niedrigerer Gewinn, was ebenfalls den Wert des Unternehmens mindert.
3. Der Senat ist gewillt, Veolia die voraussichtlichen Gewinne bis 2028 auszuzahlen. Fakt ist, dass der Wasserverbrauch ständig zurückgeht. Auch daraus ergibt sich ein niedrigerer Gewinn, was ebenfalls den Wert des Unternehmens mindert.

Die Art, wie der Senat die Veolia-Anteile zurückkauft, beschert den Wasserverbrauchern auf Jahrzehnte weiter hohe Wasserpreise. Damit muss Schluss sein.
Gerhard Seyfarth kommentiert: *"Der Berliner Wassertisch hat eine **Wassercharta** erarbeitet, die eine Umstellung der Wassertarife auf Gebühren vorsieht, die nur den laufenden Betrieb sowie notwendige Investitionen finanzieren. Die Erfahrung der letzten 14 Jahre lehrt uns, dass die Wasserbraucher/innen ein direktes Mitspracherecht bei der Leitung der Wasserbetriebe bekommen müssen. Wir rufen alle Interessierten auf, gemeinsam mit uns eine Konzeption für die Erneuerung der Wasserbetriebe zu erarbeiten."*

Wirtschafts-Expertin Gerlinde Schermer kommentiert: *"Die Situation in Berlin zeigt, das Volk ist bereit, für das Wasser in den Kampf zu ziehen. Nachdem der Berliner Volksentscheid die Offenlegung des Wasserprivatisierungsvertrages erkämpft und die dort enthaltene Renditegarantie zugunsten der Privaten international bekannt gemacht hat, sah sich jede Berliner Regierung gezwungen, den Weg der RE-Kommunalisierung zu beschreiten. Der Konzern RWE und der Wassermulti Veolia werden aufgrund des 30jährigen Privatisierungsvertrages vor Vertragsablauf teuer aus dem öffentlichen Betrieb herausgekauft. Vollständig öffentliche Wasserversorgung steht jetzt im Berliner Regierungsprogramm und so soll es auch EU Programm werden."*

Der Berliner Wassertisch feiert mit den Berlinerinnen und Berlinern, dass durch die mit dem Wasser-Volksentscheid **erzwungene Aufklärung der Geheimverträge** nun auch der private Anteilseigner Veolia keine Zukunft mehr für sich in Berlin sieht. Wassertisch-Sprecherin Ulrike von Wiesenau kommentiert: *"666.000 Berlinerinnen und Berliner haben nach dem Abgang von RWE auch den Rückzug von Veolia erzwungen und das Wasser wieder in die öffentliche Hand gebracht – Berlin sagt Veolia adieu! Mit dem Wasser-Volksentscheid und der damit erzwungenen Offenlegung der Geheimverträge konnten immer weitere skandalöse Konditionen der Berliner Teilprivatisierung ans Licht und vor die Gerichte gebracht werden, zuletzt lagen Veolias Nerven blank."*
http://Berliner-wassertisch.net

Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter! Weitere Infos:
http://www.gemeingut.org
http://www.ppp-irrweg.de

Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" hat Europa verändert - EU-Kommission muss handeln, von Ulrike Koelver:
http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19463

Solidar-Werkstatt in Österreich

Ja zur Neutralität!

Raus aus dem militär-industriellen Komplex der EU!

Anlässlich des Nationalfeiertags am 26. Oktober verteilt die Solidar-Werkstatt Flugblätter am Michaelerplatz in Wien. Unsere zentrale Botschaft: Wer "Ja zur Neutralität!" sagt, muss auch "Raus aus dem militär-industriellen Komplex der EU!" sagen.

Die **Volksbefragung vom 20. Jänner 2013** (1) zeigte unseres Erachtens den klaren und eindeutigen Wunsch einer breiten Mehrheit der Menschen in Österreich nach Aufrechterhaltung der immerwährenden **Neutralität** und einer Außen- und Sicherheitspolitik auf Grundlage der Rechtspflichten, die sich daraus ergeben. Die immerwährende Neutralität verpflichtet Österreich, auf die Anwendung militärischer Gewalt bei der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Interessen zu verzichten. Sie erfordert, bereits in Friedenszeiten alles zu unternehmen, um nicht in kriegerische Auseinandersetzungen einbezogen zu werden. Sie begründet die zukunftsweisende österreichische Entwicklung einer aktiven Neutralitätspolitik, die zur friedlichen Streitbeilegung und Solidarität mit den Schwachen in Konflikten beiträgt.

Die österreichischen Machteliten wollen statt dessen aber offensichtlich an der bedingungslosen Einbindung in die gemeinsame EU-Militärpolitik festhalten. Das kommt auch **in der neuen österreichischen Sicherheitsstrategie** zum Ausdruck, die im Juli 2013 im Nationalrat beschlossen wurde. Diese bekräftigt, dass sich Österreich an der EU-Militarisierung „in allen ihren Dimensionen“ beteiligen werde. Die Teilnahme an der EU-Militarisierung macht Österreich nicht sicherer. Im Gegenteil: Dadurch wird Österreich zu einem potentiellen Kriegsteilnehmer und somit auch Angriffsziel.

Die Solidarwerkstatt Österreich setzt sich daher für die Wiedererlangung einer umfassenden österreichischen Neutralität ein und fordert in diesem Sinne:

1. Vollständiger Ausstieg aus der militärischen Integration Österreichs in die EU!
- Aufkündigung der Beistands- und Solidaritätsklausel im EU-Vertrag
- Aufhebung des Kriegsermächtigungsartikels 23j der Bundesverfassung und Aufkündigung der Aufrüstungsverpflichtung im EU-Vertrag
- Ausstieg aus der EU-Rüstungsagentur, aus dem EU-“Battlegroups“-Programm, aus der Anbindung an den Europäischen Auswärtigen Dienst und aus der Beteiligung an den militärischen EU-Planungs- und Führungsstäben und den EU-Kolonialmissionen.

2. Abschaffung aller Offensiveinheiten des Österreichischen Bundesheeres und Aufbau Ziviler Friedensdienste!
- Das Kommando Internationale Operationen (KIOP) muss aufgelöst werden. Einheiten für Kampfeinsätze des Bundesheeres im Ausland müssen abgerüstet werden.
- Bedingungen und Ausgestaltung der Beteiligung an UN-Blauhelmmissionen müssen breit diskutiert und dürfen nur als „peace-keeping“ Einsätze im Auftrag und unter Kommando der UNO durchgeführt werden. Als Kriterien sind der Konsens der Konfliktparteien, Neutralität und Gewaltverbot mit Ausnahme der Selbstverteidigung unbedingt einzuhalten.
- Zivile Friedensdienste werden aufgebaut und gestärkt. Sie sind ein guter Beitrag zur friedlichen Konfliktbewältigung im Geiste internationaler Solidarität.

3. Neuorganisation der Allgemeinen Wehrpflicht!
- Bevor entschieden wird, wie und gegen wen verteidigt wird, muss geklärt werden, was verteidigt wird. Noch bevor sich der/die Einzelne für seinen konkreten Beitrag zur Verteidigung entscheidet, muss in der Grundausbildung die Bedeutung eines freien, demokratischen, solidarischen und neutralen Österreichs vermittelt und erarbeitet werden.
- Zivile, nichtmilitärische Formen der Verteidigung, „Soziale Verteidigung“, müssen forciert werden.
- Es müssen gesellschaftliche Strukturen aufgebaut werden, die die wechselseitige Bedeutung und das Zusammenwirkung der einzelnen Komponenten der Verteidigung sicherstellen.
- Die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte der SoldatInnen und Zivildienstleistenden müssen gestärkt werden.

Diese Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn sich die Menschen, denen Neutralität und Friedenspolitik wichtig sind, aktiv dafür einsetzen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Unterstützung der Unterschriftenaktion **„Drohnen-Krieg - Nein Danke!“** , die von 13 österreichischen Friedensorganisationen gestartet wurde.
http://www.werkstatt.or.at/index2.php?option=com_content&task=view&id=940&pop=1&page=0&Itemid=1

(1) <u>**Wortlaut der Volksbefragung:**</u>
a) Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres: 40,3%
oder **b)** sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?: 59,7%
(Wahlbeteiligung: 52,4%)

<u>**Solidar-Werkstatt Österreich (Hg.):**</u>
»Denn der Menschheit drohen Kriege …«. Neutralität contra EU-Großmachtswahn.

Das Büchlein gliedert sich in drei Abschnitte, deren erster und ausführlichster die von Gerald Oberansmayr verfaßte Analyse über ein »neues Zeitalter der Imperien« ist, in dem sich die EU-Eliten eine zentrale Rolle zuschreiben. Der Autor skizziert die wichtigsten politischen Weichenstellungen, die dazu geführt haben, daß sich die von ihren Ideologen immer noch als »Friedensprojekt« titulierte EU zu einer aggressiven und potentiell weltweit agierenden Militärmacht entwickelte.

Gleichzeitig präsentiert Oberansmayr mögliche Alternativen zu dieser Entwicklung, für die die Friedensbewegung eintreten müsse: Internationalismus, Solidarstaat und Neutralität sind die Schlagworte, die der Autor gegen »Euro-Chauvinismus und Konkurrenzregime« in die politische Debatte einbringt.

Der zweite Teil der Publikation enthält zahlreiche für die Diskussion um Militarisierung und Aufrüstung nützliche Statistiken etwa zu Militärausgaben, Waffenexporten, zur Entwicklung der Rüstungsindustrie sowie Grafiken zu militärischen Interventionen der EU während der vergangenen Jahre.

Im letzten Teil des Buches zeigt die »Solidar-Werkstatt« schließlich, daß es nicht bei der Veröffentlichung von Daten, Fakten und Analysen bleiben muß und dokumentiert zahlreiche Interventionen der Organisation in Form von offenen Briefen, Stellungnahmen und Aktionen.

Ausschnitte der Rezension in der „junge Welt“, 23. September 2013

Guernica Verlag, Linz 2013, 120 Seiten, 7,50 Euro. ISBN 978-3-9503578-0-6
Bezug: Solidar-Werkstatt, Waltherstr. 15, A-4020 Linz; Tel.: 0043/732/771094, Fax: 0043/732/797391; E-Mail: office@solidarwerkstatt.at. Im Internet: www.solidarwerkstatt.at

Weitere Aufrüstung in der Europäischen Union

„Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU“

ein Thema der Tagung des Europäischen Rats am 19./20.12.2013 in Brüssel

Kritische Analysen:

Informationsstelle Militarisierung
Fact-sheet von 4 Seiten http://www.imi-online.de/download/eu2012_web.pdf
Dossier: http://www.imi-online.de/themen/eu-militarisierung/

EUropas Rüstungsexportoffensive - Politische und industrielle Interessen hinter dem Geschäft mit dem Tod
http://www.imi-online.de/download/EU-Ruestungsexportoffensive.pdf

Friedensratschlag: Europa: Friedensmacht oder Militärmacht?
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/Welcome.html

Auf der offiziellen Seite ist zu lesen:

„Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden die Tagung des Europäischen Rates im Dezember zum Anlass nehmen, um die Weichen für die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu stellen.
In der heutigen, im Wandel begriffenen Welt muss Europa bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eine größere Rolle übernehmen. Die EU trägt durch ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zum internationalen Krisenmanagement bei. Europa sollte über Fähigkeiten verfügen, die den künftigen Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig ist es angesichts der derzeitigen finanziellen Engpässe noch dringender geboten, dass die europäischen Staaten bei der Entwicklung ihrer militärischen Fähigkeiten eng zusammenarbeiten. Vor diesem Hintergrund hatte der Europäische Rat im Dezember 2012 dazu aufgefordert, drei miteinander verbundene Ziele zu verfolgen:

***Operative Effizienz**. Hierbei geht es darum, auf Krisen besser reagieren und die richtigen Fähigkeiten rasch und effizient einsetzen zu können. Auch soll das umfassende Konzept der EU, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in den Dienst der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu stellen, weiterentwickelt werden.*

***Verteidigungsfähigkeiten**. Es gilt, die militärischen und zivilen Fähigkeiten an den künftigen Bedarf anzupassen. Eine systematischere und längerfristig angelegte europäische Verteidigungszusammenarbeit könnte dazu beitragen, die Fähigkeitslücken zu schließen, beispielsweise indem bei der nationalen Planung gleich von Anfang an über eine Bündelung und gemeinsame Nutzung von Mitteln nachgedacht wird.*

***Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie**. Angestrebt wird der Aufbau einer stärker integrierten und wettbewerbsfähigeren industriellen Basis für die europäische Verteidigungsindustrie, beispielsweise durch Förderung eines gut funktionierenden Verteidigungsmarktes und der Forschung und Entwicklung. Dabei geht es auch um Beschäftigung, Innovation und Wachstum. Die europäische Verteidigungsindustrie beschäftigt rund 400 000 Menschen und sorgt indirekt für 960 000 weitere Arbeitsplätze und zahlreiche Innovationen.*

Der Europäische Rat wird auf seiner Tagung im Dezember 2013 eine Zwischenbilanz ziehen und Vorgaben für das weitere Vorgehen machen.
http://www.european-council.europa.eu/council-meetings?meeting=257508dc-b1e7-4f58-914e-4bbaebf37e47&tab=SecurityAndDefence&lang=de

Keine Kampfdrohnen!



Appell: Wir sind gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung.

Aktuell ist die Bundesregierung offenbar entschlossen, die Bundeswehr mit unbemannten bewaffneten Flugzeugen (Kampfdrohnen) auszustatten.

Wir lehnen Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz

- die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt,
- “gezielte” Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen bedeutet – ohne Anklage, Verfahren und Urteil,
- die Bevölkerung betroffener Landstriche terrorisiert und sie an Leib und Leben gefährdet,
- die Entwicklung autonomer Killer-Roboter befördert und noch schrecklichere Kriege zur Folge hätte,
- eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt.

Wir fordern von Bundesregierung und Bundestag,

- den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und
- sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen.

http://drohnen-kampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/

Die UN-Vollversammlung befaßte sich am 25.Oktober erstmals mit dem Einsatz von Kampfdrohnen

Gegenwärtig sind es nur drei Länder, die bewaffnete Drohnen für Tötungsoperationen einsetzen: neben den Vereinigten Staaten, in sehr viel geringerem Umfang, auch Großbritannien und Israel.
Die Berichterstatter Emmerson als auch Heyns stellen fest, die Drohneneinsätze erfolgten in einem derzeit weitgehend rechtsfreien Raum. (…) In der Debatte stellten vor allem die Diplomaten Venezuelas und Brasiliens die Legitimität der Tötungsaktionen grundsätzlich in Frage. Der venezolanische Vertreter wies darauf hin, daß höchstens ein Zehntel der Opfer überhaupt »gezielt angegriffene Personen« seien, und sprach von einer »Form der kollektiven Bestrafung«. (...) Neben den Zwischenberichten der beiden UN-Berichterstatter wurden in der vorigen Woche auch drei Untersuchungen von NGOs veröffentlicht. Amnesty International (ai) und Human Rights Watch konzentrierten sich jeweils auf ein Land: der Report von ai auf Pakistan, der von HRW auf Jemen. Über Jemen ist auch die Studie der Schweizer Organisation Alkarama.

Drohnen-Dossier: http://ag-friedensforschung.de/themen/Drohnen/Welcome.html

Africom und Drohnenkrieg: Deutschland ermöglicht US-Tötungsprogramm
Video: http://www.kontext-tv.de/node/390

IMI-Kongress 2013 in Tübingen (16.-17. November):



Krieg um die Köpfe? Über die Mobilisierung von Zustimmung und die Demobilisierung von Protest
http://www.imi-online.de/download/IMI-Kongressflyer2013.pdf

20. Friedenspolitischer Ratschlag 2013 in Kassel, Sa./So. 7./8. Dezember 2013

100 Jahre Weltkriege - 100 Jahre Friedensbewegung: Umbrüche und Kontinuität

Im kommenden Jahr jährt sich zum 100sten Mal der Beginn des Ersten Weltkriegs - Anlass für uns, das Jahrhundert der Katastrophen und Extreme zu besichtigen, historische Kontinuitäten und Umbrüche zu analysieren und die Perspektiven der Menschheit im 21. Jahrhundert aus friedenspolitischer Sicht zu diskutieren. Dabei geraten neben der Historie die dramatischen Geschehnisse der Gegenwart und die alarmierenden Zukunfts-Trends in den Blick. Der Klimawandel, der Raubbau an den endlichen Ressourcen, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, die unmenschliche Bekämpfung von Flüchtlingen, die Ausspähung der Bevölkerung durch in- und ausländische Geheimdienste und die Perfektionierung der Militärapparate (z.B. Drohnen) sind nur einige Beispiele.
Friedenswissenschaft und Friedensbewegung brauchen darauf Antworten. http://ag-friedensforschung.de/rat/2013/programm.html

Alternative Wirtschaftswissenschaft:

31. Oktober bis 03. November 2013 : Hamburger Wissenschaftskongress der Pluralen Ökonomik.
Themen Arbeit und Umwelt, mit Gästen wie Heiner Flassbeck, Ulrich Schachtschneider und Adelheid Biesecker
Wissenschaftliche Perspektiven einer kritischen, pluralen und progressiven VWL. Programm: www.real-world-economics.de, Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. www.plurale-oekonomik.de

November bis März: Euro-pen (European Progressives Economists Network) bereitet eine Veranstaltungsreihe durch Europa vor (in Brüssel, Madrid, Rom, Athen, Lissabon, Berlin, London, Paris, Irland) – Programm:
http://www.atterres.org/article/tour-deurope-des-economistes-atterr%C3%A9s

Mehrere Filmtage in Österreich

Filmtage Globales Lernen 2013, 4.- 13.November 2013
das gesellschaftspolitisches Kino für SchülerInnen ab 8 Jahren
http://www.normale.at/33159.html

Hunger.Macht.Profite.6 - die Filmtage zum Recht auf Nahrung - November 2013 www.HungerMachtProfite.at

Filmtage Global Campus - Students for Global Justice, November 2013
Eine kritische Betrachtung der Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der Millennium Entwicklungsziele (MDGs): www.suedwind-agentur.at

Wien: Die Zukunft Europas - Kurswechsel für ein gutes Leben?

AK Bildungszentrum, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien
Veranstaltungsreihe

4. Nov: Gutes Leben für alle - ein Entwicklungsmodell für Europa?
22. Jan.: It`s the injustice, stupid - Vom New Deal lernen
31 März : Von Lateinamerika lernen: Binnen- statt Exportorientierung? / 5. Mai 2014: Die Zukunft Europas: Kurswechsel für ein gutes Leben?
http://www.attac.at/events/die-zukunft-europas.html

Schnell unterschreiben: Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking



Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach die unten aufgeführten Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen.
Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

• Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
• Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
• Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
• Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
• Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

https://www.openpetition.de/petition/online/korbacher-erklaerung-der-buergerinitiativen-gegen-fracking-deutschland